

**BUNDESMINISTERIUM für
WIRTSCHAFT und ARBEIT**

ER
CH

www.bmwa.gv.at

Mittelstandsbericht 2002/03

Bericht über die Situation der kleinen und mittleren
Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft

INHALT

Vorwort

1

I. Rahmenbedingungen und Perspektiven für die Entwicklung der KMU

3

I.1 Konjunktursituation 2003 in den "KMU dominierten" Wirtschaftssektoren in Österreich

3

I.1.1 Gewerbe und Handwerk

3

I.1.2 Handel

5

I.1.3 Transport und Verkehr

6

I.1.4 Tourismus- und Freizeitwirtschaft

7

I.1.5 Information und Consulting

8

I.2 Nationale Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU

9

I.2.1 Maßnahmen im Bereich "Unternehmensumfeld"

9

I.2.1.1 Änderungen im Rechtsschutz nach dem Bundesvergabegesetz 2002

10

I.2.1.2 Wettbewerbspolitik: Änderung der Behördenorganisation

11

I.2.1.3 Liberalisierung von Berufszugang und Nebenrechten durch die Gewerbeordnungsnovelle 2002

12

I.2.1.4 Flexible Gestaltung der Öffnungszeiten durch das Öffnungszeitengesetz 2003

13

I.2.1.5 Erleichterung von Betriebsneugründungen und -übertragungen durch das Neugründungs-Förderungsgesetz

13

I.2.1.6 Investitionszuwachsprämie

14

I.2.1.7 Unternehmensratgeber im Internet

14

I.2.1.8 Aktionsprogramme für kleine und mittlere Unternehmen

15

I.2.2 Maßnahmen im Bereich "Finanzielles Umfeld"

15

I.2.2.1 Konzentration der unternehmensbezogenen Wirtschaftsförderung

16

I.2.2.2 Private Equity und Venture Capital

20

I.2.2.3 Basel II und KMU

20

I.2.3 Maßnahmen im Bereich "Internationalisierung"

23

I.2.3.1 "Go international" - Die Internationalisierungsoffensive

23

I.2.3.2 "JUS-Net KMU"

25

I.2.3.3 (EXKURS) Perspektiven der EU-Erweiterung aus österreichischer Sicht

26

I.2.4 Maßnahmen im Bereich "Informationstechnologien"

28

I.2.4.1 E-Government

28

I.2.4.2 ECAustria

30

I.2.5	Maßnahmen im Bereich "Ausbildung und Arbeitskräfte"	31
I.2.5.1	Maßnahmen im Bereich der dualen Ausbildung	31
I.2.5.2	Maßnahmen im Bereich Arbeitsmarkt	32
I.2.5.3	Steuerliche Maßnahmen	33
I.2.6	Maßnahmen im Bereich "Forschung & Entwicklung und Innovation"	34
I.2.6.1	Offensivprogramm für Forschung und Entwicklung	35
I.2.6.2	Steuerliche Förderungsmaßnahmen	36
I.2.6.3	Konzentration der wirtschaftsnahen Forschungsförderung	37
I.2.6.4	Kooperative Forschungseinrichtungen	37
I.2.6.5	Förderung des Technologietransfers	38
I.2.6.6	Academia plus Business	38
I.2.6.7	Internationale Forschungs- und Technologiepolitik	39
I.2.7	Maßnahmen im Bereich "Nachhaltige Entwicklung"	39
I.3	Förderung der unternehmerischen Initiative	41
I.4	Die Steuerreform 2004/05	43
II.	KMU-Politik der Europäischen Union	46
II.1	Rat der Europäischen Union für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum	46
II.2	Kommission der Europäischen Union	46
II.2.1	Generaldirektion Unternehmen	47
II.2.1.1	Mehrjahresprogramm für Unternehmen und unternehmerische Initiative, insbesondere für KMU (2001-2005)	48
II.2.1.2	Die Europäische Charta für Kleinunternehmen	50
II.2.2	Generaldirektion Binnenmarkt	51
II.2.3	Generaldirektion Forschung	52
III.	Struktur und Entwicklung der KMU im internationalen Vergleich	53
III.1	Betriebsgrößenstruktur	53
III.2	Sektorale Struktur	55
III.3	Arbeitsproduktivität von KMU	58
III.4	Exportorientierung	59
III.5	Innovation	60
III.6	Qualifikationsbedarf	61
III.7	Ertragskraft und Finanzierung	62
IV.	KMU in Österreich - ein statistischer Überblick	64
IV.1	Unternehmen und Beschäftigte	64
IV.1.1	Sektorale Struktur und Entwicklung	66
IV.1.2	Struktur und Entwicklung nach Größenklassen	69
IV.1.2.1	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	71
IV.1.2.2	Sachgütererzeugung	72

IV.1.2.3	Energie- und Wasserversorgung	73
IV.1.2.4	Bauwesen	74
IV.1.2.5	Handel	75
IV.1.2.6	Beherbergungs- und Gaststättenwesen	76
IV.1.2.7	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	77
IV.1.2.8	Kredit- und Versicherungswesen	78
IV.1.2.9	Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen	79
IV.1.3	Saisonverlauf der Beschäftigtenzahlen 2001-2003	80
IV.1.4	Unternehmensdemographie	85
IV.2	Betriebswirtschaftliche Situation der KMU	90

Vorwort



Geschätzte Abgeordnete zum Nationalrat,
sehr geehrte Damen und Herren!

Die weitere Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich ist wie die nachhaltige Steigerung der Beschäftigung ein vorrangiges Ziel der Bundesregierung. Kleine und mittlere Unternehmen - oder kurz KMU - tragen dazu in Österreich im erheblichen Ausmaß bei. Die Leistungen der KMU bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und bei der Berufsausbildung sind beeindruckend. Eine stetig wachsende Zahl von Unternehmen unterstreicht auch die gesamtwirtschaftliche Dynamik, die von den kleinen und mittleren Unternehmen getragen wird.

Gerne komme ich daher als Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit dem gesetzlichen Auftrag nach, dem Nationalrat den mittlerweile zehnten "Bericht über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft" zu übermitteln. Im Mittelpunkt dieses Berichtes 2002/03 stehen naturgemäß die Entwicklungen und die Maßnahmen dieser beiden Jahre. In einigen Abschnitten, in denen es zweckmäßig schien, wurde der Berichtszeitraum entsprechend ausgeweitet.

Im Abschnitt I. wird eine Übersicht über die wesentlichsten Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU in Österreich, ergänzt um eine Beschreibung der konjunkturellen Entwicklung, dargestellt. Abgerundet wird dieser Abschnitt mit Fortschritten, die im Bereich der Förderung der unternehmerischen Initiative erzielt wurden.

Die Politik der Europäischen Union zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen ist Thema von Abschnitt II. Die Beschreibung orientiert sich dabei an den drei Säulen der Wettbewerbsfähigkeitsdiskussion, nämlich Unternehmens-, Binnenmarkt- und Forschungspolitik.

Mit einem internationalen Vergleich von Struktur und Entwicklung von KMU befasst sich Abschnitt III, während Abschnitt IV in bewährter Form einen statistischen Überblick über die Situation der KMU in Österreich bietet.

Der vorliegende Bericht hat das Ziel, alle relevanten Maßnahmen und Entwicklungen, die in den Berichtszeitraum gefallen sind, in nachvollziehbarer Form darzustellen. Für Fragen, die über die Informationen, die der Bericht liefert, hinausgehen, steht Ihnen die in meinem Ressort zuständige Fachabteilung unter Post@I6.bmwa.gv.at oder 01/71100-935929 (Fax) zur Verfügung.

Ich bin davon überzeugt, dass dieser Bericht einen substanziellen Beitrag zur politischen Arbeit im Interesse der kleinen und mittleren Unternehmen Österreichs leistet. Für alle Leser des "Mittelstandsberichtes 2002/03" hoffe ich schließlich, dass dieser als nützliche Informationsquelle hilfreich sein wird.



Dr. Martin Bartenstein
Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

I. Rahmenbedingungen und Perspektiven für die Entwicklung der KMU

I.1 Konjunktursituation 2003 in den "KMU dominierten" Wirtschaftssektoren in Österreich

"KMU dominiert" sind die Wirtschaftsbereiche Gewerbe und Handwerk, Handel, Transport und Verkehr (soweit der Transport auf der Straße betroffen ist), Tourismus- und Freizeitwirtschaft sowie Information und Consulting (Wirtschaftsnahe Dienstleistungen). Die Konjunktur verläuft in diesen Wirtschaftsbereichen – vor allem bedingt durch die stärkere Bedeutung der inländischen Nachfrage bzw. des privaten Konsums – teilweise anders als die gesamtwirtschaftliche Konjunktur und insbesondere anders als die Industriekonjunktur.

I.1.1 Gewerbe und Handwerk¹

Im österreichischen Gewerbe und Handwerk ist der Umsatz 2003 im Vergleich zum Vorjahr nominell um 0,6% auf € 44,8 Mrd. gestiegen. Bei einer Anhebung der Verkaufspreise um durchschnittlich 0,7 % ist der Umsatz mengenmäßig um 0,1% zurückgegangen.

Mit Ausnahme von Oberösterreich (+0,7%), Burgenland (+0,6%) und Salzburg (+0,4%) war die reale Umsatzentwicklung in allen Bundesländern negativ. Die stärksten Rückgänge der Verkaufszahlen meldeten die Betriebe in Kärnten, Tirol und Wien (jeweils -0,5%).

¹ Datengrundlage: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, vierteljährliche Konjunkturbeobachtung unter den Betrieben der Sparte "Gewerbe und Handwerk" (schriftlicher Fragebogen, realisierte Stichprobe 3.567 Betriebe mit rund 53.000 unselbstständig Beschäftigten)

Überdurchschnittlich hohe reale Umsatzzuwächse meldeten Mechatroniker (+3,6%), Kunststoffverarbeiter (+2,2%) und Schlosser (+1,8%). Die Spengler, das Baugewerbe und die Dachdecker verzeichneten knapp positive Ergebnisse (+0,5%); bei den Kfz-Technikern stagnierten die Verkaufszahlen. In allen anderen Branchen war die Entwicklung insgesamt negativ (zwischen -0,2% bei den Zimmermeistern und -1,9% bei den Textilreinigern). Betrachtet nach Betriebsgrößen haben sich die größeren Betriebe relativ besser behaupten können als die Kleinbetriebe. Preis bereinigt meldeten die Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten ein Umsatzminus von 1,4%, die Betriebe mit 10 bis 19 Beschäftigten einen Rückgang um 0,1% und die Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten ein Plus von 0,9 Prozent.

Der Exportanteil am Gesamtumsatz ist im Gewerbe und Handwerk österreichweit mit 5% im Jahr 2003 konstant geblieben und beträgt etwas mehr als € 2,2 Milliarden. Spitzenreiter ist Vorarlberg mit einer Exportquote von 15%, Schlusslicht ist das Burgenland mit 2 Prozent.

Die Investitionen je Beschäftigten sind im Jahr 2003 im Vergleich zu 2002 um 4% gesunken und beliefen sich im Durchschnitt auf rund € 3.800. Auf bauliche Investitionen entfielen € 1.500 und auf sonstige (Ausrüstungs-)Investitionen € 2.300 je Beschäftigten. Das Investitionsvolumen der Gewerbe- und Handwerksbetriebe lag damit insgesamt bei rund € 2,4 Mrd., wobei der Anteil der Umweltinvestitionen im Ausmaß von 5% stabil blieb.

Tabelle 1: Konjunkturkennzahlen für das österreichische Gewerbe und Handwerk, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2001	2002	2003
Umsatz nominell	-0,4	-0,3	0,6
Umsatz real	-1,1	-0,8	-0,1
Verkaufspreise	0,7	0,5	0,7
Investitionen**	-0,15	2,6	-0,4

* Sparte "Gewerbe und Handwerk" gemäß Wirtschaftskammer-Systematik
 ** je Beschäftigten

Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Konjunkturdatenbank

I.1.2 Handel

Der österreichische Einzelhandel² verzeichnete im Jahr 2003 ein nominelles Umsatzplus von 0,4 Prozent. Die durchschnittlichen Preissteigerungen beliefen sich auf 0,9%; dies bedeutet - real³ betrachtet - einen Umsatzrückgang um 0,5 Prozent. Der Einzelhandelsumsatz betrug im Jahr 2003 insgesamt rund € 38,3 Milliarden. Regional konnten die Geschäfte im Westen Österreichs nominelle Umsatzzuwächse erzielen (+1,2%). In den östlichen (0,0%) und südlichen Bundesländern (-0,3%) stagnierte der Umsatz. Im Gesamtjahr 2003 ist die Kundenfrequenz (Anzahl der kaufenden Kunden) um 1,7% zurückgegangen. Die rückläufige Kundenfrequenz bei gleichzeitig (geringfügig) steigenden Umsätzen bedeutet, dass der Durchschnittseinkauf der Kunden um rund 2% gestiegen ist.

Real, d. h. unter Berücksichtigung des Preiseffekts, verzeichnete der Spielwarenhandel (+3,1%) das beste Ergebnis, gefolgt vom Radio-, Elektro- und EDV-Handel inkl. Fotohandel (+2,9%), dem Sportartikelhandel (+2,3%), dem Handel mit Eisenwaren, Bau und Heimwerkerbedarf (+1,1%) sowie dem Lebensmittelhandel (+0,7%). Alle anderen Branchen erreichten das Vorjahresniveau nicht, wobei die Rückgänge im Lederwarenhandel (-11,5%) am höchsten waren.

Während Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als € 4 Mio. ein nominelles Umsatzplus erwirtschaften konnten, waren die Erlöse von Unternehmen unterhalb dieser Umsatzgrenze rückläufig.

Differenziert nach Vertriebsformen konnten die Filialisten im Jahr 2003 das beste Ergebnis erzielen (+1,2%). Franchise-Nehmer entwickelten sich ebenfalls besser (+0,5%) als der Einzelhandel insgesamt. Einzelhändler im Verbund sowie nicht kooperierende Einzelhändler mussten hingegen Umsatzeinbußen von 1% hinnehmen.

² Datengrundlage: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, monatliche Konjunkturbeobachtung unter Betrieben des Einzelhandels (schriftlicher Fragebogen, realisierte Stichprobe rund 1.400 Geschäfte)

³ Die Preisbereinigung erfolgt auf Basis eines Deflators auf Branchenebene (Quelle: Statistik Austria)

Tabelle 2: Konjunkturkennzahlen für den österreichischen Einzelhandel, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2001	2002	2003
Umsatz nominell	1,7	-1,1	0,4
Umsatz real	-0,6	-2,5	-0,5
Verkaufspreise	2,3	1,4	0,9
Kundenfrequenz*	-1,4	-3,6	-1,7
*Kundenfrequenz: Anzahl der kaufenden Kunden			
Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA			

Im Großhandel⁴ betrug das nominelle Wachstum 2003 durchschnittlich 2,3%. Den größten Umsatzzuwachs konnte der Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (+10,5%) erzielen. Die Handelsvermittlung musste hingegen Umsatzeinbußen von 8,3% hinnehmen.

Tabelle 3: Konjunkturkennzahlen für den österreichischen Großhandel (einschließlich Handelsvermittlung, ohne Handel mit Kfz), Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2001	2002	2003
Umsatz nominell	-3,4	2,0	2,3
Umsatz real	-3,9*	2,6*	1,5**
* zu Durchschnittspreisen 1995			
** zu Durchschnittspreisen 2000			
Quelle: Statistik Austria			

I.1.3 Transport und Verkehr⁵

Im Straßengüterverkehr kann die wirtschaftliche Entwicklung primär an Hand des Verlaufs der Zulassungs- und Bestandszahlen für Lastkraftwagen und Zugmaschinen interpretiert werden. Auf Grund einer Änderung bei der Erhebungsmethode ist ein Vergleich zu 2001 nicht möglich. Laut Schätzungen der Statistik Austria ist der

⁴ Datengrundlage: Statistik Austria, monatliche Konjunkturerhebung im Handel

⁵ Datengrundlage: Statistik Austria, Auswertung der entsprechenden Meldedaten des Versicherungshauptverbandes

Kraftfahrzeugbestand 2001 im Vergleich zu 2000 zwischen 1% und 2% gestiegen. Die Neuzulassungszahlen des Jahres 2003 sind sowohl für LKW als auch für Zugmaschinen und Anhänger höher als im Jahr 2002.

Tabelle 4: Bestand* an Lastkraftwagen, Zugmaschinen und Anhängern in Österreich			
	2002	2003	Veränderung (VÄ) in %
Lastkraftwagen (LKW)	319.981	326.087	1,91
<i>LKW bis 3,5 t</i>	<i>260.683</i>	<i>267.466</i>	<i>2,60</i>
<i>LKW von 3,5 bis 12 t</i>	<i>18.508</i>	<i>18.011</i>	<i>- 2,69</i>
<i>LKW über 12 t</i>	<i>40.790</i>	<i>40.610</i>	<i>- 0,44</i>
Zugmaschinen	436.391	439.637	0,74
Anhänger	553.670	566.866	2,38
* Bestand: jeweils 31. Dezember VÄ = Veränderung Quelle: Statistik Austria			

I.1.4 Tourismus- und Freizeitwirtschaft⁶

Der österreichische Tourismus zeigt für die Jahre 2001 bis 2003 eine positive Entwicklung. 2003 bilanzierten sowohl die Inländer- als auch die Ausländernächtigungen mit +2,0% bzw. +0,6% positiv; das gesamte Nächtigungsplus betrug 1%. Von der Gesamtzahl der Nächtigungen (rund 118 Mio.) des Jahres 2003 entfielen 73% auf Ausländer und 27% auf Inländer. Diese Anteile haben sich in den letzten Jahren nahezu nicht verschoben. Nach Herkunftsländern führen (gemessen an der Zahl der Übernachtungen im Jahr 2003) die deutschen Gäste weiter deutlich (rd. 53 Mio.) vor den Niederländern (rd. 8,5 Mio.) und den Schweizern (rd. 3,5 Mio.). Rund 48% der Nächtigungen entfielen im Kalenderjahr 2003 auf die zur Wintersaison zählenden Monate (2001: 49%), 52% auf die Sommersaison (2001: rund 51%).

⁶ Datengrundlage: Statistik Austria, Auswertung der von rund 1.600 Berichtsgemeinden gemeldeten Übernachtungszahlen

In den letzten Jahren bestätigte sich weiter der Trend zum Qualitätstourismus. Hotels der 5-/4-Stern-Kategorie erzielten überdurchschnittliche Nächtigungszuwächse. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer verkürzte sich von 4,3 Tagen im Jahr 2001 auf 4,2 Tage im Jahr 2003. Im Allgemeinen sind dabei die Winterurlaube etwas länger als die Sommerurlaube.

Im Jahr 2003 beliefen sich die Investitionen im Tourismus auf durchschnittlich 10,4% des Gesamtumsatzes (rund € 14,2 Mrd.).

Der Anteil der direkten Wertschöpfung des Tourismus am österreichischen BIP gemäß Tourismussatellitenkonto (TSA) betrug im Jahr 2001 6,4 Prozent⁷. Der vorläufige Anteil am BIP für das Jahr 2002 bzw. die Prognose für 2003 liegen bei 6,7 Prozent.

Tabelle 5: Übernachtungen in Österreich, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2001	2002	2003
Inländer	0,9	-1,4	2,0
Ausländer	1,4	2,5	0,6
Insgesamt	1,3	1,5	1,0

Quelle: Statistik Austria

I.1.5 Information und Consulting⁸

Im Bereich Information/Consulting stieg der Umsatz im Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr nominell um 3,1% bzw. Preis bereinigt um 2,4% an. Besonders positiv war die nominelle Umsatzentwicklung bei den *Versicherungsmaklern* (+11,1%) und den *Finanzdienstleistern* (+9,2%). Differenziert nach Größenklassen liegen die Be-

⁷ Quelle: Statistik Austria, WIFO

⁸ Datengrundlage: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, halbjährliche Konjunkturbeobachtung unter Betrieben der Sparte "Information und Consulting" (schriftlicher Fragebogen, realisierte Stichprobe 2.797 Betriebe mit 19.845 unselbstständig Beschäftigten). In der im Juli 2002 in der Wirtschaftskammer eingerichteten Sparte sind folgende 10 Fachverbände vertreten: Abfall- und Abwasserwirtschaft, Buch- und Medienwirtschaft, Druck, Finanzdienstleister, Immobilien- und Vermögenstreuhänder, Technische Büros - Ingenieurbüros, Telekommunikations- und Rundfunkunternehmen, Unternehmensberatung und Informationstechnologie, Versicherungsmakler und Berater in Versicherungsangelegenheiten, Werbung und Marktkommunikation.

triebe mit einem Jahresumsatz zwischen € 100.000 und € 500.000 an der Spitze (+4%). Der Gesamtumsatz der Sparte lag im Jahr 2003 bei rd. € 32 Milliarden.

Auf Exporte entfielen 11,8% des Gesamtumsatzes. Diesbezüglich führen in einem Branchenvergleich die *Technischen Büros* und *Ingenieurbüros* (23,2%) vor der *Unternehmensberatung* und *Informationstechnologie* (17,3%). Die Investitionen beliefen sich auf durchschnittlich 9,5% des Gesamtumsatzes. Die Anpassung der Verkaufspreise und Honorare lag mit durchschnittlich +0,7% relativ deutlich unter der Inflationsrate (+1,3%).

Die Betriebe der Sparte Information-Consulting erreichten im 1. Halbjahr 2004 ein nominelles Umsatzwachstum von knapp 7 Prozent. Auch das Gewerbe und Handwerk verzeichnet im Jahr 2004 eine im Vergleich zum Vorjahr bessere konjunkturelle Entwicklung: Die Geschäftslage wird von den Betrieben positiver eingeschätzt als im Jahr 2003. Insbesondere im III. Quartal 2004 hat sich der durchschnittliche Auftragsbestand der investitionsgüternahen Branchen erhöht; die Konjunkturerholung im konsumnahen Bereich hat sich weiter fortgesetzt. Im Einzelhandel stagnierte in den ersten neun Monaten des Jahres 2004 der Umsatz.

I.2 Nationale Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU

Im Folgenden werden wirtschaftspolitische Maßnahmen in den Bereichen "Unternehmensumfeld", "Finanzielles Umfeld", "Internationalisierung", "Informationstechnologien", "Arbeitskräfte und Ausbildung", "F&E und Innovation" sowie "Nachhaltige Entwicklung" skizziert, welche sich seit dem Jahr 2002 auf die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen in Österreich positiv ausgewirkt haben.

I.2.1 Maßnahmen im Bereich "Unternehmensumfeld"

Die Rahmenbedingungen für KMU haben sich in den vergangenen Jahren durch eine Reihe von Liberalisierungsschritten sowie durch administrative Vereinfachungen substantiell verbessert. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die folgenden Maßnahmen hervorzuheben:

I.2.1.1 Änderungen im Rechtsschutz nach dem Bundesvergabegesetz 2002

Durch das am 1. September 2002 in Kraft getretene neue Bundesvergabegesetz 2002 (BVerG 2002)⁹, wurde der Rechtsschutz österreichweit vereinheitlicht. Nun können sich Unternehmen, die an einer öffentlichen Ausschreibung teilnehmen wollen, an einheitlichen Normen orientieren.

Als weitere wesentliche inhaltliche Änderung des BVerG 2002 ist die Erweiterung des Rechtsschutzes auch auf den Unterschwellenbereich zu nennen, wodurch gerade kleine und mittlere Unternehmen die Chance haben, Auftragsvergaben der öffentlichen Hand nach einheitlichen Gesichtspunkten überprüfen zu lassen.

Das Bundesvergabeamt (BVA) ist die Rechtsschutzbehörde für die nachprüfende Kontrolle bei Vergaben des Bundes. Die organisatorische Struktur des BVA hat sich im Jahr 2002 wesentlich verändert: bis 31. August 2002 war die Geschäftsstelle des BVA eine Abteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit; seit 1. September 2002 wird diese Aufgabe von einer weisungsfreien und unabhängigen Behörde wahrgenommen.

Das BVA hat seine Entscheidungen innerhalb kurzer Fristen zu treffen: die Erlassung einstweiliger Verfügungen hat innerhalb einer Woche zu erfolgen; für die Entscheidungsfindung vor der Zuschlagserteilung wird ein Zeitraum von einem Monat (Unterschwellenbereich) und sonst von zwei Monaten eingeräumt. Lediglich im Feststellungsverfahren, also nach Zuschlagserteilung, ist eine Frist von sechs Monaten vorgesehen. Dem BVA ist es gelungen, diese kurzen Entscheidungsfristen insgesamt zu ca. 90% einzuhalten (vgl. Tätigkeitsbericht des BVA an den Nationalrat; www.bva.gv.at).

Mit 1. Mai 2004 ist die E-Procurement Verordnung der Bundesregierung, BGBl. II Nr.183/2004, in Kraft getreten, die die Erstellung und Übermittlung von Angeboten auf elektronischem Weg im Bereich des öffentlichen Auftragswesens regelt. Be-

⁹ Bundesvergabegesetz 2002, BGBl. I Nr. 99/2002

sonderes Augenmerk der Verordnung gilt der Sicherheit der elektronischen Signatur in Angeboten in öffentlichen Vergabeverfahren.

I.2.1.2 Wettbewerbspolitik: Änderung der Behördenorganisation

Am 1. Juli 2002 trat die Reform des österreichischen Wettbewerbsrechts (Wettbewerbsgesetz¹⁰, Novelle zum Kartellgesetz¹¹) in Kraft. Kernpunkt der Reform ist die institutionelle Neugliederung der Wettbewerbslandschaft durch die Schaffung der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) als weisungsfreie und unabhängige, monokratisch organisierte Behörde.

Die BWB hat gemäß Wettbewerbsgesetz den Auftrag, funktionierenden Wettbewerb sicherzustellen, und ist grundsätzlich die für die Einhaltung der europäischen Wettbewerbsregeln zuständige österreichische Behörde.

Um eine effektive Erfüllung der Aufgaben zu gewährleisten, wurden der BWB - über das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz (AVG) hinausgehend - wesentliche Ermittlungsbefugnisse, wie etwa die Einsichtnahme in geschäftliche Unterlagen samt der Befugnis zur Anfertigung von Kopien oder sonstigen Abschriften, zuerkannt.

Durch die Einrichtung des weisungsgebundenen Bundeskartellanwalts beim Bundesministerium für Justiz wird der Entfall der Möglichkeit eines amtswegigen Vorgehens durch das Kartellgericht kompensiert.

Das Kartellgesetz wurde durch eine Novellierung weiter an internationale Standards angepasst: Dazu trugen insbesondere die Einführung eines Bußgeldkatalogs sowie hinsichtlich der Strafbemessung die Berücksichtigung der Mitarbeit bei der Sachverhaltsaufklärung bei.

¹⁰ Wettbewerbsgesetz 2002, BGBl. I Nr. 62/2002

¹¹ Kartellgesetz 1988 i. d. F. BGBl. I Nr. 33/2003

I.2.1.3 Liberalisierung von Berufszugang und Nebenrechten durch die Gewerbeordnungsnovelle 2002

Die Gewerbeordnungsnovelle des Jahres 2002¹² führte zu einer umfassenden Liberalisierung von Berufszugang und Nebenrechten. Diese Deregulierung bedeutet eine Erleichterung bei der Ausübung von gewerblichen Tätigkeiten und stellt einen zusätzlichen Anreiz dar, als Unternehmer selbstständig tätig zu werden.

Die Gewerbeordnung unterscheidet nunmehr zwischen zwei Kategorien von Gewerben. Es sind dies einerseits die reglementierten Gewerbe, für deren Ausübung die Erbringung eines Befähigungsnachweises vorgeschrieben ist, sowie andererseits die freien Gewerbe, für deren Ausübung keine Befähigung nachzuweisen ist. Grundsätzlich gilt, dass jede gewerbliche Tätigkeit, die nicht in § 94 GewO 1994 aufgelistet ist, den freien Gewerben zuzuordnen ist. Die Kategorie der bewilligungspflichtigen gebundenen Gewerbe ist entfallen.

Bei einigen besonders sensiblen Gewerben (z.B. Baumeister, Elektrotechnik, Gas- und Sanitärtechnik, Waffengewerbe, Pyrotechnikunternehmen, Sprengungsunternehmen, Sicherheitsgewerbe, Vermögensberatung, Inkassoinstitute, Reisebüros) ist eine Zuverlässigkeitsprüfung zur Wahrung öffentlicher Interessen (z.B. Schutz von Leben und Gesundheit, Wahrung der öffentlichen Sicherheit, Konsumentenschutz) zwingend vorgeschrieben.

Die Nebenrechte wurden für alle Gewerbetreibenden vereinfacht und vereinheitlicht.

Alle Gewerbetreibenden dürfen u.a. auch Gesamtaufträge übernehmen, besitzen ein allgemeines Recht, auch Handelsaktivitäten zu entfalten (mit Ausnahme der Bereiche, die reglementierten Gewerben vorbehalten sind), und können Teilgewerbe ohne Begründung einer eigenen Gewerbeberechtigung ausüben, sofern das Teilgewerbe im Zusammenhang mit der hauptberuflich ausgeübten gewerbli-

¹² Gewerbeordnungsnovelle 2002, BGBl. I Nr. 111/2002

chen Tätigkeit steht. Einzige Voraussetzung zur Ausübung der normierten Nebenrechte ist, dass der wirtschaftliche Schwerpunkt und die Eigenart des Betriebes erhalten bleiben müssen. Das "redliche Scheitern" - ein Konkurs mit einem früheren Unternehmen - stellt keinen Ausschließungsgrund mehr für eine Gewerbeberechtigung dar.

In den Bezirkshauptmannschaften - bzw. bei den Magistratischen Bezirksämtern in Wien - gibt es nun eine einzige Anlaufstelle für die Gründung eines Unternehmens, die auch elektronisch erreichbar ist.

I.2.1.4 Flexible Gestaltung der Öffnungszeiten durch das Öffnungszeitengesetz 2003

Mit 1. August 2003 ist das Öffnungszeitengesetz 2003¹³ in Kraft getreten. Das neue Öffnungszeitengesetz räumt auf Grund seiner flexiblen und liberalen Gestaltung den Betrieben die Möglichkeit ein, verstärkt auf die Bedürfnisse der Konsumenten einzugehen.

Erstmals werden die Bestimmungen über Öffnungszeiten im Einzelhandel in einem Gesetz konzentriert. Die Gesamtoffenhaltezeit von Verkaufsstellen pro Woche beträgt 66 Stunden, wobei der jeweilige Landeshauptmann unter gewissen Voraussetzungen diese durch Verordnung auf 72 Stunden ausweiten kann.

I.2.1.5 Erleichterung von Betriebsneugründungen und -übertragungen durch das Neugründungs-Förderungsgesetz¹⁴

Für Neugründungen sah schon bisher das NeuFöG umfassende Steuererleichterungen bzw. Steuerbefreiungen vor. Mit dem Konjunkturbelebungs-gesetz 2002¹⁵ sind die bestehenden Steuererleichterungen in einem erheblichen Umfang auch

¹³ Öffnungszeitengesetz 2003, BGBl. I Nr. 48/2003

¹⁴ Steuerreformgesetz 2000, BGBl. I Nr. 106/1999, Artikel XV, Bundesgesetz, mit dem die Neugründung von Betrieben gefördert wird (Neugründungs-Förderungsgesetz - NeuFöG)

¹⁵ Konjunkturbelebungs-gesetz 2002, BGBl. I Nr. 68/2002

auf Unternehmensübertragungen ausgedehnt worden. Diese sind seit 1. Jänner 2002 von Stempel- und Gerichtsgebühren, der Grunderwerbsteuer (bis € 75.000) sowie der Gesellschaftsteuer befreit. Eine zum NeuFöG ergangene Verordnung gewährleistet, dass diese Steuerbefreiungen seit Beginn des Jahres 2004 im Vorhinein geltend gemacht werden können.

I.2.1.6 Investitionszuwachsprämie

Die Investitionszuwachsprämie¹⁶ wurde im Zuge des Konjunkturbelebungs pakets I im Herbst 2002 (für die Jahre 2002 bis 2004) als gezielte Maßnahme zur Förderung von Investitionen österreichischer Unternehmen eingeführt. Mit dieser Prämie werden Investitionen in prämienbegünstigte Wirtschaftsgüter gezielt mit 10% der Bemessungsgrundlage steuerlich gefördert. Der Investitionszuwachs bei prämienbegünstigten Wirtschaftsgütern ist die Differenz zwischen deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten der Kalenderjahre 2002 bis 2004 und dem Durchschnitt der Anschaffungs- oder Herstellungskosten dieser Wirtschaftsgüter der letzten drei Wirtschaftsjahre, die jeweils vor dem 1. Jänner der Jahre 2001 bis 2003 geendet haben.

I.2.1.7 Unternehmensratgeber im Internet

Die behördenübergreifende elektronische Bürgerinformationsplattform "help.gv.at" erhielt 2003 neben dem "Justitia Award" auch den "e-Europe Award" der Europäischen Kommission. Für die wachsende Akzeptanz der Bürger spricht auch die steigende Zahl der durchschnittlichen monatlichen Zugriffe von 19.778 im Jahr 1999 auf über 250.000 im Jahr 2004.

Mit März 2001 ist das Portal um das Modul "help-business.gv.at" erweitert worden. Seither erhalten auch Unternehmer rasch und unkompliziert Unterstützung bei Amtswegen. Darüber hinaus wird das Angebot durch herunterladbare Formulare,

¹⁶ BGBl. I Nr. 155/2002; verlängert durch das Wachstums- und Standortgesetz 2003, BGBl. I Nr. 133/2003

Mustervorlagen und Online-Amtswege sukzessive komplettiert; dies erspart zahlreiche Verwaltungswege zu verschiedenen Ämtern.

I.2.1.8 Aktionsprogramme für kleine und mittlere Unternehmen

Im Jahre 2002 wurde das in Zusammenarbeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit mit dem Wirtschaftsförderungsinstitut der Wirtschaftskammer Österreich (WIFI Österreich) durchgeführte Aktionsprogramm 2001/2002 abgeschlossen. Das in Übereinstimmung mit den Zielsetzungen des *Mehrjahresprogramm für Unternehmen und unternehmerische Initiative, insbesondere KMU (2001-2005) der Europäischen Union* (vgl. auch Punkt II.2.1.1) konzipierte Programm umfasste die Schwerpunkte "Benchmarking", "Bessere Nutzung des Binnenmarktes", "eFIT im eBusiness", "Design" und "Entrepreneurship/Intrapreneurship".

In Übereinstimmung mit der Europäischen Charta für Kleinunternehmen (vgl. auch Punkt II.2.1.2) werden im Folgeprogramm 2003/2004 die Schwerpunkte "Strategische Unternehmensführung" und "Unternehmensfinanzierung" verfolgt. Vor dem Hintergrund einer ungünstigen Finanzierungsstruktur vieler kleiner und mittlerer Unternehmen umfasst der Schwerpunkt "Unternehmensfinanzierung" des Aktionsprogramms 2003/2004 die Schaffung von Informationsinstrumenten und Entscheidungshilfen für Unternehmen. Zusätzliche Unterstützung bei der Analyse der Unternehmen und der Umsetzung von vorgeschlagenen Maßnahmen bietet die Österreich weit angebotene Beratungsaktion "Finanzierungs-Check".

I.2.2 Maßnahmen im Bereich "Finanzielles Umfeld"

In diesem Kontext werden schwerpunktmäßig die Realisierung des "one-stop-shop"-Ansatzes im Bereich der unternehmensbezogenen Wirtschaftsförderung und die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Beteiligungsfinanzierung dargestellt. Weiters wird über die nationale Vorbereitung auf die künftigen Basel II-Regelungen berichtet.

I.2.2.1 Konzentration der unternehmensbezogenen Wirtschaftsförderung (Austria Wirtschaftsservice Ges.m.b.H)

Die Finanzierungsgarantie-Gesellschaft mit beschränkter Haftung und die BÜRGES Förderungsbank Gesellschaft mit beschränkter Haftung wurden durch Generalversammlungsbeschlüsse der beiden Gesellschaften vom 23. September 2002 auf Grundlage des Austria Wirtschaftsservice-Errichtungsgesetzes, BGBl. I 130/2002, unter Ausschluss der Abwicklung durch Übertragung der Vermögen dieser Gesellschaften mit allen Rechten und Pflichten im Wege der Gesamtrechtsnachfolge zur Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft (aws) mit beschränkter Haftung verschmolzen.

In außerordentlichen Generalversammlungen der aws und der Innovationsagentur Gesellschaft m.b.H. vom 7. August 2003 erfolgte mit Wirkung 31. Dezember 2002 die Verschmelzung der Innovationsagentur als übertragende Gesellschaft mit der aws als übernehmende Gesellschaft. Der ERP-Fonds, der rechtlich selbständig bleibt, ist über personelle Verschränkung organisatorisch mit der aws verbunden.

Die von der aws angebotene Produktpalette reicht von Barzuschüssen und günstigen Krediten bis hin zur Übernahme von Haftungen und zu Beratungen, wodurch die wichtigsten unternehmensbezogenen Bundesförderungen aus einer Hand in Anspruch genommen werden können.

Im Jahr 2003 konzentrierte sich die aws schwerpunktmäßig auf risikoreiche und innovative Projekte, die besonders in den frühen Entwicklungsphasen von Unternehmen und Märkten großen zukünftigen Wert versprechen, welche ohne die Unterstützung durch die aws nicht oder nicht ausreichend getätigt werden würden. Die aws ist eine Förderbank speziell für kleine und mittlere Unternehmen. Um jedoch wettbewerbsneutral zu agieren, setzte die aws in speziellen Bereichen und für größere Unternehmen ihr Instrumentarium im Jahr 2003 auch zu kommerziellen Bedingungen ein.

Die aws hat 2003 ihre Aktivitäten und neuen Förderprogramme insbesondere auf die förderpolitischen Schwerpunkte "innovations- und technologieorientierte Unter-

nehmensgründungen" und "kleine und mittlere Unternehmen" fokussiert und die Optimierung und Modernisierung bestehender Programme fortgesetzt sowie ein aws-Mehrjahresprogramm 2004-2006 entwickelt.

Im Jahr 2003 hatte die aws insgesamt mit rund 6.000 österreichischen Unternehmen Kontakt, die etwa im Rahmen von Vorgesprächen, bei Veranstaltungen und Seminaren beraten, betreut bzw. gefördert wurden. Zusätzlich hierzu hat die aws am "Tag der offenen Tür" (24. Oktober 2003) am neuen Standort rund 1.000 Bankenvertreter, Unternehmer bzw. Multiplikatoren über das neu strukturierte Angebot informiert.

Als wesentlichen Förderschwerpunkt des Jahres 2003 hat die aws ca. 2.000 Unternehmensgründungen unterstützt. Allein in den Programmen "Jungunternehmerförderung" und "Unternehmensdynamik" (die Programme zur Stärkung des innovativen Potentials von KMU sowie zur Förderung der Gründung von wettbewerbsfähigen, wirtschaftlich selbständigen kleinen Unternehmen durch Vergabe von Bürgschaften und Prämien) wurden damit unmittelbar mehr als 2.000 neue Arbeitsplätze geschaffen sowie 2.400 Arbeitsplätze abgesichert.

Der Rat für Forschung und Technologieentwicklung hat auf Basis der Programmentwürfe der aws die Fortführung und zusätzlich noch die Ausweitung der Programme im Technologie- und Innovationsbereich in Höhe von rund € 13,7 Mio. für 2004 empfohlen, womit der Grundstein zum weiteren Ausbau der aws-Technologieprogramme gelegt wurde.

Im Jahr 2003 wurden insgesamt rund 330 Projekte in den Schwerpunktbereichen Life Sciences und Nanotechnologie, Gründungsfinanzierung für Hochtechnologieunternehmen, Sicherung von geistigem Eigentum und Patentverwertung und Finanzierung von Umwelt- und Energievorhaben unterstützt. Zusätzlich konnte das Programm Unilnvent zur Patentsicherung von Forschungsergebnissen an den österreichischen Universitäten gemeinsam mit diesen und den Auftraggebern (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit) ausgearbeitet werden. Die erfolgreiche Arbeit im Bereich Life Sciences, insbesondere die Aktivitäten zum Aufbau von Netzwerken, wurde auf

den Schwerpunkt Nanotechnologie übertragen und führte in weiterer Folge zum Start der Nano-Netzwerk-Initiative (Auftraggeber Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit).

Zur Unterstützung von High Tech-Unternehmensgründungen hat sich insbesondere die Kombination *Bereitstellung einer Seed-Finanzierung (in Form von Mezzaninkapital) in Verbindung mit einer Projekt begleitenden Beratung* bewährt. Seit dem Beginn (im Jahr 1989) konnten rund 140 Unternehmen mit Mezzaninkapital finanziert (Gesamtinvestitionsvolumen mehr als € 250 Mio.) und über 1.000 Unternehmen begleitet werden.

Im Jahr 2003 hat die aws mit ihrem Fremdkapitalhaftungs- und Zuschuss-Instrumentarium ein Investitionsvolumen in Höhe von ca. € 900 Mio. mitgetragen. Hierfür wurde ein Förderbarwert¹⁷ von € 22 Mio. für Zuschüsse und € 3,6 Mio. für Haftungen "eingesetzt". Um für die Zukunft eine möglichst starke Hebelwirkung bei aws-Förderungen durch zusätzliche Finanzierungsquellen sicherzustellen, sind Kooperationen und Partnerschaften mit EU-Programmen und internationalen Finanzinstitutionen, wie etwa der Europäischen Investitionsbank (EIB), von strategischer Bedeutung. So werden beispielsweise Rückhaftungen des Europäischen Investitionsfonds (EIF) zur Verbreiterung und Entlastung der Haftungsrahmen einzelner aws-Schwerpunktrichtlinien (bis zu 40% des aws-Risikos) eingesetzt.

Insgesamt hat die aws (bzw. haben BÜRGES und FGG) seit dem Jahr 1990 mehr als 1.000 Unternehmen bei ihrer Internationalisierung begleitet bzw. abgesichert. Alleine über den aws-Studienfonds, der Projektvorbereitungen mit Zuschüssen unterstützt, wurde ein Investitionsvolumen österreichischer Unternehmen im Ausland in Höhe von ca. € 1,3 Mrd. aktiviert bzw. angeregt.

Die aws bietet ein breit gefächertes Instrumentarium zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung österreichischer Unternehmen an. Über die aws-Kapitalgarantien wurden seit Implementierung des Programms im Jahr 1998 insgesamt € 1,2 Mrd.

¹⁷ Förderbarwerte sind nicht mit tatsächlichen Schadensfällen bzw. Haftungsvolumina zu verwechseln, sondern dienen an dieser Stelle zur Verdeutlichung der aws-Multiplikatorfunktion.

an Risikokapital mobilisiert. Bei einer derzeit bestehenden "Ausinvestitionsquote" der Fonds von 50% wurde bisher ca. 250 Unternehmen im Wege der "aws-Kapitalgarantien" Eigenkapital zur Verfügung gestellt. Für "vorwettbewerbliche" F&E-Investitionen hat die aws bisher rund 50 Projekte im Rahmen des Technologiefinanzierungsprogrammes mit Eigenkapital und eigenkapitalähnlichen Mitteln ausgestattet. Mit "traditionellen" aws-"Einzel"-Eigenkapitalgarantien konnten allein im Jahr 2003 22 Neugründungen und 36 bestehende Unternehmen unterstützt werden. Im Rahmen der Börse für Business Angels "i2" werden private Investoren, die über Kapital und Erfahrung verfügen (Business Angels), und Unternehmen mit Ideen auf effiziente (und diskrete) Weise zusammengebracht.

Die aws verfügt über ein Team von Research-Experten, das für aws-interne Zwecke und für Kunden Markt- und Technologieanalysen durchführt. Über 20 externe Kunden - vorwiegend Gründerzentren, junge Technologie-Firmen sowie technologieorientierte Unternehmensgründer und KMU - nahmen im Jahr 2003 dieses Service in Anspruch.

Die am 1. Mai 2004 erfolgte Erweiterung der Europäischen Union um die zentral-europäischen Nachbarländer stellt kleine und mittlere Unternehmen in Österreich – insbesondere in den Grenzregionen – vor neue Herausforderungen. Modernisierungs- und Erweiterungsinvestitionen müssen rechtzeitig getätigt werden, damit die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Mitbewerbern erhalten und ausgebaut werden kann. Mit dem neuen Schwerpunktprogramm "Fit für Europa" werden erstmals Förderinstrumente der aws und des ERP-Fonds derart gebündelt, dass höhere Förderungen ohne zusätzliche Budgetmittel des Bundes möglich werden. In Grenzregionen stehen zusätzlich auch Strukturfonds-Mittel der Europäischen Union und Budgetmittel der Bundesländer zur Verfügung, wodurch überdurchschnittlich hohe Förderungsintensitäten erreichbar sind. Durch diese Initiative werden kleine und mittlere Unternehmen in ganz Österreich (und insbesondere in den Grenzregionen) in den Sektoren Produktion, Dienstleistung und Handel unterstützt. Die Art der Förderung (Zuschuss, ERP-Kredit, Bürgschaft) wird dabei optimal auf die Finanzierungssituation des einzelnen Unternehmens abgestimmt.

I.2.2.2 Private Equity und Venture Capital

Die Dachorganisation für österreichische Beteiligungsunternehmen AVCO engagiert sich für die Gestaltung der rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen der österreichischen Private Equity (PE) und Venture Capital (VC) Industrie. Um die weitere Entwicklung von Private Equity in Österreich zu forcieren, hat die AVCO konkrete Vorschläge zur Einrichtung neuer PE-Fondsstrukturen nach internationalem Vorbild erarbeitet, die mit dem Bundesministerium für Finanzen abgestimmt werden. Darüber hinaus erarbeitet die AVCO "Investor Relations"-Richtlinien auf Basis internationaler Praxis, welche die Beziehungen zwischen Investoren in PE-Fonds und dem Fondsmanagement sowie die damit verbundenen Rechte, Pflichten und Gestaltungsmöglichkeiten darstellen bzw. festschreiben.

Die Kapitalzufuhr (Fundraising) in Österreich lag im Jahr 2002 bei € 177,1 Mio.; die Bruttoinvestitionen beliefen sich auf € 146,1 Millionen. Im ersten Halbjahr 2003 war ein leichter Rückgang zu verzeichnen, der jedoch durch einen Anstieg im zweiten Halbjahr weitestgehend wettgemacht wurde. Für 2004 ist im Licht der Gesamtentwicklung im Jahr 2003 ein Ansteigen der Investitionstätigkeit mit zusätzlichem Kapital in wachstumsorientierte, entwicklungsstarke KMU zu erwarten¹⁸.

I.2.2.3 Basel II und KMU

Banken sind grundsätzlich verpflichtet, für die bei der Kreditvergabe eingegangenen Risiken adäquate "Risikopolster" in Form von Eigenkapital zu halten. Zur Erreichung der Stabilisierung des Bankensystems, aber auch zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen sind sowohl die Höhe der erforderlichen Eigenmittel als auch deren Qualität international harmonisiert. Diese Harmonisierung erfolgte erstmals 1988 durch die Standards des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht ("Basel I"), auch als "Baseler Eigenkapitalverordnung" oder "Baseler Akkord" be-

¹⁸ Entsprechende Daten wurden in Zusammenarbeit zwischen der European Private Equity and Venture Capital Association (EVCA) und der Austrian Private Equity and Venture Capital Organisation (AVCO) erhoben und ausgewertet. Details dazu finden sich in den EVCA Yearbooks 2003 und 2004 bzw. unter www.avco.at.

zeichnet. Diese wurden Anfang der 1990er Jahre auch von der EU-Gesetzgebung in Form der "Europäischen Kapitaladäquanzrichtlinie"¹⁹ berücksichtigt.

Der Baseler Ausschuss begann 1998 neue Standards zu entwickeln, die das Risiko einer Bank und damit auch das Eigenkapitalerfordernis für dieses Risiko genauer abbilden. Dies bedeutet, dass von einer pauschalierten Eigenkapitalunterlegung von Krediten abgegangen und stattdessen die Bonität des Kreditnehmers zum Maßstab der Höhe des erforderlichen Eigenkapitals gemacht wird²⁰.

Österreich hat bereits im Jahr 2001 die ursprünglich KMU äußerst restriktiv behandelnden Regelungen zum Anlass genommen, seinen Einfluss auf europäischer Ebene - sowohl seitens der zuständigen Regierungsmitglieder als auch durch die Vertreter der Wirtschaft - geltend zu machen, um ungerechtfertigt negative Auswirkungen auf die mittelständische Unternehmensfinanzierung zu verhindern. In diesem Zusammenhang hat der Europäische Rat von Barcelona im Jahr 2002, initiiert von Österreich, von der Europäischen Kommission die Vergabe einer Studie verlangt, um die zu erwartenden Auswirkungen von Basel II auf die europäische Wirtschaft, insbesondere auf KMU festzustellen.

Diese von PricewaterhouseCoopers erstellte Studie²¹ sowie auch eine im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit - explizit für Österreich - erstellte "Basel II"- Studie²² haben ergeben, dass es insgesamt nur bei KMU-Krediten in Höhe von über € 1 Mio. zu einem leichten Anstieg der Eigenmittelerfordernisse kommen könnte.

¹⁹ Richtlinie 93/6/EWG des Rates vom 15. März 1993 über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Wertpapierfirmen und Kreditinstituten, Amtsblatt Nr. L 141 vom 11. Juni 1993

²⁰ Anstelle eines einheitlichen Ansatzes treten gemäß dem vorgeschlagenen neuen Eigenkapitalrahmen drei unterschiedliche Ansätze, die es den Finanzinstituten gestatten, den für sie geeignetsten Ansatz auszuwählen (der Standardansatz oder auch einfache Ansatz basiert auf externen Ratings; der IRB-Basisansatz - "foundation internal rating based" - oder auch intermediäre Ansatz basiert auf einem qualifizierten bankinternen Rating und der AIRB-Ansatz - "advanced internal rating based" - oder auch fortgeschrittene Ansatz basiert gleichfalls auf einem bankinternen Rating). Der Standardansatz und der IRB-Basisansatz sollen Ende 2006 Gültigkeit erlangen (allerdings könnten die Banken bis Ende 2007 auch nach wie vor noch die derzeitigen Regeln anwenden); der fortgeschrittene IRB-Ansatz soll Ende 2007 verwendbar sein.

²¹ Studie über die Auswirkungen des Vorschlagentwurfs über die neuen Eigenkapitalvorschriften für Kreditinstitute und Investmentfirmen auf den Finanzdienstleistungssektor und die Gesamtwirtschaft in der EU, 8.4.2004

²² "Auswirkungen von Basel II auf österreichische KMU" von Thomas Heimer und Thomas Köhler, Hochschule für Bankwirtschaft in Frankfurt, Mai 2004

Die "Basel II"- Studie des Wirtschaftsministeriums unterstreicht mit den nachstehenden Empfehlungen die Richtigkeit der - teilweise bereits vor Jahren - in Angriff genommenen Vorbereitungsmaßnahmen (vgl. z.B. Punkte I.2.1.8, I.2.2.1, I.4):

- Ausbau der Informationspolitik über die Inhalte und Regelungen sowie die Auswirkungen der Einführung des Basel II Akkords
- Ausbau der Informationspolitik über die notwendigen Maßnahmen, um die Transparenz über die Unternehmensentwicklung von KMU zu erhöhen
- Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzstruktur von KMU

Die Veröffentlichung der neuen Baseler Eigenmittelbestimmungen (Basel II) durch den Baseler Ausschuss erfolgte im Juni 2004. Am 14. Juli 2004 veröffentlichte die Europäische Kommission die Rohversion eines Richtlinienvorschlags betreffend neue Eigenmittelbestimmungen für Banken und Investmentfirmen (Änderung der Kodifizierten Bankenrichtlinie, 2000/12/EG, und der Kapitaladäquanzrichtlinie, 93/6/EWG). Der vorgelegte Richtlinienvorschlag umfasst zum einen die Hauptkomponenten von Basel II, trägt aber andererseits den Besonderheiten des europäischen Marktes und insbesondere jenen der KMU angemessen Rechnung.

Begrüßenswert ist, dass die Europäische Kommission, wie auch schon der Baseler Ausschuss, begünstige Eigenmittelunterlegungen für KMU vorschlägt. Positiv wird weiters vermerkt, dass die Europäische Kommission die Baseler Vorschläge in Hinblick auf europäische Besonderheiten (z.B. Umsetzung in der gesamten Kreditwirtschaft) modifiziert und in einigen Punkten verbessert hat (z.B. permanent partial use-Regelungen²³, Inflationsanpassung der Obergrenze für

²³ Im Rahmen der Anwendung von Basel II werden sich die Banken künftig generell für den Standardansatz oder den IRB- bzw. fortgeschrittenen IRB-Ansatz entscheiden müssen. Der "partial use" erlaubt einer Bank, einen Teil des Forderungsportfolios im Standardansatz zu belassen, während andere Forderungen in einem IRB-Ansatz geführt werden. Aus folgenden Erwägungen wird auch ein "permanent partial use" für retail-Kredite (dieser ist derzeit noch nicht in der Richtlinie enthalten) gefordert: Die Anforderungen im Basis-IRB an das retail-Segment (siehe unten) sind deutlich strenger, als die Anforderungen z.B. für Unternehmen (corporate loans). Das wirkt sich erhöhend auf die bankinternen Kosten aus, und dürfte sich v.a. bei kleineren Krediten (Kredite unter € 100.000) an kleine Unternehmen (und sonstige Privatkunden) Kosten erhöhend auswirken. Es ist zu befürchten, dass die mit dem IRB verbundenen Kosten im retail-Segment die erreichte Verringerung in der Eigenmittelunterlegung zum Teil oder gar gänzlich kompensieren dürfte. Ein "partial use" für retail-Kredite liegt auch im Interesse kleinerer Banken, weil diese die für sie kosteneffizienteste und einfachste Variante wählen können; gleichzeitig wäre dem Ziel des Baseler Ausschusses und der Kommission entsprochen, möglichst viele Banken in den IRB zu bringen.

retail-Kredite²⁴ an KMU, verringerte Risikogewichte für Bankinvestitionen in diversifizierte Venture Capital-Fonds, Verbesserungen betreffend gewerbliche Realkredite, regelmäßiges Monitoring der Effekte auf den Konjunkturzyklus).

I.2.3 Maßnahmen im Bereich "Internationalisierung"

Um die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Außenwirtschaft weiter zu stärken und das Engagement heimischer Unternehmen auf internationalen Märkten zu unterstützen, wurde in den vergangenen Jahren eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen und institutionellen Rahmenbedingungen für die österreichischen Unternehmen, die sich international engagieren oder engagieren wollen, gesetzt.

I.2.3.1 "Go international" - Die Internationalisierungsoffensive

Österreichs Außenwirtschaft, also der Export von Waren und Dienstleistungen und ausländische Direktinvestitionen, sowohl aus, als auch in Österreich, hat sich gerade in den letzten Jahren zum Konjunkturmotor schlechthin entwickelt. Daher wurde in Entsprechung des Regierungsprogramms neben der Einrichtung einer Stabsstelle für Strategische Außenwirtschaft im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, deren Aufgabe insbesondere auch die Unterstützung und politische Flankierung österreichischer Unternehmen bei ihren außenwirtschaftlichen Aktivitäten ist, eine Internationalisierungsoffensive unter dem Titel "Go International" gestartet, die allein aus Bundesmitteln mit € 50 Mio. dotiert ist und um die außenwirtschaftlichen Initiativen und Programme der Wirtschaftskammer Österreich im selben Ausmaß komplettiert wird. "Go international" umfasst mehr als dreißig Instrumente, die ganz besonders auf die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen gerichtet sind - ist es doch Ziel von "Go International", die Anzahl der österreichischen Exporteure von 15.000 auf 30.000 zu verdoppeln. Hier ist die seit einem Jahr laufende Offensive bereits auf gutem

²⁴ Unter einem retail-Kredit versteht man einen Privatkundenkredit (retail loan). Bei einem Ausleihungsvolumen bis zu € 1 Million (ausschlaggebend ist das Gesamtausleihungsvolumen bei einer Bank) wird der Kredit als retail-Kredit eingestuft, was unter Basel II eine niedrigere Eigenmittelunterlegung seitens der Bank erfordert. Das Retailportfolio einer Bank hat primär Privatkunden als Inhalt. Kredite an KMU können ebenfalls im Retailportfolio bewertet werden.

Weg: Schon jetzt hat sich die Zahl jener Unternehmen, die außenwirtschaftlich tätig sind, auf über 21.000 erhöht; ein Zuwachs, der praktisch ausschließlich im Bereich der KMU erfolgt ist.

Schwerpunktmäßig umfasst "Go International" Instrumente in folgenden Strategiefeldern:

Im Bereich Marktzugang und Markterschließung geht es um den Abbau von Marktzugangsbarrieren und die Senkung von Markterschließungskosten. Dementsprechend werden etwa spezielle Incentives für Neuexporteure gesetzt, die in einem dreistufigen Prozess begleitet werden: Sektorspezifische Marktinformationsveranstaltungen im Inland werden durch gezielte Geschäftsanbahnungsmissionen ins Ausland erweitert und durch für das Unternehmen maßgeschneiderte Beratungsleistungen im Zielland ergänzt. Daneben gibt es "Komplettpakete" für Zukunftsbranchen und -märkte, etwa Umwelttechnologieexport nach Südosteuropa, die zusätzlich Markterschließungsstudien, Branchenkoordinatoren im Inland und Key Accountants im Zielland beinhalten.

Der Bereich Know-how und Human Resources fokussiert auf einer Stärkung des bedeutenden Wettbewerbs- und Kostenfaktors Humankapital. Speziell für KMU maßgeschneidert sind ein Exportstartpaket mit einem umfassenden Service für Noch-Nicht-Exporteure sowie Exportberatungsprogramme mit der Einrichtung von Export Angels und Zeitmanagern, die, extern oder intern, Unternehmen auf ihren ersten Internationalisierungsschritten begleiten.

Der Bereich Geschäftsanbahnung umfasst nicht nur eine neue Staffelung der Messesförderung, die insbesondere Erstteilnehmern erheblich höhere Zuschussraten sichert, sondern auch alternative Strategien, wie die Teilnahme an internationalen Kongressen und Symposien mit Blick auf Auftragsakquisitionen.

Unter Stärkung der Rahmenbedingungen versteht "Go International" schließlich eine breite Palette von Absatz-, Image- und Standortförderungsmaßnahmen im Ausland ebenso wie etwa eine Aufstockung des Fonds zur Kofinanzierung von INTERREG-Projekten oder die Einrichtung neuer Marketingbüros im Ausland.

Die meisten dieser Instrumente werden von der Wirtschaftskammer Österreich selbst umgesetzt, bei allen fungiert sie jedoch als zentrale Informations-Drehscheibe, was ein "one-stop-shop" für interessierte Unternehmen gewährleistet.

Das Programm ist bereits in vollem Umfang operativ, aus der Vielzahl von laufenden Aktivitäten lassen sich folgende Beispiele nennen:

- Eröffnung von 13 zusätzlichen Marketing-Büros in Märkten mit großen Potenzialen für die österreichische Wirtschaft: Almaty, Baku, Bozen, Brunn, Donetsk, Hyderabad, Krakau, Split, Szombathely, Temesvar, Vancouver, Tunis sowie ein "mobiles Büro" in Russland
- Sechs KMU-spezifische Marktsondierungsreisen in Nahmärkte, darunter Bau(neben)gewerbe nach Budweis, unternehmensnahe Dienstleister nach München sowie eine Reise zur Bozener Herbstmesse
- 100 Beratungen in den beiden Bereichen *Exportstrategie* und *Exportabwicklung* im Rahmen der Aktion "Individuelle Beratung für KMU-Ost-Exporteure", daneben vier Export-Kompetenz-Werkstätten in Wien, Salzburg, Tirol und Vorarlberg
- Drei Branchenfokus-Komplettpakete in den Bereichen Umwelttechnologie, Lebensmittel und automotive Industrie
- Beschickung von 70 Fachmessen mit insgesamt 1100 österreichischen Teilnehmern
- Kofinanzierung von über 40 Teilnahmen an Fachkongressen und Symposien zur Auftragsakquisition
- Abwicklung von vier Incoming-Missionen, darunter Umwelttechnik/Portugal und Biogasanlagen/Taiwan

I.2.3.2 "JUS-Net KMU"

Auf Initiative des Bundesministeriums für Justiz wurde im Dezember 2003 der "Verein zur juristischen Unterstützung klein- und mittelständischer Unternehmen in den Grenzregionen – JUS Net KMU" gegründet. Ziel des Vereins ist die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Grenzlandregionen und der Wirtschaftszweige

der klein- und mittelständischen Unternehmen im Hinblick auf die mit 1. Mai 2004 erfolgte EU-Osterweiterung. Durch

- Informationen über die rechtlichen Gegebenheiten in den Beitrittsländern (insbesondere zu Fragen des Boden-, Pfand-, Steuer-, Gesellschafts- und Zivilverfahrensrechts),
- Beratung bei der Expansion in den Osten,
- Verbesserung des Zugangs zu Unternehmensförderungen,
- Erleichterung der interregionalen Zusammenarbeit und durch
- Aufbau eines Netzwerkes in den Bereichen Recht und Verwaltung, Wirtschaft und KMU-Förderungen zusammen mit grenzüberschreitend tätigen Rechtsanwaltskanzleien, Wirtschaftstreuhändern und zahlreichen anderen Institutionen

wird die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen KMU gesteigert.

Als Partner und Mitglieder des Vereins "JUS-Net KMU" konnte das Bundesministerium für Justiz die Rechtsanwaltskammer Wien, die Österreichische Notariatskammer, die Kammer der Wirtschaftstreuhänder, den Kreditschutzverband von 1870, die Raiffeisenzentralbank AG sowie die Wiener Städtische Versicherungen AG gewinnen.

I.2.3.3 (EXKURS) Perspektiven der EU-Erweiterung aus österreichischer Sicht

Am 1. Mai 2004 ist die Europäische Union um zehn Länder auf 25 Mitgliedstaaten angewachsen und der Binnenmarkt dadurch um fast 75 Mio. auf insgesamt 450 Mio. Bürger erweitert worden. Von der Erweiterung der EU werden sowohl die "alten" als auch die "neuen" Mitgliedstaaten in vielerlei Hinsicht profitieren.

Laut einer Studie des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW)²⁵ wird Österreich voraussichtlich der größte Gewinner der EU-Erweiterung unter den EU-15 mit einem Wirtschaftswachstum von zusätzlich 0,7% p.a. sein. Auch das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)²⁶ geht davon aus, dass durch die EU-Erweiterung bis 2005 zusätzlich 9.000 und bis 2010 weitere 27.500 Arbeitsplätze in Österreich geschaffen werden.

²⁵ EU Enlargement: Economic Impacts on Austria, the Czech Republic, Hungary, Poland, Slovakia and Slovenia by P. Havlik, Research Reports, No. 280, October 2001

²⁶ Kosten und Nutzen der EU-Osterweiterung für Österreich, Fritz Breuss und Fritz Schebeck, in WIFO-Monatsberichte 11/98

Die Staaten Mittel- und Osteuropas (MOEL), insbesondere die nunmehr beigetretenen Länder, sind für Österreich traditionell wichtige Handelspartner. Seit der Ostöffnung 1989 entwickelte sich diese Region zu einem dynamischen Exportmarkt für die österreichische Wirtschaft. Die österreichischen Exporte nach Mittel- und Osteuropa haben sich seit 1989 mehr als vervierfacht.

Auf die zehn neuen Mitgliedstaaten entfielen im Jahr 2003 12,7% der österreichischen Gesamtexporte und 10,7% der Importe. Absolut beliefen sich die österreichischen Lieferungen in diese Länder 2003 auf einen Wert von rd. € 10 Milliarden.

Auch die Importe aus den neuen EU-Mitgliedstaaten haben seit der Ostöffnung stark zugenommen und sind im Jahr 2003 um +10,9% gestiegen. Absolut erreichten die Importe einen Wert von rund € 8,6 Milliarden.

Zwischen 1999 und 2002 sind die österreichischen Investitionen in diese Länder von € 1,0 Mrd. auf € 4,2 Mrd. gestiegen.

Der österreichische Marktanteil in Mittel- und Osteuropa liegt gemäß einer Untersuchung des WIIW vom Juli 2003 im Durchschnitt bei etwa 6,8% (bezogen auf die neuen Mitgliedstaaten liegt der österreichische Marktanteil sogar bei 8,6 Prozent). Österreich ist damit insgesamt fünftgrößter Investor (hinter Deutschland, USA, Niederlande und Frankreich) und zählt damit – vor allem bezogen auf die Einwohnerzahl – sowohl hinsichtlich des investierten Kapitals als auch der Anzahl der Investitionen zu den wichtigsten Investoren in Mittel- und Osteuropa.

Die Erweiterung der Union eröffnet Chancen für die österreichische Wirtschaft, weil

- das Wirtschaftswachstum und die Steigerung der Kaufkraft in den neuen Mitgliedstaaten anhalten wird: Eine vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche erstellte Studie (August 2003) über die Auswirkungen der EU-Erweiterung auf das Wachstum, die Produktivität, die industrielle Spezialisierung sowie die Wettbewerbsfähigkeit der EU-25 führt aus, dass sich die mittel- und osteuropäischen Länder in den letzten drei Jahren außerordentlich gut

entwickelt haben und insgesamt betrachtet eine höhere Wachstumsrate als der Durchschnitt der Europäischen Union aufweisen;

- die Förderungs- und Strukturpolitik der EU einen substanziellen Beitrag zu einem stabilen Fundament für ein dauerhaftes und solides Wirtschaftswachstum in diesen Ländern schaffen wird;
- sich durch den Investitionsbedarf (insb. im Umwelt- und Infrastrukturbereich) zur Erfüllung der EU-Standards für österreichische Unternehmen gute Marktchancen ergeben, und
- es durch den Wegfall von Handelshemmnissen und Grenzkontrollen laut WIFO zu jährlichen Kosteneinsparungen für die österreichische Wirtschaft in Höhe von rund € 470 Millionen kommen wird.

Erste Erhebungen von KMU Forschung Austria vom 3. Quartal 2004 unterstreichen, dass auch die kleinen und mittleren Unternehmen bereits konkrete Vorteile aus der Erweiterung gezogen haben: knapp über 4% der österreichischen Gewerbe- und Handwerksbetriebe verzeichneten auf Grund der EU-Erweiterung nach eigenen Angaben Umsatzzuwächse, wobei die Steiermark (6,2%) vor Kärnten (5,2%) führt.

I.2.4 Maßnahmen im Bereich "Informationstechnologien"

I.2.4.1 E-Government

Auf europäischer Ebene wird der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien als bedeutsamer Entwicklungsfaktor für die Wirtschaft beurteilt, wobei E-Government als Motor für den elektronischen Geschäftsverkehr eine besondere Rolle beigemessen wird.

Mit Inkrafttreten des Bundesgesetzes zur Erleichterung des elektronischen Verkehrs mit öffentlichen Stellen (E-Government-Gesetz, BGBl I Nr. 10/2004) im März 2004 wurden die bisher als Prototypen laufenden Anwendungen in den Echtbetrieb übergeführt.

Das österreichische E-Government trägt nachhaltig zur Förderung von elektronischen Abwicklungsmechanismen bei. Viele für das E-Government entwickelte Produkte bzw. Lösungen können im elektronischen Geschäftsverkehr bzw. im elektronischen Handel (E-Commerce) eingesetzt werden. Der Ansatz, Lösungen zu entwickeln, die den verschiedenen E-Government-Realitäten in den anderen Mitgliedstaaten der EU Rechnung tragen, hat sich im EU-weiten Vergleich bewährt.

Im Rahmen von drei Pilotprojekten wurde im Jahre 2003 die Einbeziehung von cyberDOC, dem elektronischen Urkundenarchiv des österreichischen Notariats, in einzelne E-Government-Verfahren erprobt.

CyberDOC wurde zunächst mit dem E-Government-Portal der österreichischen Finanzbehörden, FINANZOnline zur Steuerbemessung und Einhebung von Verkehrssteuern, elektronisch verknüpft. Ein zweites Pilotprojekt wurde mit dem Firmenbuch und dem Grundbuch St. Pölten zur Steigerung der Effizienz und Beschleunigung der Registerverfahren durchgeführt. Der dritte Pilotversuch erfolgte in Zusammenarbeit mit der Bezirkshauptmannschaft Innsbruck Land und der Tiroler Landesregierung im Bereich des Grundverkehrsverfahrens.

Sämtliche Pilotversuche waren erfolgreich, sodass davon ausgegangen werden kann, dass in den genannten Bereichen, über das Versuchstadium hinaus, die elektronische Verknüpfung von cyberDOC mit den Justiz- und Finanzbehörden sowie mit den Verwaltungsbehörden der Länder technisch gut durchführbar ist und tatsächlich zu erheblichen Erleichterungen führen wird.

Anknüpfend an die Bestimmungen des E-Government-Gesetzes sind Fortschritte bei der Beschleunigung von Verwaltungsverfahren zu erwarten. Die Einführung einer elektronischen Amtssignatur für Behörden und in weiterer Folge die Konzeption eines elektronischen Amtssiegels für mit öffentlichem Glauben versehene Personen stellen sicher, dass nur jene elektronischen Dokumente, die ein elektronisches Amtssiegel aufweisen, als öffentliche Dokumente gelten. Diese Maßnahmen dienen der Rechtssicherheit und Verlässlichkeit der elektronischen öffentlichen Urkunde, wodurch die Errichtung von Urkunden, die aus Gründen der

Rechtssicherheit, des Konsumenten- und Gläubigerschutzes insbesondere für kleinere Unternehmen als öffentliche Urkunden zu errichten sind, künftig wesentlich beschleunigt werden. Darüber hinaus werden durch diese Maßnahme auch die Voraussetzungen für eine weitere Beschleunigung der Registerverfahren für Unternehmensgründungen unter Wahrung eines gleich bleibend hohen Niveaus an Rechtssicherheit geschaffen.

I.2.4.2 ECAustria

ECAustria ist eine - auch aus Bundesmitteln geförderte - interaktive Informations-, Service- und Veranstaltungsplattform zur Förderung der internetgestützten Geschäftsabwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen. Nachdem Großunternehmen ihre Geschäftsaktivitäten zunehmend über das Internet abwickeln, wobei Klein- und Mittelbetriebe häufig als Zulieferer fungieren, wird der Einstieg ins E-Business in vielen Fällen zu einem Kriterium für den Markterfolg von KMU.

Schwerpunkt der Aktivitäten der Plattform ist die Bekanntmachung branchenspezifischer Praxisbeispiele von erfolgreich eingesetzten E-Business-Anwendungen, wobei eine direkte Kontaktmöglichkeit zu den jeweiligen Projektleitern, sowohl auf Anwender- als auch auf Anbieterseite, angeboten wird.

Die Zielgruppe KMU wird über das interaktive Internetportal www.ecaustria.at angesprochen. Relevante Informationen werden tagesaktuell und themenspezifisch aufbereitet und über einen wöchentlichen Newsletter automatisch versandt. Praxisbeispiele zu bereits erfolgreich umgesetzten E-Business-Lösungen samt Grafiken und Studien sind einfach und kostenlos zugänglich. Mehr als 3.000 Newsletter-Abonnenten nutzen bereits dieses Service; im Jahre 2003 wurden über 8.000 Praxisbeispiele heruntergeladen.

I.2.5 Maßnahmen im Bereich "Ausbildung und Arbeitskräfte"

I.2.5.1 Maßnahmen im Bereich der dualen Ausbildung

Mit Stichtag 31. Dezember 2003 standen in Österreich 119.040 Lehrlinge, davon 39.555 weibliche, in Ausbildung²⁷. Diese wurden in insgesamt 311²⁸ Lehrberufen ausgebildet. Rund drei Viertel dieser Lehrlinge erhält in kleinen oder mittleren Unternehmen eine Ausbildung.

Der Weg, neue Lehrberufe in Wachstums- bzw. Dienstleistungsbranchen einzurichten, wurde konsequent fortgesetzt. Sowohl für neue als auch für modernisierte Lehrberufe wurde eine dem Prinzip der Modularisierung folgende Neuordnung getroffen:

Die bereits bestehenden kaufmännisch administrativen Lehrberufe (Buchhaltung, Bankkaufmann, Bürokaufmann, Einkäufer, Großhandelskaufmann, Hotel- und Gastgewerbeassistent, Immobilienkaufmann, Industriekaufmann, Kanzleiassistent, Lagerlogistik, Personaldienstleistung, Reisebüroassistent, Speditionskaufmann, Versicherungskaufmann und Verwaltungsassistent) sowie die neuen Lehrberufe (Buch- und Musikalienhandel, Buch- und Pressegroßhandel sowie Buch- und Medienwirtschaft-Verlag) wiesen eine große Verwandtschaft untereinander und gleiche Ausbildungsinhalte auf, die Kernelementen des Lehrberufes Bürokaufmann entsprechen. Diese gemeinsamen Elemente wurden als eigenes Ausbildungsmodul sichtbar gemacht und für alle Berufe gleich formuliert. Für die nicht allen Berufen gemeinsamen Inhalte wurden Spezialmodule entworfen.

Den Entwicklungen in der Metalltechnik-Branche wurde mit der neuen Gruppe der "Metalltechnik-Berufe" Rechnung getragen, zumal diese Bezeichnung bereits seit einigen Jahren von der Branche als Marke und Berufsbezeichnung geführt wurde,

²⁷ Lehrlingsstatistik 2003 der Wirtschaftskammer Österreich, Stichtag 31.12.2003

²⁸ einschließlich auslaufender Lehrberufe

wodurch das Image und Synergien bei der Bewerbung der modernisierten Lehrberufe genutzt werden. Alle Lehrberufe der Gruppe haben eine Lehrzeit von 3 1/2 Jahren. Gemeinsam ist ihnen die handwerkliche und theoretische Basisausbildung im Metallbereich, die Kenntnis und Anwendung einschlägiger englischer Fachausdrücke, die Kundenberatung sowie einschlägige EDV-Kenntnisse.

In den 2002 und 2003 neu geschaffenen beziehungsweise modernisierten 27 Lehrberufen waren mit Stichtag 31. Dezember 2003 9.276 Lehrlinge beschäftigt, wobei überdurchschnittliche Zuwächse insbesondere in einzelnen Berufen des IT-Sektors (Informatiker +27%; Kommunikationstechniker - Nachrichtenelektronik +24%) zu verzeichnen waren.

I.2.5.2 Maßnahmen im Bereich Arbeitsmarkt

Im Bereich der Arbeitsmarktförderung stellen Maßnahmen zur Anhebung der Qualifikation weiterhin den zentralen Ansatz zur Steigerung der Beschäftigung dar.

- Qualifizierungsförderung für Arbeitslose

Im Jahr 2003 besuchten rund 134.200 Personen (davon 64.900 Frauen) vom Arbeitsmarktservice (AMS) beauftragte Kurse, für welche € 222 Mio. trägerbezogene Förderungen aufgewendet wurden. In diesem Kontext - als zusätzliche Maßnahme speziell für KMU - ist die Errichtung von Implacementstiftungen²⁹ vorgesehen worden. Über Implacementstiftungen können seit 1. Juli 2002 für ein oder mehrere Unternehmen einer Region, die ihren Personalbedarf nicht unmittelbar auf dem Arbeitsmarkt abdecken können, Arbeitskräfte bedarfsgerecht geschult werden.

²⁹ Implacementstiftungen bieten Unternehmen maßgeschneiderte Ausbildungen für künftige Mitarbeiter. Innerhalb von 3-6 Monaten werden Arbeitssuchende gemäß den Vorhaben der Betriebe qualifiziert und von diesen in Dienstverhältnisse übernommen. Auch Ausbildungen mit Lehrabschluss sind möglich.

- Qualifizierungsförderung für Beschäftigte

Um die Beschäftigung vor allem jener Arbeitnehmer zu sichern, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind und die von der betrieblichen Weiterbildung nur unzureichend erfasst werden, beteiligt sich das AMS an den Kosten für Weiterbildungsmaßnahmen, die neben der Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmer zusätzlich auch der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu Gute kommen. Im Jahr 2003 erhielten Betriebe für die Weiterbildung von 52.433 Beschäftigten bis zu 2/3 der Kosten aus AMS- und ESF-Mitteln ersetzt (Förderaufwand 2003 von rund € 29 Mio.; 2002 € 24 Mio.). Darüber hinaus wurden im Jahr 2003 für betriebliche Eingliederungsbeihilfen und Beschäftigungsprojekte € 178,6 Mio. (2002: € 177,8 Mio.) ausgegeben. Insgesamt wurde damit 28.900 Personen (2002 rund 26.600) die Aufnahme einer geförderten Beschäftigung ermöglicht.

- Unternehmensgründungsprogramm

Mit dem Unternehmensgründungsprogramm unterstützt das AMS arbeitslose Personen, die sich beruflich selbständig machen wollen, auf ihrem Weg in die Selbständigkeit. Diese Unterstützung sieht eine begleitende Unternehmensberatung, die Teilnahme an Weiterbildungsangeboten sowie eine finanzielle Absicherung während der Teilnahme am Programm vor. 2003 nahmen 7.788 Personen diese Unterstützungsmöglichkeit in Anspruch (2002: 6.406).

I.2.5.3 Steuerliche Maßnahmen

Um Investitionen in die Weiterbildung von Mitarbeitern zu fördern, wurde mit der Steuerreform 2000 für externe Ausbildungskosten ein Bildungsfreibetrag³⁰ in Höhe von 9% eingeführt, welcher ab dem Jahr 2002 auf 20% angehoben wurde. Im Zuge des Konjunkturbelebungspaketes 2002 wurde - alternativ dazu - eine Bildungsprämie in Höhe von 6% eingeführt und der Bildungsfreibetrag (mit Jahresbeginn 2003) auf die innerbetriebliche Aus- und Fortbildung ausgeweitet.

³⁰ Der Bildungsfreibetrag ist eine fiktive Betriebsausgabe, die vom Arbeitgeber im Rahmen der Gewinnermittlung (von jenem Anteil der Aus- und Weiterbildungskosten zu bemessen, der vom Arbeitgeber selbst getragen wurde) geltend gemacht werden kann.

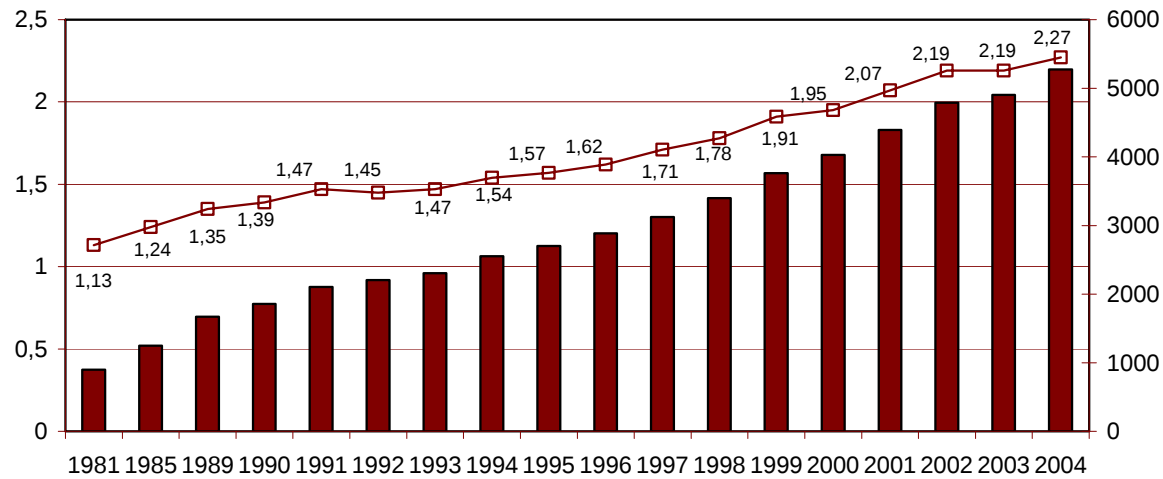
Nach einer Schätzung des WIFO vom September 2003 resultiert aus diesen Maßnahmen für die Unternehmen eine jährliche Steuerersparnis in Höhe von rund € 22 Millionen.

I.2.6 Maßnahmen im Bereich "Forschung & Entwicklung und Innovation"

Die Gesamtsumme der österreichischen Forschungsausgaben des Jahres 2004 wird laut den von Statistik Austria 2002/03 durchgeführten F&E-Erhebungen rund 2,27% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erreichen, was gegenüber 2003 eine Steigerung um 7,6% bedeuten würde. Dieser Prognose zufolge wird der Gesamtaufwand für Forschung und Entwicklung in Österreich voraussichtlich € 5,3 Mrd. betragen, wovon etwa 36,7% von der öffentlichen Hand (Bund: € 1,58 Mrd., Bundesländer: € 302 Mio., sonstige öffentliche Einrichtungen wie Gemeinden, Kammern, Sozialversicherungsträger: € 56 Mio.) finanziert werden. Von der Wirtschaft werden rund 41,5% (ca. € 2,19 Mrd.) der für F&E bereitgestellten Mittel stammen, 21,5% (rd. € 1,13 Mrd.) werden von ausländischen Kapitalgebern, 0,3% (€ 15 Mio.) von privaten gemeinnützigen Einrichtungen, wie Stiftungen oder Vereine, kommen.

Über einen Zeitraum von zwölf Jahren (1993 bis 2004) betrachtet zeigt sich, dass die Ausgaben für F&E 2004 - nominell betrachtet - um 7,6% über dem Vorjahresniveau, um 55,1% über dem Niveau von 1998 und um 129% über jenem von 1993 liegen werden. Das bedeutet, dass die Forschungsausgaben in den letzten zwölf Jahren – und ganz besonders in den letzten sieben Jahren - signifikant stärker als das BIP gewachsen sind, welches (nominell) von 2003 auf 2004 um 3,4%, im Zeitraum zwischen 1998 und 2004 um 21,6% und im Zeitraum 1993 bis 2004 um 61,9% gestiegen ist.

Grafik 1: Forschungsausgaben 1981 bis 2004 in Österreich (Bruttoinlandsausgaben in % des BIP sowie in Mio. €)



Quelle: Statistik Austria

I.2.6.1 Offensivprogramm für Forschung und Entwicklung ("Technologieoffensive")

Primäres Ziel der Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik ist, durch ein erhöhtes Wirtschaftswachstum zur langfristigen Sicherung des Wirtschaftsstandortes und der Arbeitsplätze beizutragen. Neben dem öffentlichen Sektor kommt den Unternehmen, insbesondere den KMU, im Bereich von Forschung und Entwicklung hohe Relevanz zu.

Der Anteil der unternehmensfinanzierten Ausgaben für F&E ist in Österreich in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich gestiegen, weist aber noch weitere Wachstumspotenziale auf. Hier setzt das im Jahre 2000 von der Bundesregierung gestartete Offensivprogramm für Forschung und Entwicklung (2000-2003) an, welches in der laufenden Legislaturperiode fortgesetzt wird. Zusätzlich zu den für die Jahre 2004 bis 2006 zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von € 600 Mio. werden bis 2006 weitere € 300 Mio. im Wege der österreichischen Nationalstiftung für F&E zur Verfügung gestellt werden.

Das zweite Offensivprogramm (2004-2006) der Bundesregierung ist auf fünf klar definierte Strategiefelder fokussiert:

- Förderung von Humanressourcen
- Aufbau und Stärkung wirtschaftlicher Forschungskapazitäten sowie Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft
- Aufbau und Stärkung von Forschungskapazitäten in der Wissenschaft
- Ausbau der Internationalisierung und
- Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft

Inhaltliche Schwerpunkte für die Umsetzung dieser Programme und Initiativen werden in folgenden Themenbereichen gesehen:

- Life Sciences
- Informations- und Kommunikationstechnologien
- Nanowissenschaften und -technologien, Mikrotechnologien
- Verkehr, Weltraum und Luftfahrt
- Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit
- Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften

I.2.6.2 Steuerliche Förderungsmaßnahmen

Erhebliche Innovationsimpulse wurden bereits durch die Ausweitung der indirekten Forschungs- und Technologieförderung gesetzt. Mit der Steuerreform 2000 wurde die Inanspruchnahme des Forschungsfreibetrages (FFB) attraktiver gestaltet, indem dieser ab dem Veranlagungsjahr 2000 von 12% auf 25% bzw. von 18% auf 35% (für die über das arithmetische Mittel der letzten drei Jahre hinausgehenden Forschungsaufwendungen) angehoben wurde.

Weiters wurde ab dem Veranlagungsjahr 2004 die - wahlweise an Stelle des FFB beanspruchbare - Forschungsprämie von 5% auf 8% erhöht³¹.

³¹ EinkommenssteuerG 1988 BGBl 400/1988 i.d.F. BGBl I 68/2002; BGBl I 155/2002; BGBl I 133/2003

Allein im Jahr 2003 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit für 6.154 volkswirtschaftlich wertvolle Erfindungen die für die Inanspruchnahme des FFB erforderlichen Bescheinigungen ausgestellt. Die dabei von den Unternehmen geltend gemachten Forschungsaufwendungen beliefen sich auf knapp € 2,0 Milliarden.

I.2.6.3 Konzentration der wirtschaftsnahen Forschungsförderung (Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft)

Für die wirtschaftsnahe Forschungsförderung und -beratung hat am 1. September 2004 die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) ihre operative Tätigkeit aufgenommen. Die gesamte Wertschöpfungskette, beginnend mit der industriellen Grundlagenforschung bis hin zur innovativen Entwicklung und der Bildung internationaler Kooperationen, wird von der neuen Gesellschaft unterstützt. In der FFG wurden der Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft (FFF), die Technologie Impulse Gesellschaft m.b.H. (TIG), die Austrian Space Agency (ASA) und das Büro für Internationale Forschungs- und Technologiekooperation (BIT) zusammengeführt, wodurch die Forschungs-, Technologie- und Innovationsförderungsprogramme des BMWA sowie des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie an einer Stelle gebündelt werden.

I.2.6.4 Kooperative Forschungseinrichtungen (prokis04)

In Hinblick auf die technologische Entwicklung und zunehmend auch hinsichtlich F&E-Kooperationen sind die kooperativen Forschungseinrichtungen vor allem für KMU wichtige Partner. Die "Austrian Cooperative Research" (ACR) ist die Vereinigung von derzeit 18 privatwirtschaftlichen, gemeinnützig organisierten Forschungseinrichtungen. Zu Beginn des Jahres 2004 wurde vom BMWA das Förderungsprogramm "prokis04" gestartet, welches speziell Kompetenzaufbau, Innovation und Strukturverbesserung in den einzelnen kooperativen Forschungseinrichtungen unterstützen wird.

I.2.6.5 Förderung des Technologietransfers (protec 2002+)

Zur Unterstützung des Technologietransfers hat das BMWA das Förderungsprogramm "protec 2002+" (Laufzeit: 2002 bis 2006) mit dem Ziel entwickelt, verstärkt Innovationen in KMU auszulösen bzw. deren F&E-Kapazitäten zu steigern. "protec 2002+" umfasst die drei Programmlinien protec-TRANS (Technologietransferprojekte einzelner KMU), protec-INNO (Entwicklung, Diffusion und Implementierung von Innovations-Management-Instrumenten und neuen Beratungsansätzen) und protec-NETplus (Kooperationen und Netzwerke zur Hebung des Innovationsniveaus; innovative Projekte in bestehenden Netzwerken).

Als Ergebnis von zwei Ausschreibungen für protec-INNO und protec-NETplus wurden bis Juni 2004 29 Projekte mit einem Projektvolumen von € 10,1 Mio. gefördert. Die Programmlinie protec-TRANS sieht explizit für KMU-Projekte die Zurverfügungstellung von rd. € 1,1 Mio. p.a. vor.

I.2.6.6 Academia plus Business (AplusB)

Die Initiative "*AplusB*" (Academia Business)³² wurde vom BMVIT im Mai 2001 ins Leben gerufen. Ziel dieser Initiative ist es, die Zahl der innovativen und technologieorientierten Unternehmensgründungen von Absolventen der Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen nachhaltig zu steigern. Gründer werden im Rahmen des Programms auf dem Weg von der Unternehmensidee bis hin zur Unternehmensgründung umfassend beraten und betreut. Bis Jahresende 2003 wurden mit Förderungsmitteln in Höhe von insgesamt € 11,9 Mio. sechs *AplusB*-Zentren eingerichtet, in denen zu diesem Zeitpunkt 30 High-tech bzw. innovative Unternehmensgründungen unterstützt wurden.

³² Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie: Sonderrichtlinien für die Förderung von Zentren zur Unterstützung akademischer Gründer und Gründerinnen. *AplusB* - Academia Business Spin-off Gründerprogramm 2001-2006; www.aplusb.at

I.2.6.7 Internationale Forschungs- und Technologiepolitik

In den mehr als 60 durchgeführten Ausschreibungen des 6. EU-Rahmen-Programms für Forschung und technologische Entwicklung wurden bis Jahresmitte 2004 EU-weit rund 12.000 Ansuchen eingereicht. Von den insgesamt 2.000 europaweit geförderten Projekten sind an ca. 350 Projekten österreichische Partner beteiligt.

Im Herbst 2002 hat das BMWA die Pilotaktion "Bildung von strategischen Forschungs- und Technologiepartnerschaften mit Mittel- und Osteuropa" (STRAPAMO) gestartet. Im Rahmen dieser Aktion wird es technologisch orientierten Kooperationen von Technologieparks, Forschungskompetenzzentren, Unternehmens-Clustern oder kooperativen Forschungsinstituten ermöglicht, mit branchenverwandten Partnerkonsortien aus Mittel- und Osteuropa zusammenzuarbeiten. Mit Stand Juni 2004 waren 12 STRAPAMO-Projekte im Laufen.

I.2.7 Maßnahmen im Bereich "Nachhaltige Entwicklung"

Der Begriff der "Nachhaltigen Entwicklung" (auch dauerhafte oder zukunftsfähige Entwicklung genannt) ist eng mit der "Brundtland-Kommission für Umwelt und Entwicklung" der Vereinten Nationen verbunden, die in ihrem Bericht 1987 u.a. Folgendes ausführte:

"Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen. Die Forderung, diese Entwicklung "dauerhaft" zu gestalten, gilt für alle Länder und Menschen."

Nachhaltige Entwicklung ist nur auf Basis einer erfolgreichen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft möglich. Dies wird durch ein neues Selbstverständnis der Unternehmen erreicht, die ihre ökologische und soziale Verantwortung bei der Gestal-

tung von Arbeitswelt, Produkten und Dienstleistungen, bei Forschung und Entwicklung und dem Einsatz von Technologien wahrnehmen.

Das zentrale Instrument in der Umsetzung der Österreichischen Nachhaltigkeits-Strategie bilden jährliche bzw. zweijährige Aktionsprogramme. Das erste konsolidierte Arbeitsprogramm zur Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie wurde am 8. Juli 2003 beschlossen³³.

Die Europäische Kommission bestätigt mit ihrem im Jänner 2004 vorgelegten Abschlussbericht zum Projekt "Öffentliche Initiativen zur Förderung von Umweltmanagementsystemen in kleinen und mittleren Unternehmen"³⁴ die Erfolge des Engagements in Österreich und stellt explizit das "Konzept ÖKOPROFIT" und die jährliche Veranstaltung einer EMAS³⁵-Konferenz (www.emas.gv.at) als beispielgebend für Europa dar.

Der Kommissionsbericht führt auch aus, dass Österreich (Stand Juli 2003) mit 300 gemäß EMAS eingetragenen Organisationen europaweit nach Deutschland an 2. Stelle lag. Weiters wird festgehalten, dass "... der Anteil der KMU an allen Privat-Unternehmen mit einem formellen Umweltmanagementsystem von 25% (für EMAS im Vereinigten Königreich) bis über 80% (für EMAS und EN ISO 14001 zusammen in Österreich) reicht."

Das Forschungs- und Technologieprogramm des BMVIT initiiert und unterstützt einschlägige Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und die Umsetzung modellhafter Pilotprojekte. Ziele sind u.a. der schonende Umgang mit natürlichen Ressourcen und der Ausbau des Forschungs- und Technologievorsprungs Österreichs bei "Nachhaltigkeitsthemen".

³³ <http://bmwa.gv.at/BMWA/Themen/Wirtschaftspolitik/NachhaltigeWirtschaftsentwicklung/Nachhaltigkeitsstrategien/nachhaltig1.htm>

³⁴ http://www.europa.eu.int/comm/enterprise/enterprise_policy/best/doc/best_report.pdf

³⁵ eco-management und audit scheme (EMAS)

Bereits über 150 innovative KMU haben die Chance als Projektnehmer oder -beteiligter eines Forschungsprojekts oder einer technologischen Entwicklung in einer der drei Programmlinien "Haus der Zukunft" (seit 1999), "Fabrik der Zukunft" (seit 2000) und "Energiesysteme der Zukunft" (seit 2003) genutzt. In insgesamt acht Ausschreibungen wurden bereits über 260 Projekte mit über € 30 Mio. finanziert (Stand Mai 2004).

I.3 Förderung der unternehmerischen Initiative

Im Jahr 2000 haben sich die Staats- und Regierungschefs der damaligen EU-15 durch die Annahme der Europäischen Charta für Kleinunternehmen u.a. verpflichtet, der "Erziehung und Ausbildung zu unternehmerischer Initiative" hohen politischen Stellenwert im Rahmen des Lissabon-Prozesses einzuräumen, womit dieses Thema auch zu einem Aufgabenbereich der Unternehmenspolitik geworden ist³⁶.

Mit dem Ziel, die Zahl nachhaltiger Kooperationen zwischen Wirtschaft und Bildung zu erhöhen sowie regionale Clusterbildungen zu unterstützen, wurde im Oktober 2002 von der Initiative "Unternehmen-Bildung" (www.unternehmen-bildung.at) des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur (BMBWK) und der Wirtschaftskammer Österreich - in Zusammenarbeit mit dem BMWA - die Initiative "Bildungscluster" ins Leben gerufen. Bildungscluster sind freiwillige Zusammenschlüsse von Unternehmen und Bildungsinstitutionen auf regionaler Ebene. Ein zentrales Bildungscluster-Büro wurde in der Wirtschaftskammer Österreich eingerichtet. Hier werden zum einen alle Informationen und Kontakte zum Thema Bildung gebündelt, zum anderen unterstützt dieses Büro als Serviceplattform diese Vernetzungsaktivitäten (www.bildungscluster.at).

Der Verpflichtung zur Förderung von unternehmerischem Denken und Handeln wurde auch durch die Führung von Schulversuchen mit der Fachrichtung

³⁶ Im Text der Charta wird Folgendes explizit ausgeführt: "Europa wird den Unternehmergeist und das Erlernen neuer Fertigkeiten schon bei der Jugend fördern. Grundwissen über Unternehmen und Unternehmertum muss auf allen Bildungsebenen vermittelt werden. Wir werden Jugendliche in ihren unternehmerischen Bestrebungen bestärken und unterstützen".

"Entrepreneurship und Management" an 17 Handelsakademie-Standorten in allen Bundesländern Rechnung getragen³⁷; in Klagenfurt, Linz und Wien wurden Universitätsinstitute für "Entrepreneurship" eingerichtet.

Österreich hat früher als die Mehrzahl der EU-Partner erkannt, welche Bedeutung der Förderung "unternehmerischen Denkens" zukommt und welchen Beitrag in diesem Zusammenhang die schulische Ausbildung leisten kann:

Die vom BMWA in Auftrag gegebene Studie "Unternehmerorientierung und Gründungsneigung"³⁸ der WU-Wien hat 2002 festgestellt, dass die österreichischen Lehrpläne alle Möglichkeiten eröffnen, junge Menschen zu einer positiven Einstellung zum Unternehmertum hinführen zu können. Dies setzt, wie die Studie auch bemerkt, u.a. voraus, dass entsprechende im Unterricht unmittelbar einsetzbare Lehrmaterialien zur Verfügung stehen.

Aufbauend auf die Ergebnisse des vom BMBWK in Auftrag gegebenen Evaluierungsprojektes "Wissenschaftliche Begleitforschung des Begabtenförderungsmodell Schumpeter-Handelsakademie" wurde vom BMWA die Erstellung von curricularen Unterrichtsmaterialien für verschiedene Bildungsbereiche initiiert und finanziert. Das Medienpaket "Entrepreneurship Education" wurde inhaltlich im Herbst 2003 abgeschlossen und in der Folge allen österreichischen Allgemeinbildenden und Berufsbildenden Höheren Schulen zur Verfügung gestellt.

Aufgrund des großen Interesses des Berufsschulbereiches hat das BMWA die Entscheidung getroffen, dieses Medienpaket bis Jahresende 2004 auch allen österreichischen Berufsschulstandorten zu übermitteln.

Parallel dazu hat das BMWA im Zeitraum 2002-2004 maßgeblich ein Projekt der "Initiative für Teaching Entrepreneurship" (IFTE) finanziell unterstützt, das sich das Ziel gesetzt hat, aufbauend auf US-amerikanische Erfahrungen der NFTE (Natio-

³⁷ Mit dem Schuljahr 2004/05 sind diese Schulversuche in das Regelschulwesen übernommen worden.

³⁸ Eine Bestandaufnahme bei Schülern und Schülerinnen Allgemeinbildender und Berufsbildender Höherer Schulen in Österreich, Frank, H.; Korunka, Ch.; Lueger, M.

nal Foundation for Teaching Entrepreneurship) Lehrmaterialien (Schulbücher und Lehrer-Handbuch) zu aktualisieren und an die österreichischen Gegebenheiten weiter anzupassen. Die für den AHS-Bereich bestimmten Unterrichtsmaterialien sind mittlerweile approbiert und stehen für den schulischen Einsatz ab dem Schuljahr 2005/06 zur Verfügung; eine für den BHS-Bereich vorgesehene erweiterte Version wird voraussichtlich ab 2006/07 zum Einsatz kommen.

I.4 Die Steuerreform 2004/05

Die Steuerreform 2004/05 zielt auf eine Nettoentlastung von über € 3 Mrd. oder von etwa 1,3% des BIP ab und bringt insbesondere für kleinere Unternehmen erhebliche steuerliche Entlastungen.

Durch die bereits ab 2004 eingeführten steuerlichen Maßnahmen profitieren Einzelunternehmer und Personengesellschaften vor allem von der Steuersatzbegünstigung für nicht entnommene Gewinne nach § 11a EStG 1988 (Steuerentlastung von € 400 Millionen)³⁹. Die Begünstigung besteht darin, dass der in einem Jahr nicht entnommene Gewinn mit dem halben Durchschnittssteuersatz zu besteuern ist, und dient daher insbesondere der Eigenkapitalstärkung der Unternehmen.

Die begünstigte Besteuerung kommt ab der Veranlagung 2004 zur Anwendung und hat im Wesentlichen folgende Eckpunkte:

- Bilanzierende Steuerpflichtige mit Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft oder Gewerbebetrieb können den Gewinn bis zum Ausmaß des im Wirtschaftsjahr eingetretenen Eigenkapitalanstieges mit dem Hälftesteuersatz besteuern.
- Die Begünstigung ist der Höhe nach mit einem Betrag von € 100.000 begrenzt und kommt daher insbesondere kleineren Unternehmen zugute.
- Wird eine begünstigte Besteuerung vorgenommen, löst ein Eigenkapitalabfall in einem der folgenden sieben Wirtschaftsjahre eine Nachversteuerung aus.

³⁹ vgl. Budgetbegleitgesetz 2003, BGBl. I Nr. 71/2003, und Abgabenänderungsgesetz 2003, BGBl. I Nr. 124/2003

-
- Erfolgt der Eigenkapitalabfall in einem Verlustjahr, besteht ein Wahlrecht, entweder einen Verlustausgleich oder die Nachversteuerung vorzunehmen (bei einer Nachversteuerung ist der Nachsteuerungsbetrag auf das laufende und folgende Jahr zu verteilen).
 - Bei bilanzierenden Mitunternehmerschaften können nur die Mitunternehmer die Begünstigung in Anspruch nehmen.
 - Im Falle der Betriebsübertragung mit Buchwertfortführung kommt es zur Überbindung der Nachsteuerungsverpflichtung auf den Rechtsnachfolger; eine Betriebsveräußerung oder -aufgabe führt zu keiner Nachsteuerung.

Weitere steuerliche Verbesserungen durch die Reform des Jahres 2004, von welchen insbesondere KMU profitieren, sind:

- Erhöhung des für Aufwendungen zur Forschung und experimentellen Entwicklung vorgesehenen Forschungsfreibetrags sowie Erhöhung der Forschungsprämie (vgl. auch Punkt I.2.6),
- Verlängerung der Investitionszuwachsprämie von 10% für den Investitionszuwachs (vgl. auch Punkt I.2.1.6) und
- Elektronische Übermittlung der Steuererklärung ab Veranlagung 2003 ("FinanzOnline").

Bezüglich der Steuerreform 2005⁴⁰ wird im Folgenden insbesondere auf die "Große Tarifreform" sowie die Verbesserung im Bereich der Körperschaftsteuer eingegangen:

Der Körperschaftsteuertarif wird ab 2005 von 34% auf 25% gesenkt. Durch diese Maßnahme - die zu einer effektiven Reduktion der Körperschaftsteuerbelastung auf ca. 21% führt - wird ein substanzieller Beitrag zur Sicherung und Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes Österreich geleistet. In Hinblick darauf, dass rund 83% aller österreichischen Kapitalgesellschaften weniger als 20 Mitarbeiter be-

⁴⁰ Steuerreformgesetz 2005, BGBl. I Nr. 57/2004

schäftigen, wird dies insbesondere für KMU zu einer steuerlichen Entlastung führen.

Ein zentrales Element im Bereich des Einkommensteuergesetzes ist die Reform des Einkommensteuer-/Lohnsteuertarifs. Mit der Steuerreform 2005 wird der Einkommensteuertarif grundlegend geändert; der bisherige Stufentarif wird durch einen einfachen und transparenten Durchschnittssteuertarif ersetzt. Mit der Tarifreform sind für jeden Steuerpflichtigen im Vergleich zum Jahr 2003 steuerliche Entlastungen von € 144 bis zu € 679 jährlich verbunden. Die durchschnittliche steuerliche Entlastung wird p.a. bei etwa € 500 liegen. Insbesondere kleinere Einzelunternehmern und Personengesellschaftern werden Vorteile aus dieser Reform ziehen.

II. KMU-Politik der Europäischen Union

II.1 Rat der Europäischen Union für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum

Im Juni 2002 beschloss der Europäische Rat von Sevilla die Zusammenlegung der Räte für Binnenmarkt, Industrie und Forschung. Die dadurch gebildete Ratsformation "Wettbewerbsfähigkeit" realisiert erhebliche Synergieeffekte und ist in der Lage, auch den Anliegen der Unternehmenspolitik stärker Rechnung zu tragen.

Oberstes Ziel dieses Rates ist der Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Europa. Die Palette der Tagesordnungspunkte ist aufgrund der Komplexität der Themenstellung breit gefächert und reicht von "Verbesserung und Vereinfachung von Rechtsvorschriften" über "Innovation und strukturellen Wandel", bis hin zu sektoralen Aspekten wie beispielsweise "Textilwirtschaft" und "Chemikalienpolitik". Eine weitere Aufgabe dieses Rates ist, Initiativen und beabsichtigte Maßnahmen, die aus anderen Politikbereichen (wie etwa Soziales oder Umwelt) kommen, unter dem Blickwinkel der Wettbewerbsfähigkeit zu bewerten.

II.2 Kommission der Europäischen Union

Die Kommission wird vom Rat der Europäischen Union mit qualifizierter Mehrheit im Einvernehmen mit den Mitgliedstaaten für fünf Jahre ernannt und muss vom Europäischen Parlament, dem sie verantwortlich ist, bestätigt werden. Das Kollegium der Kommissionsmitglieder wird von einer Verwaltungsorganisation, bestehend aus den Generaldirektionen und zusätzlichen spezialisierten Dienststellen unterstützt.

Die Europäische Kommission erfüllt im Wesentlichen folgende drei Hauptaufgaben:

- Ausarbeitung von Vorschlägen für neue Rechtsakte
- Kontrolle - gemeinsam mit dem EuGH - der Einhaltung des Gemeinschaftsrechts durch die Mitgliedstaaten
- Umsetzung politischer Beschlüsse

Die für diesen Bericht relevanten Tätigkeiten werden überwiegend von den Generaldirektionen Unternehmen, Binnenmarkt und Forschung - als Dienststellen der Kommission - wahrgenommen.

II.2.1 Generaldirektion Unternehmen

Die Generaldirektion (GD) Unternehmen hat den Auftrag, die Politik der Gemeinschaft auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit aller Unternehmen in der Europäischen Union auszurichten. Besonderes Augenmerk gilt dabei - angesichts der Struktur der europäischen Wirtschaft - den kleinen und mittleren Unternehmen. Rechtsgrundlage für die Tätigkeit der Generaldirektion sind die Artikel 95 (Binnenmarkt), 152 (Gesundheitswesen) und 157 (Wettbewerbsfähigkeit) sowie Titel XVIII (Innovation und Forschung) des EG-Vertrages.

Als prioritäre Ziele hat sich die GD Unternehmen gesetzt:

- Abbau von rechtlichen und administrativen Hürden für Unternehmen und Förderung potenzieller Unternehmer,
- Förderung von über den Technologiebereich hinausgehenden Innovationen (z.B. organisatorische Innovation, Design, Marketing),
- Steigerung der Effizienz des Binnenmarktes, insbesondere seines Funktionierens in den neuen Mitgliedstaaten, und Ausweitung der Vorteile des Binnenmarktes auf andere Regionen,
- Verbesserung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung.

Mit der Einrichtung einer "Fachgruppe für Unternehmenspolitik (Enterprise Policy Group – EPG)"⁴¹ durch eine Entscheidung der Kommission vom 8. November 2000, welche der Kommission als High-Level-Gremium (1. Fachkammer: Generaldirektoren für Unternehmenspolitik aus den Mitgliedstaaten, 2. Fachkammer: Unternehmer aus den Mitgliedstaaten) beratend zur Seite steht, existiert darüber hinaus ein Forum, durch welches einerseits die Transparenz unternehmenspolitischer Aktivitäten der Kommission erhöht werden soll und andererseits - neben den Regierungsvertretern - auch den Vertretern der Unternehmerschaft eine Möglichkeit zur direkten Einflussnahme auf die Weiterentwicklung der europäischen Unternehmenspolitik eingeräumt wurde. Bereits ab April 2002⁴² nahmen Repräsentanten der nunmehrigen neuen Mitgliedstaaten als Beobachter an den Sitzungen der 1. Fachkammer teil. Weiters wurde bereits im Mai 2003⁴³ die Teilnehmeranzahl der 2. Fachkammer im Hinblick auf die damals noch bevorstehende EU-Erweiterung entsprechend erhöht.

II.2.1.1 Mehrjahresprogramm für Unternehmen und unternehmerische Initiative, insbesondere für KMU (2001-2005)

Mit Entscheidung vom 20. Dezember 2000, 2000/819/EG, wurde das "Mehrgjahresprogramm für Unternehmen und unternehmerische Initiative, insbesondere für KMU (2001-2005)", verabschiedet, welches sowohl substanziell als auch in budgetärer Hinsicht das bedeutsamste unmittelbare Instrument für die unternehmenspolitischen Aktivitäten auf europäischer Ebene darstellt. Im Rahmen dieses Beschlusses verständigten sich die Mitgliedstaaten für diese fünf Jahre auf ein indikatives Budget in Höhe von insgesamt € 450 Millionen. Eine Zwischenevaluierung des Programms wurde von der Kommission im Jahr 2003 veröffentlicht⁴⁴.

⁴¹ Beschluss der Kommission vom 8. November 2000 zur Einsetzung einer Gruppe für Unternehmenspolitik, OJ L 285, 10.11.2000. Europäisches Parlament, Bekanntgabe der Durchführung eines allgemeinen Auswahlverfahrens, OJ C 326, 17.11.2000

⁴² Kommission, Hinweis zum Aufruf zur Einreichung von Bewerbungen für die Besetzung der Fachkammer der Gruppe für Unternehmenspolitik, OJ C 314/8, 17.12.2002

⁴³ Beschluss der Kommission vom 9. April 2003 zur Änderung des Beschlusses 2000/690/EG zur Einsetzung einer Gruppe für Unternehmenspolitik, OJ L 93/27, 10.4.2003

⁴⁴ http://europa.eu.int/comm/enterprise/enterprise_policy/mult_entr_programme/doc/intermediate_eval603.pdf

Das Mehrjahresprogramm sieht folgende Ziele vor:

1. Steigerung des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in einer globalisierten und auf Wissen beruhenden Wirtschaft,
2. Förderung der unternehmerischen Initiative,
3. Vereinfachung und Verbesserung des Verwaltungs- und Regelungsumfelds, insbesondere zur Förderung von Forschung, Innovation und Unternehmensgründung,
4. Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen für Unternehmen, insbesondere für KMU,
5. Vereinfachung des Zugangs der Unternehmen zu den unterstützenden Dienstleistungen, den Programmen und den Gemeinschaftsnetzen sowie Verbesserung der Koordinierung dieser Netze.

Diese Ziele werden durch drei Typen von Maßnahmen verfolgt:

- Fortführung des Netzwerksansatzes

Das Netzwerk der Euro Info Centren (EIC) fungiert als Drehscheibe zwischen den europäischen Institutionen einerseits und den Anliegen der Unternehmen andererseits.

Die Kommission unterstützt rund 300 zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen eingerichtete Zentren. Das EIC-Netzwerk wurde bereits im Jahr 1987 gegründet und ist mittlerweile in 42 Ländern, wozu u.a. auch die Länder des Europäischen Wirtschaftsraums und die Mittelmeerregion zählen, aktiv.

- Finanzielle Instrumente

Mit der operativen Umsetzung dieses Programmteiles ist der Europäische Investitionsfonds (EIF) beauftragt.

Die Tätigkeit des EIF konzentriert sich dabei auf die Bereiche Risikokapitalfinanzierungen und Garantien. Die Risikokapitalinstrumente des EIF umfassen Beteiligungen an Risikokapitalfonds und Inkubatoren, die KMU - insbesondere technologieorientierte Unternehmen in der Frühphase - unterstützen. Weiters

stellt der EIF Garantien für Darlehen zur Verfügung, die von kommerziellen Finanzinstituten an KMU vergeben werden (vgl. dazu Punkt I.2.2.1).

- Einzelprojekte im Rahmen des Best-Verfahrens

Das Best-Verfahren ist die Antwort auf die Forderung des Europäischen Rates nach einer offenen Koordinierungsmethode. Es schafft den Rahmen für Projekte, mit denen die Mitgliedstaaten in ihrem Bemühen um die Ermittlung und den Austausch vorbildlicher Verfahren mittels Benchmarking oder anderer Methoden unterstützt werden, und soll damit zur stetigen Verbesserung des Unternehmensumfelds beitragen⁴⁵.

II.2.1.2 Die Europäische Charta für Kleinunternehmen

Mit der im Jahr 2000 verabschiedeten Europäischen Charta für Kleinunternehmen (siehe dazu auch Punkt I.3) haben die Mitgliedstaaten sich und die Europäische Kommission verpflichtet, um auch durch Maßnahmen im Bereich der kleineren Unternehmen einen substanziellen Beitrag zur Erreichung des Lissabon-Zieles zu leisten, in folgenden Politikbereichen verstärkt tätig zu werden:

- Erziehung und Ausbildung zu unternehmerischer Initiative
- Billigere und schnellere Neugründungen
- Bessere Rechts- und Verwaltungsvorschriften
- Verfügbarkeit von Fertigkeiten
- Verbesserung des Online-Zugangs
- Bessere Nutzung des Binnenmarktes
- Steuer- und Finanzwesen
- Stärkung des technologischen Potenzials der Kleinunternehmer
- Erfolgreiche Modelle für den elektronischen Handel und erstklassige Unterstützung für kleine Unternehmen

⁴⁵ Unter http://europa.eu.int/comm/enterprise/enterprise_policy/mult_entr_programme/prgramme_2001_2005.htm ist eine Übersicht über die einzelnen Projekte abrufbar.

-
- Stärkere und effizientere Vertretung der Interessen kleiner Unternehmen auf Ebene der Union und der Mitgliedstaaten

Die Europäische Kommission hat sich weiters verpflichtet, dem Europäischen Rat jeweils im Frühjahr eines Jahres einen Bericht über die erzielten Fortschritte vorzulegen. Diese Berichte, welche auch die nationalen Fortschrittsberichte inkludieren, sind im Internet abrufbar⁴⁶.

II.2.2 Generaldirektion Binnenmarkt

Die GD Binnenmarkt koordiniert die Politik der Kommission für den europäischen Binnenmarkt, der zum Ziel hat, den freien Personen-, Waren-, Güter- und Kapitalverkehr sicherzustellen.

Primäre Aufgabe der Generaldirektion ist, Vorschläge für Gesetzesentwürfe mit dem Ziel auszuarbeiten, die Rahmenbedingungen für Konsumenten und Unternehmen zu vereinfachen und zu verbessern, Wettbewerb zu stimulieren und die Preise zu reduzieren. Eine weitere wichtige Aufgabe der Generaldirektion besteht darin, die Bürger und Unternehmer über jene Rechte zu informieren, die ihnen im Rahmen des Binnenmarkts zustehen.

Zusätzlich ist die GD Binnenmarkt mit der Entwicklung von Regelungen für Sonderbereiche, wie zum Beispiel Finanzdienstleistungen, Postdienste, e-Commerce und Medien, betraut. Die Ausarbeitung eines einheitlichen europäischen Gesetzesrahmens für Gesellschaftsrecht, öffentliches Auftragswesen, geistiges Eigentum, gewerbliches Eigentum (beispielsweise Patente, Warenzeichen und Design), Datenschutz und Anerkennung beruflicher Qualifikationen stellt eine weitere Aufgabe dar.

⁴⁶ http://europa.eu.int/comm/enterprise/enterprise_policy

II.2.3 Generaldirektion Forschung

Die Aufgaben der GD Forschung, die auf die Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums ausgerichtet sind, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Entwicklung der Maßnahmen der Europäischen Union im Bereich Forschung und technologische Entwicklung mit dem Ziel einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen,
- Koordinierung der Forschungsaktivitäten auf europäischer Ebene mit jenen der Mitgliedstaaten,
- Förderung eines besseren Verständnisses für die Rolle von Wissenschaft und Forschung in der Gesellschaft.

Das zentrale Instrument zur Umsetzung dieser Politik ist das mehrjährige Forschungs-Rahmenprogramm, das die Kooperation zwischen Universitäten, Forschungszentren und Unternehmen, einschließlich KMU, fördert. Das aktuelle 6. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung läuft von 2002 bis 2006 und ist mit € 17,5 Mrd. dotiert. Zur Vergabe gemeinschaftlicher Förderungsmittel wurden für dieses Programm drei neue Interventionsinstrumente eingeführt, die auf die Bündelung der europäischen Forschungsaktivitäten ausgerichtet sind:

- Unterstützung beim Aufbau von Netzwerken in verschiedenen Ländern mit dem Ziel, die zu bestimmten Themen durchgeführten Forschungsarbeiten längerfristig zusammen zu führen;
- Förderung (integrierter) Projekte von wissenschaftlichen und industriellen Partnern;
- Einbeziehung der europäischen Ebene in wissenschaftliche und technologische Kooperationsprogramme, die von mehreren Mitgliedstaaten oder nationalen Forschungsorganisationen gemeinsam durchgeführt werden.

III. Struktur und Entwicklung der KMU im internationalen Vergleich

III.1 Betriebsgrößenstruktur

Im Jahr 2000 waren in der Europäischen Union rund 19,9 Mio. Unternehmen tätig, von denen 93,2% Kleinstunternehmen (mit weniger als 10 Beschäftigten) waren. Der Anteil der kleinen Unternehmen (10 bis 49 Beschäftigte) belief sich auf 5,8% und jener der mittleren Unternehmen (50 bis 249 Beschäftigte) auf 0,8%. Lediglich 0,2% waren Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten. Die Struktur der Unternehmen hat sich gegenüber 1998 demnach nicht verändert. Von den 117,9 Mio. Beschäftigten waren 66,3% in KMU (34,5% in Kleinstunternehmen, 18,9% in kleinen Unternehmen, 12,9% in mittleren Unternehmen) und 33,7% in großen Unternehmen tätig. Die Bedeutung der KMU als Arbeitgeber hat gegenüber 1998 noch zugenommen (+0,5%-Punkte)⁴⁷.

Gemessen an den Beschäftigtenzahlen liegen Kleinstunternehmen in Griechenland, Italien, Spanien und Belgien deutlich über dem EU-Durchschnitt. Österreich hat im Vergleich mit dem EU-Durchschnitt einen Schwerpunkt bei kleinen und mittleren Unternehmen und relativ geringe Anteile bei Kleinstunternehmen sowie bei großen Unternehmen. Die geringste Bedeutung als Arbeitgeber haben KMU in Großbritannien (lediglich 55,3% der Beschäftigten).

⁴⁷ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Veröffentlichungen zur Mittelstandspolitik, Band 5: Bericht über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft 2000/01, Wien, Juli 2002

Tabelle 6: Beschäftigte nach Größenklassen, in Prozent der nationalen Gesamtzahl der Beschäftigten¹, 2000

	Kleinst-unternehmen ²	Kleine Unternehm-en ³	Mittlere Unternehm-en ⁴	KMU insgesamt
Belgien	42,8	15,6	10,5	68,9
Dänemark	28,3	22,9	17,6	68,8
Deutschland	28,5	20,3	11,1	59,9
Finnland	26,1	17,5	15,9	59,2
Frankreich	33,9	18,7	14,2	66,9
Griechenland	56,8	17,1	12,8	86,7
Großbritannien	29,3	14,2	11,8	55,3
Irland	25,4	23,6	20,7	69,6
Italien	48,2	21,1	11,0	80,3
Luxemburg	23,7	24,2	25,1	72,5
Niederlande	24,9	18,4	19,1	62,5
Österreich	24,0	21,8	19,6	65,5
Portugal	37,7	23,0	18,2	78,9
Schweden	27,3	18,1	15,9	61,4
Spanien	46,8	20,0	12,6	79,5
EU-15	34,6	18,9	12,9	66,3
Island	25,9	19,0	8,6	53,5
Norwegen	31,9	21,0	17,9	70,8
Schweiz	23,1	22,0	21,7	66,8

Legende:

¹ Daten der NACE Abschnitte C bis K, N und O (Rundungsdifferenzen wurden nicht ausgeglichen)

² Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten

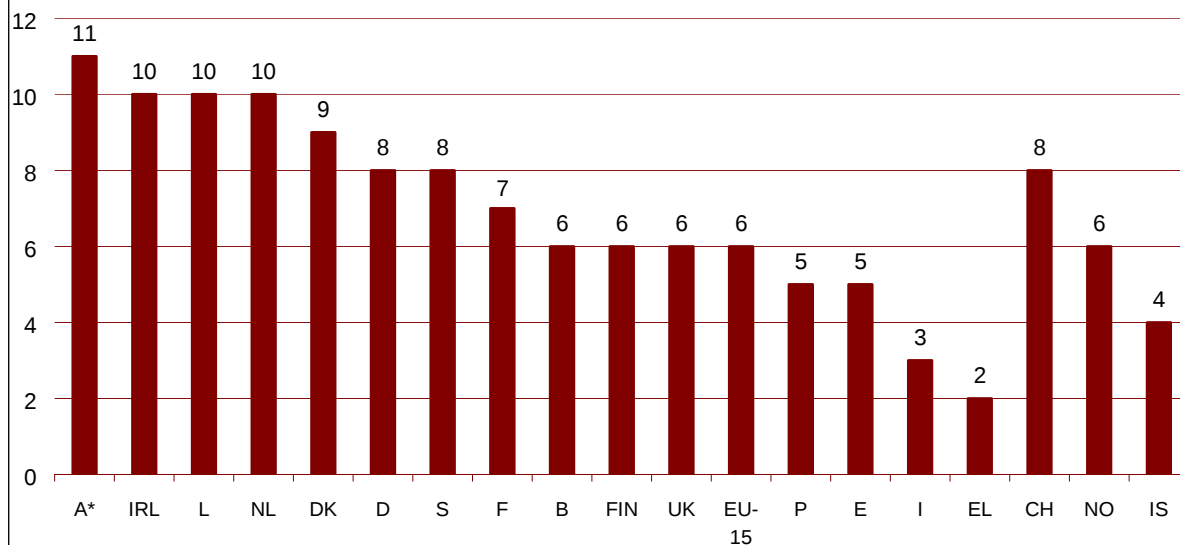
³ Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten

⁴ Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten

Quelle: Europäische Kommission (2002), Beobachtungsnetz der europäischen KMU 2002

Mit einer durchschnittlichen Unternehmensgröße von 11 Beschäftigten je Unternehmen liegt Österreich im europäischen Vergleich an der Spitze, gefolgt von Irland, Luxemburg und den Niederlanden. Auf die EU-15 bezogen beträgt die durchschnittliche Unternehmensgröße 6 Mitarbeiter.

Grafik 2: Durchschnittliche Unternehmensgröße¹, 2000



¹ Durchschnittliche Unternehmensgröße: durchschnittliche Zahl der Beschäftigten je Unternehmen

* Daten für Österreich für das Jahr 2001, Quelle Statistik Austria, Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Quelle: Europäische Kommission (2002): Beobachtungsnetz der europäischen KMU 2002

Im Vergleich zu 1998 hat sich die durchschnittliche Unternehmensgröße in Österreich nicht verändert. Österreich lag damals aber im EU-Vergleich noch hinter Luxemburg (durchschnittliche Unternehmensgröße: 13 Mitarbeiter) und den Niederlanden (12) an dritter Stelle. Der Rückgang der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl ist in den Niederlanden vor allem auf eine größere Zahl der statistisch erfassten Unternehmen im Mikrobereich (Kleinstbetriebe) zurückzuführen, in Luxemburg ist dafür die gesunkene Beschäftigung in Großunternehmen verantwortlich.

III.2 Sektorale Struktur⁴⁸

Österreich hat – verglichen mit anderen europäischen Ländern - den mit Abstand höchsten Anteil an Unternehmen (31,9%) im Sektor "Persönliche Dienstleistungen"

⁴⁸ Datengrundlage: Europäische Kommission (2002): Beobachtungsnetz der europäischen KMU 2002; die Darstellung der sektoralen Struktur bezieht sich auf die Gesamtzahl der Unternehmen, umfasst also alle Größenklassen

(zu dem in dieser Statistik auch der Tourismus gezählt wird) und den geringsten Anteil an Unternehmen im "Bauwesen" (7,5%). Deutlich unter dem Durchschnitt der EU-15 liegt auch der Anteil der Unternehmen des Sektors "Wirtschaftsdienstleistungen" (16,4%).

Tabelle 7: Unternehmen nach Sektoren, in Prozent der nationalen Gesamtzahl der Unternehmen, 2000

	Bergbau/ Energie ¹	Sachgüter- erzeugung ²	Bauwesen ³	Handel ⁴	Verkehr ⁵	Wirtschafts- DL ⁶	Persönl. DL ⁷
A	0,4	11,5	7,5	27,0	5,3	16,4	31,9
B	0,0	8,7	13,1	36,5	3,5	19,0	19,2
DK	2,2	12,3	14,0	34,1	5,6	20,1	12,3
D	0,3	8,8	9,6	24,3	4,2	25,5	27,4
EL	0,3	3,9	14,2	60,0	4,9	6,4	10,4
E	0,2	9,7	10,9	32,0	9,5	18,6	19,2
F	0,2	9,2	12,7	24,4	4,1	24,4	25,0
FIN	0,9	12,3	12,7	24,5	12,3	19,8	17,0
IRL	1,1	8,6	18,3	26,9	5,4	20,4	19,4
I	0,2	14,5	11,8	30,7	4,5	20,8	17,5
L	0,0	4,6	9,1	27,3	4,6	27,3	22,7
NL	0,0	8,1	9,0	28,4	6,0	24,8	23,9
P	0,4	13,3	15,5	42,0	3,4	10,1	15,2
S	0,4	10,3	9,6	27,7	6,3	35,8	9,2
UK	0,2	9,5	22,1	16,4	6,3	25,2	20,4
EU-15	0,3	10,3	13,4	28,0	5,5	21,8	20,8
CH	0,3	11,8	12,1	20,2	12,4	19,9	23,3
IS	0,0	11,1	18,5	18,5	11,1	22,2	22,2
NO	0,6	10,3	21,7	29,7	12,0	15,4	10,3

Legende:

¹ NACE C (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) und E (Energie- und Wasserversorgung)

² NACE D (Sachgütererzeugung)

³ NACE F (Bauwesen)

⁴ NACE G (Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern)

⁵ NACE I (Verkehr und Nachrichtenübermittlung)

⁶ NACE J (Kredit- und Versicherungswesen) und K (Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Unternehmensbezogenen Dienstleistungen)

⁷ NACE H (Beherbergungs- und Gaststättenwesen), N (Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen) und O (Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen)
Rundungsdifferenzen wurden nicht ausgeglichen.

Quelle: Europäische Kommission (2002): Beobachtungsnetz der europäischen KMU 2002

Gemessen an den Beschäftigungszahlen ist die "Sachgütererzeugung" mit 26,8% der Beschäftigten der wichtigste Sektor in Österreich, gefolgt vom "Handel" (23,7%) und den "Wirtschaftsdienstleistungen" (13,5%). Die strukturelle Bedeutung

des Sektors "Persönliche Dienstleistungen" relativiert sich durch – im Vergleich zum Durchschnitt der EU-15 – unterdurchschnittliche Beschäftigungsanteile (12,8%), während das "Bauwesen" bei den Beschäftigtenzahlen etwas über dem EU-Durchschnitt liegt.

Tabelle 8: Beschäftigte nach Sektoren, in Prozent der nationalen Gesamtzahl der Beschäftigten, 2000

	Bergbau/ Energie ¹	Sachgüter- erzeugung ²	Bauwesen ³	Handel ⁴	Verkehr ⁵	Wirtschafts DL ⁶	Persönl. DL ⁷
A	2,1	26,8	10,3	23,7	10,8	13,5	12,8
B	0,8	21,8	8,2	28,4	7,7	19,7	13,5
DK	1,1	30,5	10,4	27,6	5,7	17,3	7,5
D	1,6	26,2	7,2	18,1	6,5	22,0	18,4
EL	1,5	16,7	19,8	41,4	4,8	6,3	9,6
E	1,1	21,2	12,5	24,4	7,9	17,8	15,1
F	1,8	24,3	10,0	19,7	9,2	21,6	13,4
FIN	1,8	35,0	7,8	18,3	13,3	16,0	8,0
IRL	1,2	27,1	6,8	20,4	10,1	20,0	14,3
I	1,6	33,8	9,6	20,4	7,9	15,3	11,5
L	1,0	15,9	15,0	17,4	9,7	29,0	12,1
NL	0,8	19,0	7,2	18,9	11,4	19,3	23,5
P	1,4	33,5	12,2	25,5	5,5	11,6	10,2
S	1,7	29,3	8,9	21,1	11,5	19,3	8,4
UK	1,3	20,5	7,5	20,7	7,2	20,5	22,4
EU-15	1,5	25,1	9,1	21,0	7,8	19,3	16,3
CH	1,4	24,4	14,8	14,1	13,5	15,4	16,4
IS	0,9	16,4	9,5	19,0	10,3	11,2	34,5

Legende:

¹ NACE C (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) und E (Energie- und Wasserversorgung)

² NACE D (Sachgütererzeugung)

³ NACE F (Bauwesen)

⁴ NACE G (Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern)

⁵ NACE I (Verkehr und Nachrichtenübermittlung)

⁶ NACE J (Kredit- und Versicherungswesen) und K (Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Unternehmensbezogenen Dienstleistungen)

⁷ NACE H (Beherbergungs- und Gaststättenwesen), N (Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen) und O (Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen)

Rundungsdifferenzen wurden nicht ausgeglichen.

Quelle: Europäische Kommission (2002): Beobachtungsnetz der europäischen KMU 2002

III.3 Arbeitsproduktivität von KMU

Im Jahr 2001 stieg die Wertschöpfung je Beschäftigten der österreichischen KMU gegenüber dem Vorjahr um 1,93 Prozent. Der Produktivitätszuwachs lag damit um rd. 28% über dem EU-Durchschnitt.

Tabelle 9: Arbeitsproduktivität¹ von KMU, Veränderung 2000/2001 in Prozent

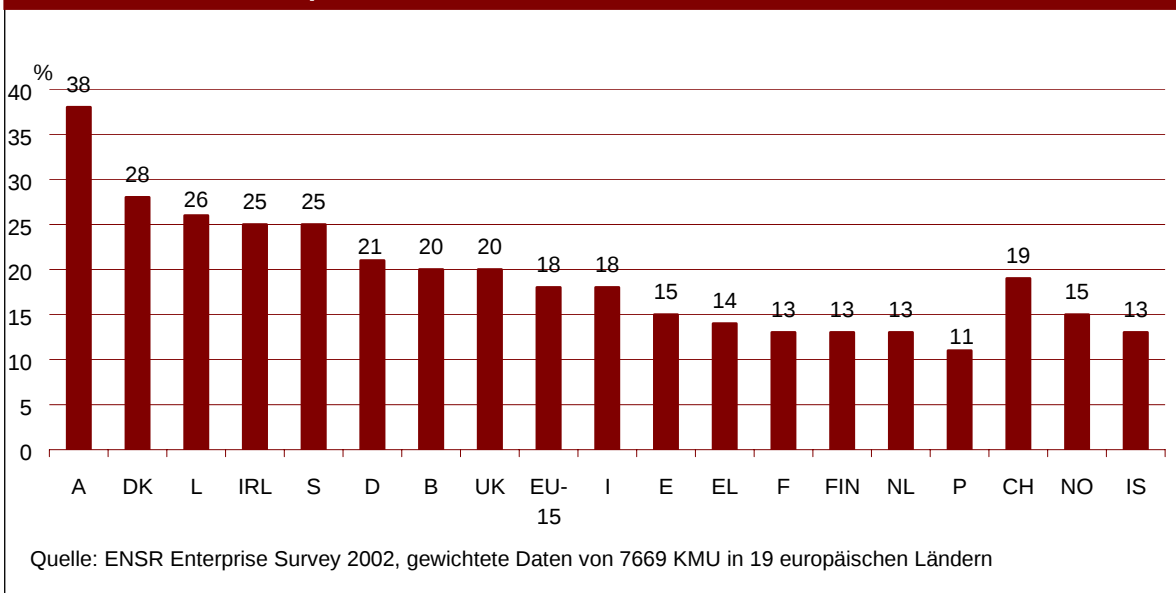
	Wertschöpfung je Beschäftigten, VÄ 2000/01 (%)
Belgien	1,12
Dänemark	2,41
Deutschland	1,16
Finnland	- 2,77
Frankreich	0,28
Griechenland	2,29
Großbritannien	3,73
Irland	6,05
Italien	0,26
Luxemburg	1,80
Niederlande	0,60
<i>Österreich</i>	<i>1,93</i>
Portugal	1,35
Schweden	1,93
Spanien	1,45
EU-15	1,51
Island	2,07
Norwegen	1,30
Schweiz	3,02
Legende: ¹ Arbeitsproduktivität = Wertschöpfung pro Beschäftigten VÄ = Veränderung Quelle: Europäische Kommission (2002): Beobachtungsnetz der europäischen KMU 2002	

Im Zeitraum 1998 bis 2001 verbesserte sich die Arbeitsproduktivität der österreichischen KMU um 6,2 Prozent. Im Durchschnitt der EU-15 betrug das Produktivitätswachstum hingegen nur 3,4 Prozent.

III.4 Exportorientierung

Bei der Exportorientierung liegen die österreichischen KMU im europäischen Vergleich mit Abstand an der Spitze: 38 % der befragten Unternehmen haben 2001 Exportumsätze realisiert. Schlusslicht ist Portugal mit einem Anteil exportierender KMU von 11 Prozent.

Grafik 3: Anteil der exportierenden KMU, in Prozent, 2001



Auch im Jahr 2003 war Deutschland mit Abstand das wichtigste Abnehmerland für österreichische Produkte und Leistungen (31,9% der Gesamtexporte), gefolgt von Italien (8,8%). Die größte Dynamik gibt es allerdings bei den Exporten nach Osteuropa, die im Zeitraum 2000 bis 2003 um 26,8% gestiegen sind. Demgegenüber sind die Warenexporte Österreichs insgesamt "nur" um 12,6% bzw. in die EU-15 Länder um 9,8% gewachsen.

III.5 Innovation

Zwischen 1998 und 2000 waren in Österreich 49% der Unternehmen innovativ tätig (42% der kleinen, 65% der mittleren und 89% der großen Unternehmen)⁴⁹. Unter Innovation wird im Rahmen dieser Erhebung die Markteinführung neuer oder deutlich verbesserter Waren und Dienstleistungen verstanden. Dazu zählen auch Prozessinnovationen, d.h. neue oder deutlich verbesserte Produktionstechnologien oder Methoden der Erbringung von Dienstleistungen und der Lieferung von Produkten. Die Innovationsintensität in Österreich liegt in allen untersuchten Größenklassen über dem EU-Durchschnitt.

Tabelle 10: Anteil der Unternehmen mit Innovationstätigkeit, in Prozent

	kleine Unternehmen ¹	mittlere Unternehmen ²	große Unternehmen ³
Belgien	45	64	76
Dänemark	40	54	67
Deutschland	55	72	86
Finnland	40	54	74
Frankreich	31	52	76
Griechenland	26	32	45
Großbritannien	32	47	57
Irland ⁴	-	-	-
Italien	36	56	71
Luxemburg	42	59	95
Niederlande	39	59	79
Österreich	42	65	89
Portugal	40	67	76
Spanien	30	45	67
EU- Durchschnitt⁵	39	60	77
Island	51	70	79
Norwegen	33	45	64

Legende:

¹ Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten

² Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten

³ Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten

⁴ Daten nicht verfügbar

⁵ Ohne Berücksichtigung von Großbritannien, Irland und Luxemburg

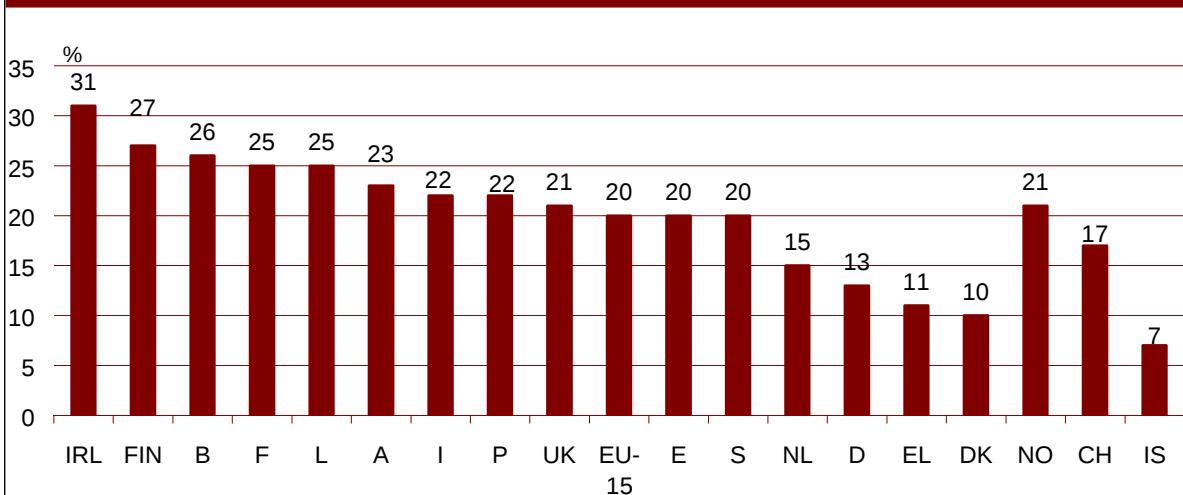
Quelle: Eurostat (2004), Innovation in Europe – Results for the EU, Iceland and Norway

⁴⁹ Quelle: Eurostat, Innovation in Europe – Results for the EU, Iceland and Norway, Mai 2004 (erfasst wurden Unternehmen ab 10 Beschäftigten)

III.6 Qualifikationsbedarf

23% der österreichischen KMU – geringfügig mehr als im EU-Durchschnitt (20%) - gaben 2001 an, durch fehlende Fachkräfte in ihrer Geschäftstätigkeit beeinträchtigt zu sein.

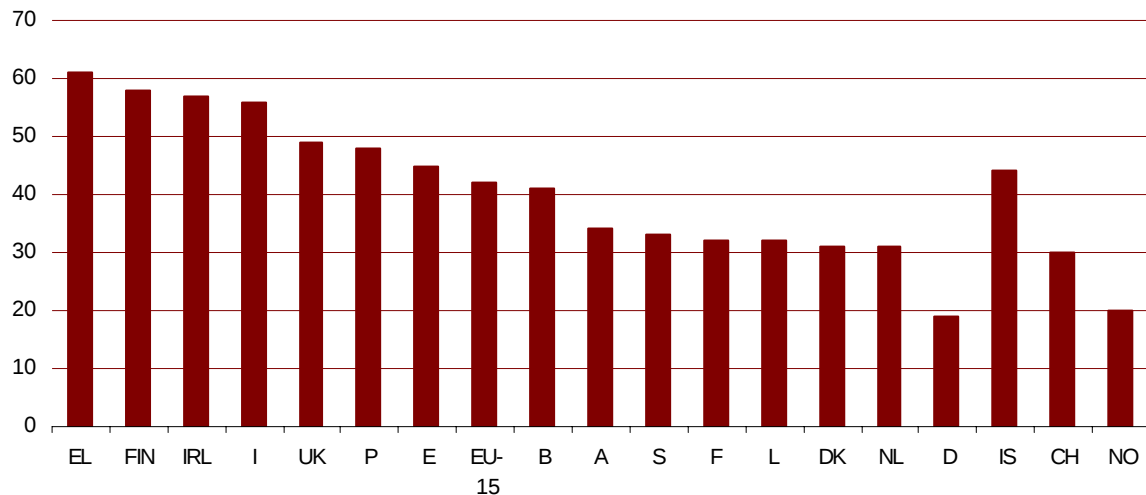
Grafik 4: Fachkräftemangel in KMU, in Prozent, 2001



Quelle: ENSR Enterprise Survey 2002, gewichtete Daten von 7669 KMU in 19 europäischen Ländern

Im Rahmen einer im Jahr 2001 durchgeführten Befragung gaben 42 % der europäischen KMU an, Bedarf nach einer Verbesserung der "Wissens- und Qualifikationsbasis" zu haben; in Österreich waren es 34 % der Unternehmen.

Grafik 5: Anteil der Unternehmen, die Bedarf nach Aufwertung der "Wissens- und Qualifikationsbasis" haben, in Prozent, 2001



Quelle: ENSR Enterprise Survey 2002, gewichtete Daten von 7669 KMU in 19 europäischen Ländern

III.7 Ertragskraft und Finanzierung

Der diesbezügliche Vergleich mit ausgewählten EU-Staaten (Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Portugal und Spanien) basiert auf Auswertungen der "BACH-Datenbank" der Europäischen Kommission. Bei der Ertragskraft (gemessen am "Gewinn/Verlust aus normaler Geschäftstätigkeit vor Steuern in Prozent des Nettoumsatzes"; ohne Berücksichtigung kalkulatorischer Kosten) liegen die österreichischen KMU im Mittelfeld, bei der Ausstattung mit Eigenkapital (einschließlich stiller Reserven) liegt Österreich in diesem Vergleich an letzter Stelle.

Tabelle 11: Ertragskraft und Eigenkapitalausstattung der KMU¹ in ausgewählten europäischen Ländern, 2002²

	Gewinn/Verlust (%) ³	Eigenkapital (%) ⁴
Belgien	10,9	41,4
Frankreich	3,2	36,6
Italien	2,0	27,6
Niederlande	5,4	34,9
Österreich	4,0	20,8
Portugal	-6,2	34,4
Spanien	4,2	43,1

Legende:

¹ gemäß Schwellenwerten der EU; Betriebe mit einem Jahresumsatz bis € 40 Mio.

² arithmetische Mittelwerte aus insgesamt 381.576 Jahresabschlüssen 2002

³ Gewinn/Verlust aus normaler Geschäftstätigkeit vor Steuern in Prozent des Nettoumsatzes

⁴ Eigenkapital einschließlich Reserven in Prozent des Gesamtkapitals

Quelle: Europäische Kommission, BACH-Datenbank, Juni 2004

Die hier dargestellte Eigenkapitalquote beinhaltet Reserven und liegt um rund 5%-Punkte über der buchmäßigen Eigenkapitalquote (siehe dazu Punkt IV.2 - "Betriebswirtschaftliche Situation der KMU").

IV. KMU in Österreich - ein statistischer Überblick

IV.1 Unternehmen und Beschäftigte

Die Definition von KMU orientiert sich ebenso wie die der einzelnen Unternehmensgrößenklassen an der entsprechenden Empfehlung der Europäischen Kommission⁵⁰. Demnach werden bei ausschließlicher Heranziehung der Beschäftigtenzahl Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern als KMU bezeichnet. Gemäß Artikel 1, Abs. 7 des Anhangs dieser Empfehlung entspricht die Beschäftigtenzahl der Zahl der Jahresarbeitseinheiten (JAE), d.h. der Anzahl der während eines Jahres beschäftigten Vollzeitarbeitnehmer. Teilzeitbeschäftigte und Saisonarbeitnehmer werden nur entsprechend ihrem Anteil an den JAE berücksichtigt. Darüber hinaus wird innerhalb des KMU-Sektors zwischen Unternehmen ohne unselbstständig Beschäftigte, Unternehmen mit 1 bis 9, mit 10 bis 49 und mit 50 bis 249 Beschäftigten unterschieden. Unternehmen ab 250 Arbeitnehmern gelten als Großunternehmen. In der hier zugrunde liegenden nationalen Statistik bezieht sich die Einteilung in Unternehmensgrößenklassen nach Beschäftigten auf die Beschäftigten insgesamt, weshalb die unterste Klasse mit mindestens einem Beschäftigten beginnt.

Die in der Folge dargestellten Statistiken sind eine Aufbereitung der letzt verfügbaren Daten, ergänzt um die Ergebnisse von Schätzungen, die auf der

⁵⁰ Empfehlung der Kommission vom 3. April 1996 betreffend die Definition der kleinen und mittleren Unternehmen, Abl. Nr. L 107 (30. April 1996), S.4ff

Methode der Fortschreibung beruhen⁵¹.

Die sektorale Gliederung in diesem Kapitel hält sich dabei grundsätzlich an die Einteilung nach den Abschnitten It. ÖNACE 1995⁵². Diese Gliederung wurde gewählt, damit auch internationale Vergleiche möglich sind und weil die Statistik bereits über eine Zeitreihe verfügt, die eine Entwicklung der einzelnen Sektoren darstellen lässt. Dabei werden die Abschnitte C bis K nach ÖNACE 1995 dargestellt. Dies umfasst die Bereiche der Produktion und der Dienstleistung (mit Ausnahme der Abschnitte M bis O) der österreichischen Wirtschaft⁵³. Im produzierenden Bereich wird dabei nicht nach gewerblichen und industriellen Betrieben gemäß der Einteilung der Wirtschaftskammer unterschieden; die Zuordnung erfolgt ausschließlich nach der Haupttätigkeit des Unternehmens. Die Abgrenzung der KMU wird mittels der Betriebsgrößenklassen vorgenommen.

In den folgenden Abschnitten wird die Struktur und Entwicklung der österreichischen KMU anhand von Statistiken über die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten beschrieben. Insbesondere werden die sektorale Struktur, die Betriebsgrößenstruktur und die Entwicklung der KMU im Zeitraum 1995 bis 2003 dargestellt. Für

⁵¹ Die Ergebnisse der nichtlandwirtschaftlichen Bereichszählung 1995 und der Leistungs- und Strukturhebungen 1997 bis 2001 (derzeit aktuellste Fassung) der Statistik Austria werden mit Hilfe von jährlichen Daten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger fortgeschrieben. Dabei wird auf Basis der letzt verfügbaren Daten der Beschäftigten bzw. der Unternehmen der Leistungs- und Strukturhebung mittels der jährlichen Veränderung der von der Sozialversicherung ausgewiesenen Beschäftigten bzw. Arbeitgeberbetriebe unter der Annahme, dass die Entwicklung einen ähnlichen Verlauf nimmt, eine Schätzung für die aktuellen Daten erstellt. Die mit diesem Verfahren ermittelten Werte sind nach Veröffentlichung neuerer Daten aus der Leistungs- und Strukturhebung mit der neuen Basis zu aktualisieren. Aus Datenschutzgründen werden von der Statistik Austria alle Daten, die weniger als 4 Unternehmen betreffen, auf Grund der gesetzlichen Geheimhaltungsbestimmungen unterdrückt und durch ein "G" ersetzt. Ausgenommen ist die Zahl der Einheiten, die grundsätzlich ausgewiesen wurde. Da die geheim gehaltenen Daten in den Zwischen- und Endsummen enthalten sind, werden in allen Fällen, wo Daten nur einer einzigen Gliederungseinheit geheim zu halten wären, zur Verhinderung von Differenzbildungen, Gegenlösungen vorgenommen. Um für die Fortschreibungsmethode auch in diesen Fällen eine Datenbasis zu schaffen, wurde von der KMU FORSCHUNG AUSTRIA mittels der Strukturverteilung der Beschäftigtendaten der Sozialversicherungsträger und unter Berücksichtigung der letzt verfügbaren Daten der Leistungs- und Strukturhebung eine Schätzung vorgenommen.

⁵² Gemäß Verordnung des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 9. Oktober 1990 (Abl. Nr. L 293 vom 24. Oktober 1990) muss in den Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft allen Statistiken, die nach Wirtschaftszweigen gegliedert sind, die „Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft“ (NACE Rev. 1 – Nomenclature générale des activités économiques dans les communautés européennes) oder eine davon abgeleitete nationale Fassung zugrundegelegt werden. Die ÖNACE 1995 stellt die nationale Fassung der NACE Rev. 1 dar.

⁵³ Die Bezeichnungen der Abschnitte C bis K werden in den folgenden Kapiteln bzw. Tabellen im Detail angeführt. Die Abschnitte M bis O, die in der Statistik seit der Bereichszählung 1995 nicht mehr erhoben werden, sind: M Unterrichtswesen; N Gesundheits-, Veterinärwesen und Sozialwesen; O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (u.a. Textilreinigung, Friseur, Kosmetiker, Fußpfleger, Bestattungswesen, Bäder, Saunas, Solarien, Massage- und Fitnesszentren etc.)

2001 liegen nunmehr endgültige Zahlen vor, die von den im Bericht 2000/01⁵⁴ publizierten vorläufigen Daten geringfügig abweichen.

IV.1.1 Sektorale Struktur und Entwicklung

Im Jahr 2003 waren im Produktions- und Dienstleistungsbereich in ca. 212.500 Unternehmen rund 2,316.000 Personen beschäftigt. Was die Anzahl der Unternehmen anbelangt, ist der "Handel" mit 29% führend, an zweiter bzw. dritter Stelle folgen die Bereiche "Wirtschaftsdienstleistung" (das sind Realitätenwesen, Vermietung, Unternehmensdienstleistung) mit 23% und "Tourismus" mit 18 Prozent. Nur an vierter Stelle liegt die "Sachgütererzeugung" (12%), die jedoch auf Grund der hohen durchschnittlichen Unternehmensgröße den Hauptanteil an der Beschäftigung hält (26%). Bedeutsame Beiträge zur Beschäftigung liefern der "Handel" (24%) und die "Wirtschaftsdienstleistung" mit 14 Prozent. Die Sektoren "Bauwesen", "Tourismus" und "Verkehr und Nachrichtenübermittlung" beschäftigen jeweils zwischen 9% und 11% der im Jahr 2003 in den Unternehmen insgesamt tätigen Personen.

⁵⁴ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Veröffentlichungen zur Mittelstandspolitik, Band 5: Bericht über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft 2000/01, Wien, Juli 2002

Tabelle 12: Anteile der Unternehmen und Beschäftigten, ÖNACE Abschnitte C-K, in Prozent (1995, 2001, 2003)

	ÖNACE Abschnitte C bis K		1995	2001	2003	VÄ 95/03 in %- Punkten
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Unternehmen	0,2	0,1	0,1	-0,1
		Beschäftigte	0,3	0,2	0,2	-0,1
D	Sachgütererzeugung	Unternehmen	13,4	12,0	11,5	-1,9
		Beschäftigte	30,0	27,0	26,0	-4,0
E	Energie- und Wasserver- sorgung	Unternehmen	0,3	0,3	0,4	0,1
		Beschäftigte	1,8	1,5	1,4	-0,4
F	Bauwesen	Unternehmen	8,3	9,0	9,0	0,7
		Beschäftigte	10,9	10,1	9,8	-1,1
G	Handel; Instandhaltung und Rep. von Kfz und Gebrauchsgütern	Unternehmen	33,9	30,0	29,2	-4,7
		Beschäftigte	24,2	24,0	24,0	-0,2
H	Beherbergungs- und Gaststättenwesen	Unternehmen	20,4	18,1	18,1	-2,3
		Beschäftigte	8,5	9,1	9,3	0,8
I	Verkehr und Nachrichten- übermittlung	Unternehmen	5,9	5,9	6,0	0,1
		Beschäftigte	10,4	10,6	10,6	0,2
J	Kredit- und Versiche- rungswesen	Unternehmen	1,4	2,4	2,5	1,1
		Beschäftigte	5,4	5,0	5,0	-0,4
K	Realitäten, Vermietung, unternehmensbezogene Dienstleistungen	Unternehmen	16,2	22,1	23,1	6,9
		Beschäftigte	8,5	12,6	13,6	5,1
C-K	Insgesamt ÖNACE- Abschnitte C-K	Unternehmen	100,0	100,0	100,0	
		Beschäftigte	100,0	100,0	100,0	

VÄ = Veränderung

* Berechnungen der KMU FORSCHUNG AUSTRIA

Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA

Die Zahl der Beschäftigten wuchs zwischen 1995 und 2003 insgesamt um rund 149.000 bzw. um 6,9 Prozent. Im selben Zeitraum nahm die Zahl der Unternehmen um 12% (22.000 Unternehmen) zu, wobei sich die einzelnen Sektoren sehr unterschiedlich entwickelten. Das größte Wachstum war im Sektor "Wirtschaftsdienstleistung" mit einer Zunahme der Zahl der Unternehmen um 59% und der Beschäftigten um 70% zu verzeichnen; die durchschnittliche Unternehmensgröße stieg von 6,0 auf 6,4 Beschäftigte pro Unternehmen.

Anteilmäßig verzeichnete der Sektor "Kredit- und Versicherung" bei einem gleichzeitigen Rückgang der Beschäftigtenzahl ein überdurchschnittlich hohes Unter-

nehmenswachstum (97%). Hier dürften insbesondere Änderungen bei den Vertriebsformen der Versicherungen ausschlaggebend gewesen sein. Diese Entwicklung schlug sich auch in einem deutlichen Sinken der durchschnittlichen Unternehmensgröße nieder.

Das "Bauwesen" konnte zwischen 1995 und 2003 ebenfalls einen starken Anstieg der Zahl der Unternehmen verzeichnen (+3.300 bzw. +21%), die Beschäftigung ging jedoch zurück. 2003 war gegenüber 1995 ein Verlust von rund 8.400 Arbeitsplätzen zu verzeichnen. Der gleichzeitige Anstieg der Unternehmenszahl führte zu einem Absinken der durchschnittlichen Unternehmensgröße von 15 auf 12 Mitarbeiter.

Konzentrationsprozesse fanden im betrachteten Zeitraum insbesondere im "Handel" und im "Tourismus" statt. In beiden Sektoren waren Rückgänge bei der Unternehmenszahl (4% bzw. 1%) von einem gleichzeitigen Anstieg der Beschäftigung (6% bzw. 17%) begleitet.

Ein beachtliches Wachstum verzeichnete der Sektor "Verkehr und Nachrichtenübermittlung". In diesem Bereich, der auch den stark wachsenden Telekommunikations- und Mobilfunksektor beinhaltet, stieg die Zahl der Unternehmen um 12 % und jene der Beschäftigten um 9 Prozent.

In der "Sachgütererzeugung", dem Sektor mit dem größten Beschäftigungsanteil, kam es im Beobachtungszeitraum sowohl bei den Unternehmen als auch bei den Beschäftigten zu einem Rückgang (Unternehmen: -1.100, Beschäftigte: -49.000).

Im – gemessen an der Unternehmenszahl – relativ kleinen Sektor "Bergbau" war bei etwa gleich bleibender Unternehmenszahl ein Beschäftigungsrückgang von fast 14% zu verzeichnen. In der "Energie- und Wasserversorgung" stand einem Zuwachs der Unternehmenszahl (+32%) ein Rückgang der Beschäftigung um 17% gegenüber, wobei der Abbau von Arbeitsplätzen im Sektor "Energie- und Wasserversorgung" um absolut 6.600 den insgesamt Dritthöchsten (nach der "Sachgütererzeugung" und dem "Bauwesen") darstellt.

Tabelle 13: Entwicklung der Zahl der Unternehmen, der Beschäftigten und der durchschnittlichen Betriebsgröße (1995, 2001, 2003), ÖNACE Abschnitte C-K

			1995	VÄ 95/01 in %	2001	VÄ 01/03 in %	2003	VÄ 95/03 in %
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Unternehmen	303	0,3	304	-1,3	300	-1,0
		Beschäftigte	6.316	-13,1	5.488	-0,8	5.446	-13,8
		Ø Größe	20,84		18,05		18,16	
D	Sachgütererzeugung	Unternehmen	25.509	0,3	25.591	-4,5	24.430	-4,2
		Beschäftigte	650.932	-3,4	628.523	-4,3	601.619	-7,6
		Ø Größe	25,52		24,56		24,63	
E	Energie- und Wasserver- sorgung	Unternehmen	613	19,7	734	10,6	812	32,4
		Beschäftigte	38.194	-11,2	33.905	-6,9	31.578	-17,3
		Ø Größe	62,31		46,19		38,90	
F	Bauwesen	Unternehmen	15.817	22,4	19.359	-1,0	19.159	21,1
		Beschäftigte	235.996	-0,6	234.609	-3,0	227.617	-3,6
		Ø Größe	14,92		12,12		11,88	
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchtgütern	Unternehmen	64.531	-0,5	64.185	-3,3	62.045	-3,9
		Beschäftigte	523.498	7,1	560.558	-0,7	556.687	6,3
		Ø Größe	8,11		8,73		8,97	
H	Beherbergungs- und Gaststättenwesen	Unternehmen	38.768	-0,2	38.680	-0,3	38.564	-0,5
		Beschäftigte	184.691	14,6	211.671	1,9	215.609	16,7
		Ø Größe	4,76		5,47		5,59	
I	Verkehr und Nachrichten- übermittlung	Unternehmen	11.271	12,6	12.687	-0,2	12.659	12,3
		Beschäftigte	225.825	9,4	247.101	-0,4	246.196	9,0
		Ø Größe	20,04		19,48		19,45	
J	Kredit- und Versiche- rungswesen	Unternehmen	2.709	87,7	5.085	5,0	5.338	97,0
		Beschäftigte	116.707	0,4	117.193	-0,5	116.592	-0,1
		Ø Größe	43,08		23,05		21,84	
K	Realitäten, Vermietung, unternehmensbezogene Dienstleistungen	Unternehmen	30.900	53,3	47.357	3,8	49.169	59,1
		Beschäftigte	185.259	58,0	292.670	7,6	314.998	70,0
		Ø Größe	6,00		6,18		6,41	
	Insgesamt ÖNACE- Abschnitte C-K	Unternehmen	190.421	12,4	213.982	-0,7	212.475	11,6
		Beschäftigte	2.167.418	7,6	2.331.718	-0,7	2.316.342	6,9
		Ø Größe	11,38		10,90		10,90	

VÄ = Veränderung

* Berechnungen der KMU FORSCHUNG AUSTRIA

Quelle: Statistik Austria, Hauptverband der Sozialversicherungsträger

IV.1.2 Struktur und Entwicklung nach Größenklassen

99,5% der Unternehmen des Produktions- und Dienstleistungsbereichs sind KMU. Sie bieten 65% bzw. rund 1,5 Millionen aller in diesem Bereich Beschäftigten Arbeit. Weniger als 1.000 Großunternehmen beschäftigen insgesamt rund 815.000 Personen. Innerhalb der KMU sind in etwa 473.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Mittelbetrieben mit 50 bis 249 Beschäftigten, etwas mehr als 530.000 Perso-

nen in Kleinbetrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten und fast 500.000 Personen in Kleinstbetrieben mit weniger als 10 Beschäftigten tätig.

Im Zeitraum 1995 bis 2003 stieg die Zahl der KMU um 11,6%, während die Beschäftigtenzahl in dieser Zeit um 8,1% wuchs. Im Vergleich dazu nahm die Zahl der Großunternehmen um 8,2% zu, wobei sich die Zahl der in diesen Unternehmen Beschäftigten allerdings nur um 4,6% erhöhte. Von der Zunahme der Unternehmen entfielen 99,7% und vom Beschäftigungswachstum rund 76% auf die KMU. Innerhalb der KMU war das größte Wachstum bei den Kleinstbetrieben zu verzeichnen.

Die Zunahme der Kleinbetriebe und der Mittelbetriebe fiel in etwa gleich hoch aus. Das Wachstum im Produktions- und Dienstleistungsbereich wird überwiegend von den KMU getragen. Der Anteil, den die KMU an der Gesamtbeschäftigung haben, ist zwischen 1995 und 2003 um mehr als einen Prozentpunkt gestiegen.

Tabelle 14: Entwicklung der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten nach Beschäftigtengrößenklassen (1995, 2001, 2003), ÖNACE-Abschnitte C-K

		1995	VÄ 95/01 in %	2001	VÄ 01/03 in %	2003 ¹	VÄ 95/03 in %
1 bis 9 Beschäftigte	Unternehmen	158.727	13,7	180.451	-0,7	179.132	12,9
	Beschäftigte	457.904	10,1	504.231	-1,3	497.520	8,7
10 bis 49 Beschäftigte	Unternehmen	26.459	5,6	27.946	-0,5	27.811	5,1
	Beschäftigte	497.281	7,0	532.222	-0,3	530.619	6,7
50 bis 249 Beschäftigte	Unternehmen	4.340	6,6	4.626	-1,3	4.565	5,2
	Beschäftigte	422.760 ³	10,1	476.403	-0,8	472.750	9,2
KMU insgesamt	Unternehmen	189.526	12,4	213.023	-0,7	211.507	11,6
	Beschäftigte	1.377.945	9,0	1.512.856	-0,8	1.500.889	8,1
Anteil KMU in %	Unternehmen	99,5		99,6		99,5	
	Beschäftigte	63,6		64,9		64,8	
250 und mehr Beschäftigte	Unternehmen	895	7,2	959	0,9	968	8,2
	Beschäftigte	789.473 ³	5,1	818.862	-0,4	815.453	4,6
Anteil Großunternehmen in %	Unternehmen	0,5		0,4		0,5	
	Beschäftigte	36,4		35,1		35,2	
Gesamt ²	Unternehmen	190.421	12,4	213.982	-0,7	212.475	11,6
	Beschäftigte	2.167.418	7,6	2.331.718	-0,7	2.316.342	6,9

VÄ = Veränderung
1 vorläufige Berechnungen der KMU FORSCHUNG AUSTRIA
2 Rundungsdifferenzen zu den Summen der einzelnen Abschnitte nicht ausgeglichen
3 Berechnungen der KMU FORSCHUNG AUSTRIA auf Basis der Größenstruktur der SV-Statistik
Quelle: Statistik Austria, Hauptverband der Sozialversicherungsträger

IV.1.2.1 Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Der Sektor Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ist der kleinste unter den dargestellten Bereichen. Die Zahl der Unternehmen blieb nahezu konstant. Der Beschäftigungsrückgang war bei den KMU deutlich geringer als bei den Großbetrieben. Bei den KMU stand dem Rückgang der Beschäftigtenzahl in den Kleinst- und Mittelbetrieben ein Zuwachs bei den Kleinbetrieben gegenüber.

Tabelle 15: Entwicklung der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten nach Beschäftigtengrößenklassen (1995, 2001, 2003), ÖNACE-Abschnitte C "Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden"

		1995	VÄ 95/01 in %	2001	VÄ 01/03 in %	2003 ¹	VÄ 95/03 in %
1 bis 9 Beschäftigte	Unternehmen	183	3,8	190	3,8	187	2,2
	Beschäftigte	709	-2,3	693	-2,3	671	-5,4
10 bis 49 Beschäftigte	Unternehmen	97	-5,2	92	-5,2	91	-6,2
	Beschäftigte	1.993	12,8	2.248	12,8	2.250	12,9
50 bis 249 Beschäftigte	Unternehmen	20	0,0	20	0,0	20	0,0
	Beschäftigte	1.934 ²	-19,3	1.560 ²	-19,3	1.502	-22,3
KMU insgesamt	Unternehmen	300	0,7	302	0,7	298	-0,7
	Beschäftigte	4.636	-2,9	4.501	-2,9	4.423	-4,6
Anteil KMU in %	Unternehmen	99,0		99,3		99,3	
	Beschäftigte	73,4		82,0		81,2	
250 und mehr Beschäftigte	Unternehmen	3	-33,3	2	-33,3	2	-33,3
	Beschäftigte	1.680 ²	-41,3	987 ²	-41,3	1.023	-39,1
Anteil Großunternehmen in %	Unternehmen	1,0		0,7		0,7	
	Beschäftigte	26,6		18,0		18,8	
Gesamt	Unternehmen	303	0,3	304	0,3	300	-1,0
	Beschäftigte	6.316	-13,1	5.488	-13,1	5.446	-13,8

VÄ = Veränderung

1 vorläufige Berechnungen der KMU FORSCHUNG AUSTRIA

2 Berechnungen der KMU FORSCHUNG AUSTRIA auf Basis der Größenstruktur der SV-Statistik

Quelle: Statistik Austria, Hauptverband der Sozialversicherungsträger

IV.1.2.2 Sachgütererzeugung

Unter dem ÖNACE-Abschnitt "Sachgütererzeugung" wird im Wesentlichen der produzierende Bereich zusammengefasst. 2003 stellten die KMU 98,3% des Unternehmensbestands in der Sachgütererzeugung dar und gaben 56% der insgesamt rund 602.000 Personen Arbeit. Die Kleinstunternehmen mit 1 bis 9 Mitarbeitern hatten einen Anteil von 69% und boten nahezu 10% der Beschäftigten einen Arbeitsplatz.

Für den Zeitraum 1995 bis 2003 ist in allen Größenklassen ein Rückgang bei der Beschäftigung und der Zahl der Unternehmen festzustellen. Innerhalb der KMU gingen die meisten Arbeitsplätze (rd. 11.000) bei den mittleren Unternehmen verloren.

Tabelle 16: Entwicklung der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten nach Beschäftigtengrößenklassen (1995, 2001, 2003), ÖNACE-Abschnitte D "Sachgütererzeugung"

		1995	VÄ 95/01 in %	2001	VÄ 01/03 in %	2003 ¹	VÄ 95/03 in %
1 bis 9 Beschäftigte	Unternehmen	17.184	2,7	17.656	-4,5	16.860	-1,9
	Beschäftigte	63.093	-2,7	61.406	-4,5	58.614	-7,1
10 bis 49 Beschäftigte	Unternehmen	6.252	-4,8	5.955	-4,9	5.664	-9,4
	Beschäftigte	123.816	-3,5	119.448	-4,0	114.670	-7,4
50 bis 249 Beschäftigte	Unternehmen	1.625	-5,0	1.543	-4,0	1.482	-8,8
	Beschäftigte	174.434	-2,3	170.358	-4,1	163.320	-6,4
KMU insgesamt	Unternehmen	25.061	0,4	25.154	-4,6	24.006	-4,2
	Beschäftigte	361.343	-2,8	351.212	-4,2	336.631	-6,8
Anteil KMU in %	Unternehmen	98,2		98,3		98,3	
	Beschäftigte	55,5		55,9		56,0	
250 und mehr Beschäftigte	Unternehmen	448	-2,5	437	-3,0	424	-5,4
	Beschäftigte	289.589	-4,2	277.311	-4,4	264.989	-8,5
Anteil Großunternehmen in %	Unternehmen	1,8		1,7		1,7	
	Beschäftigte	44,5		44,1		44,0	
Gesamt	Unternehmen	25.509	0,3	25.591	-4,5	24.430	-4,2
	Beschäftigte	650.932	-3,4	628.523	-4,3	601.619	-7,6

VÄ = Veränderung
¹ vorläufige Berechnungen der KMU FORSCHUNG AUSTRIA
Quelle: Statistik Austria, Hauptverband der Sozialversicherungsträger

IV.1.2.3 Energie- und Wasserversorgung

Der Bereich "Energie- und Wasserversorgung" ist nach dem Bergbau der zweitkleinste Wirtschaftszweig. Von den 812 Unternehmen sind 97% den KMU zuzuordnen. Diese beschäftigen rd. 8.000 oder 25% der Mitarbeiter insgesamt. Zuwächse bei der Unternehmenszahl und der Beschäftigung konnten zwischen 1995 und 2003 nur die kleinsten und die mittleren Unternehmen verzeichnen. Bei den Großunternehmen gingen in diesem Zeitraum über 7.400 Arbeitsplätze verloren (-24%). Der Rückgang der Beschäftigung im gesamten Bereich betrug rund 17 Prozent.

Tabelle 17: Entwicklung der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten nach Beschäftigtengrößenklassen (1995, 2001, 2003), ÖNACE-Abschnitte E "Energie- und Wasserversorgung"

		1995	VÄ 95/01 in %	2001	VÄ 01/03 in %	2003 ¹	VÄ 95/03 in %
1 bis 9 Beschäftigte	Unternehmen	472	28,6	607	10,9	673	42,6
	Beschäftigte	1.212	6,2	1.287	2,2	1.316	8,6
10 bis 49 Beschäftigte	Unternehmen	79	-20,3	63	8,6	68	-13,4
	Beschäftigte	1.682	-14,2	1.443	2,1	1.473	-12,4
50 bis 249 Beschäftigte	Unternehmen	38	7,9	41	19,6	49	29,0
	Beschäftigte	4.242 ²	-1,9	4.160 ²	23,7	5.145	21,3
KMU insgesamt	Unternehmen	589	20,7	711	11,2	790	34,2
	Beschäftigte	7.136	-3,5	6.890	15,1	7.934	11,2
Anteil KMU in %	Unternehmen	96,1		96,9		97,4	
	Beschäftigte	18,7		20,3		25,1	
250 und mehr Beschäftigte	Unternehmen	24	-4,2	23	-7,1	21	-11,0
	Beschäftigte	31.058 ²	-13,0	27.015 ²	-12,5	23.645	-23,9
Anteil Großunternehmen in %	Unternehmen	3,9		3,1		2,6	
	Beschäftigte	81,3		79,7		74,9	
Gesamt	Unternehmen	613	19,7	734	10,6	812	32,4
	Beschäftigte	38.194	-11,2	33.905	-6,9	31.578	-17,3

VÄ = Veränderung

1 vorläufige Berechnungen der KMU FORSCHUNG AUSTRIA

2 Berechnungen der KMU FORSCHUNG AUSTRIA auf Basis der Größenstruktur der SV-Statistik

Quelle: Statistik Austria, Hauptverband der Sozialversicherungsträger

IV.1.2.4 Bauwesen

Die KMU in diesem Sektor haben einen Anteil von 99,7% an der Gesamtzahl der Unternehmen und beschäftigen insgesamt 83% aller Mitarbeiter. Sowohl hinsichtlich der Unternehmenszahl als auch der Beschäftigung hatten die Großunternehmen zwischen 1995 und 2003 prozentuell einen stärkeren Rückgang zu verzeichnen als die mittleren Unternehmen. Bei diesen sind Rückgänge bei der Unternehmenszahl um 13% und bei der Beschäftigtenzahl um 12% festzustellen. Bei den Kleinstunternehmen kam es zu Zuwächsen; insgesamt ist zwar die Zahl der Unternehmen deutlich gestiegen (+21%), die Gesamtbeschäftigung sank jedoch um 3,6 Prozent.

Tabelle 18: Entwicklung der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten nach Beschäftigtengrößenklassen (1995, 2001, 2003), ÖNACE-Abschnitte F "Bauwesen"

		1995	VÄ 95/01 in %	2001	VÄ 01/03 in %	2003 ¹	VÄ 95/03 in %
1 bis 9 Beschäftigte	Unternehmen	10.423	32,9	13.851	0,2	13.881	33,2
	Beschäftigte	41.720	16,4	48.557	-0,1	48.498	16,2
10 bis 49 Beschäftigte	Unternehmen	4.693	4,0	4.882	-4,2	4.679	-0,3
	Beschäftigte	90.130	2,5	92.411	-4,2	88.529	-1,8
50 bis 249 Beschäftigte	Unternehmen	630	-9,2	572	-4,3	547	-13,1
	Beschäftigte	57.916	-8,6	52.912	-3,1	51.257	-11,5
KMU insgesamt	Unternehmen	15.746	22,6	19.305	-1,0	19.107	21,3
	Beschäftigte	189.766	2,2	193.880	-2,9	188.284	-0,8
Anteil KMU in %	Unternehmen	99,6		99,7		99,7	
	Beschäftigte	80,4		82,6		82,7	
250 und mehr Beschäftigte	Unternehmen	71	-23,9	54	-4,0	52	-27,0
	Beschäftigte	46.230	-11,9	40.729	-3,4	39.333	-14,9
Anteil Großunternehmen in %	Unternehmen	0,4		0,3		0,3	
	Beschäftigte	19,6		17,4		17,3	
Gesamt	Unternehmen	15.817	22,4	19.359	-1,0	19.159	21,1
	Beschäftigte	235.996	-0,6	234.609	-3,0	227.617	-3,6

VÄ = Veränderung
¹ vorläufige Berechnungen der KMU FORSCHUNG AUSTRIA
Quelle: Statistik Austria, Hauptverband der Sozialversicherungsträger

IV.1.2.5 Handel

99,7% der im Handel tätigen Unternehmen sind kleine oder mittlere. Diese KMU beschäftigen zwei Drittel aller Arbeitnehmer. Die Kleinstunternehmen, die zahlenmäßig einen Anteil von 87% innehaben, bieten Arbeitsplätze für mehr als ein Viertel der Beschäftigten. Bei den KMU zeigen sich zwischen 1995 und 2003 unter dem Einfluss von Konzentrationsprozessen Rückgänge bei den Unternehmens- und Beschäftigtenzahlen. Die Zunahme um rund 35% bei den Beschäftigten in Großunternehmen dürfte auf die Expansion großer Filialisten im Einzelhandel zurückzuführen sein.

Tabelle 19: Entwicklung der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten nach Beschäftigtengrößenklassen (1995, 2001, 2003), ÖNACE-Abschnitte G "Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern"

		1995	VÄ 95/01 in %	2001	VÄ 01/03 in %	2003 ¹	VÄ 95/03 in %
1 bis 9 Beschäftigte	Unternehmen	56.202	-0,5	55.934	-3,8	53.804	-4,3
	Beschäftigte	155.175	-0,5	154.440	-3,2	149.509	-3,7
10 bis 49 Beschäftigte	Unternehmen	7.138	-0,4	7.112	0,2	7.129	-0,1
	Beschäftigte	131.163	-1,0	129.796	-0,1	129.713	-1,1
50 bis 249 Beschäftigte	Unternehmen	1.023	-6,5	957	-2,6	932	-8,9
	Beschäftigte	99.466	-4,4	95.055 ²	-3,3	91.871	-7,6
KMU insgesamt	Unternehmen	64.363	-0,6	64.003	-3,3	61.864	-3,9
	Beschäftigte	385.804	-1,7	379.291	-2,2	371.093	-3,8
Anteil KMU in %	Unternehmen	99,7		99,7		99,7	
	Beschäftigte	73,7		67,7		66,7	
250 und mehr Beschäftigte	Unternehmen	168	8,3	182	-0,5	181	7,8
	Beschäftigte	137.694	31,6	181.267 ²	2,4	185.594	34,8
Anteil Großunternehmen in %	Unternehmen	0,3		0,3		0,3	
	Beschäftigte	26,3		32,3		33,3	
Gesamt	Unternehmen	64.531	-0,5	64.185	-3,3	62.045	-3,9
	Beschäftigte	523.498	7,1	560.558	-0,7	556.687	6,3

VÄ = Veränderung

1 vorläufige Berechnungen der KMU FORSCHUNG AUSTRIA

2 Berechnungen der KMU FORSCHUNG AUSTRIA auf Basis der Größenstruktur der SV-Statistik

Quelle: Statistik Austria, Hauptverband der Sozialversicherungsträger

IV.1.2.6 Beherbergungs- und Gaststättenwesen

Im Tourismus sind 99,9% der Unternehmen als KMU einzustufen. Die Zahl der Unternehmen ging zwischen 1995 und 2003 nur bei Betrieben mit 1 bis 9 Beschäftigten zurück, während die Beschäftigung jedoch auch bei den Kleinstunternehmen (1 bis 9 Beschäftigte), wie generell bei den KMU im Beherbergungs- und Gaststättenwesen, zunahm. Der für den beobachteten Zeitraum festgestellte Anstieg der Zahl der Unternehmen mit 10 bis 249 Beschäftigten dürfte auf wachsende Unternehmensgrößen und Konzentrationsprozesse innerhalb der kleinen und mittleren Unternehmen zurückzuführen sein. Die Großbetriebe haben im selben Zeitraum die Zahl ihrer Beschäftigten reduziert. Insgesamt kann der Tourismus mit 17% Be-

schäftigungszuwachs zwischen 1995 und 2003 nach den "Wirtschaftsdienstleistungen" den zweithöchsten Anstieg verzeichnen.

Tabelle 20: Entwicklung der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten nach Beschäftigtengrößenklassen (1995, 2001, 2003), ÖNACE-Abschnitte H "Beherbergungs- und Gaststättenwesen"

		1995	VÄ 95/01 in %	2001	VÄ 01/03 in %	2003 ¹	VÄ 95/03 in %
1 bis 9 Beschäftigte	Unternehmen	35.152	-1,8	34.529	-0,9	34.232	-2,6
	Beschäftigte	97.184	5,0	102.024	-0,3	101.674	4,6
10 bis 49 Beschäftigte	Unternehmen	3.363	12,9	3.798	4,9	3.985	18,5
	Beschäftigte	58.031	21,0	70.190	5,4	73.984	27,5
50 bis 249 Beschäftigte	Unternehmen	235	40,4	330	-2,1	323	37,5
	Beschäftigte	20.225	59,3	32.225 ²	1,1	32.593	61,2
KMU insgesamt	Unternehmen	38.750	-0,2	38.657	-0,3	38.541	-0,5
	Beschäftigte	175.440	16,5	204.439	1,9	208.251	18,7
Anteil KMU in %	Unternehmen	99,95		99,9		99,9	
	Beschäftigte	95,0		96,6		96,6	
250 und mehr Beschäftigte	Unternehmen	18	27,8	23	0,0	23	27,8
	Beschäftigte	9.251	-21,8	7.232 ²	1,7	7.358	-20,5
Anteil Großunternehmen in %	Unternehmen	0,05		0,1		0,1	
	Beschäftigte	5,0		3,4		3,4	
Gesamt	Unternehmen	38.768	-0,2	38.680	-0,3	38.564	-0,5
	Beschäftigte	184.691	14,6	211.671	1,9	215.609	16,7

VÄ = Veränderung

1 vorläufige Berechnungen der KMU FORSCHUNG AUSTRIA

2 Berechnungen der KMU FORSCHUNG AUSTRIA auf Basis der Größenstruktur der SV-Statistik

Quelle: Statistik Austria, Hauptverband der Sozialversicherungsträger

IV.1.2.7 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Der Sektor Verkehr und Nachrichtenübermittlung verzeichnete im Zeitraum 1995 bis 2003 (verglichen mit der Entwicklung in den anderen Sektoren) die dritthöchste Zuwachsrate bei der Zahl der Beschäftigten. Diese wurde ausschließlich von den KMU mit einem Wachstum von rund 39% realisiert. In den Großunternehmen kam es zu einem Abbau von Arbeitsplätzen (-7%). Die KMU hatten 2003 einen Anteil von 99,6% an der Gesamtzahl der Unternehmen. Der Anteil an der Beschäftigung ist dabei seit 1995 um fast 10%-Punkte gestiegen. Innerhalb der KMU wurden von

den Mittelbetrieben die meisten Arbeitsplätze geschaffen. Insgesamt betrug der Zuwachs an Unternehmen 12% und an Beschäftigten 9 Prozent.

Tabelle 21: Entwicklung der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten nach Beschäftigtengrößenklassen (1995, 2001, 2003), ÖNACE-Abschnitte I "Verkehr und Nachrichtenübermittlung"

		1995	VÄ 95/01 in %	2001	VÄ 01/03 in %	2003 ¹	VÄ 95/03 in %
1 bis 9 Beschäftigte	Unternehmen	9.386	10,8	10.399	-0,7	10.326	10,0
	Beschäftigte	25.159	15,3	28.998	-3,4	28.015	11,4
10 bis 49 Beschäftigte	Unternehmen	1.615	17,2	1.893	1,4	1.920	18,9
	Beschäftigte	30.843	22,4	37.753	1,4	38.278	24,1
50 bis 249 Beschäftigte	Unternehmen	236	44,1	340	5,9	360	52,6
	Beschäftigte	22.857	76,4	40.321 ²	6,9	43.088	88,5
KMU insgesamt	Unternehmen	11.237	12,4	12.632	-0,2	12.606	12,2
	Beschäftigte	78.859	35,8	107.072	2,2	109.381	38,7
Anteil KMU in %	Unternehmen	99,7		99,6		99,6	
	Beschäftigte	34,9		43,3		44,4	
250 und mehr Beschäftigte	Unternehmen	34	61,8	55	-3,0	53	56,9
	Beschäftigte	146.966	-4,7	140.029 ²	-2,3	136.815	-6,9
Anteil Großunternehmen in %	Unternehmen	0,3		0,4		0,4	
	Beschäftigte	65,1		56,7		55,6	
Gesamt	Unternehmen	11.271	12,6	12.687	-0,2	12.659	12,3
	Beschäftigte	225.825	9,4	247.101	-0,4	246.196	9,0

VÄ = Veränderung

1 vorläufige Berechnungen der KMU FORSCHUNG AUSTRIA

2 Berechnungen der KMU FORSCHUNG AUSTRIA auf Basis der Größenstruktur der SV-Statistik

Quelle: Statistik Austria, Hauptverband der Sozialversicherungsträger

IV.1.2.8 Kredit- und Versicherungswesen

Das auffallend starke Wachstum der Kleinstunternehmen im Zeitraum 1995 bis 2003 dürfte auf Umstrukturierungsprozesse durch Auslagerung von Tätigkeiten an freie Makler zurückzuführen sein. Rationalisierungsbestrebungen zeigen sich auch in den Rückgängen der Unternehmens- und Beschäftigtenzahlen bei den Großunternehmen (250 und mehr Beschäftigte) und den Kleinunternehmen (10 bis 49 Beschäftigte). Der Beschäftigungszuwachs bei den KMU konnte den Abbau an Mitar-

beitern bei den Großunternehmen nahezu ausgleichen, wodurch eine Stagnation der Gesamtbeschäftigung zu verzeichnen war. Durch den starken Anstieg der Zahl der Unternehmen hat sich die durchschnittliche Betriebsgröße innerhalb der letzten acht Jahre halbiert.

Tabelle 22: Entwicklung der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten nach Beschäftigtengrößenklassen (1995, 2001, 2003), ÖNACE-Abschnitte J "Kredit- und Versicherungswesen"

		1995	VÄ 95/01 in %	2001	VÄ 01/03 in %	2003 ¹	VÄ 95/03 in %
1 bis 9 Beschäftigte	Unternehmen	1.832	133,4	4.275	6,4	4.548	148,3
	Beschäftigte	4.263	96,4	8.372	1,5	8.495	99,3
10 bis 49 Beschäftigte	Unternehmen	610	-15,9	513	-3,2	497	-18,6
	Beschäftigte	14.027	-12,0	12.344	-3,3	11.936	-14,9
50 bis 249 Beschäftigte	Unternehmen	198	17,7	233	-1,6	229	15,8
	Beschäftigte	18.377	15,2	21.174	-0,1	21.152	15,1
KMU insgesamt	Unternehmen	2.640	90,2	5.021	5,0	5.274	99,8
	Beschäftigte	36.667	14,2	41.890	-0,7	41.583	13,4
Anteil KMU in %	Unternehmen	97,5		98,7		98,8	
	Beschäftigte	31,4		35,7		35,7	
250 und mehr Beschäftigte	Unternehmen	69	-7,2	64	-1,2	63	-8,3
	Beschäftigte	80.040	-5,9	75.303	-0,4	75.009	-6,3
Anteil Großunternehmen in %	Unternehmen	2,5		1,3		1,2	
	Beschäftigte	68,6		64,3		64,3	
Gesamt	Unternehmen	2.709	87,7	5.085	5,0	5.338	97,0
	Beschäftigte	116.707	0,4	117.193	-0,5	116.592	-0,1
VÄ = Veränderung 1 vorläufige Berechnungen der KMU FORSCHUNG AUSTRIA Quelle: Statistik Austria, Hauptverband der Sozialversicherungsträger							

IV.1.2.9 Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen

Bei den "Wirtschaftsdienstleistungen" war im Zeitraum 1995 bis 2003 das größte Wachstum im Vergleich mit den anderen Sektoren bei den absoluten Werten zu verzeichnen. In allen Größenklassen wuchs sowohl die Zahl der Unternehmen als auch die der Beschäftigten an. 2003 umfassten die KMU 99,7% aller Unternehmen und boten Arbeitsplätze für 74% der Mitarbeiter in diesem Sektor. Der Anstieg der

Beschäftigtenzahl im Beobachtungszeitraum um insgesamt 130.000 entfiel zu 74% auf die KMU. Innerhalb der KMU verteilte sich der absolute Zuwachs an Arbeitsplätzen annähernd zu gleichen Teilen auf alle drei Größenklassen.

Tabelle 23: Entwicklung der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten nach Beschäftigtengrößenklassen (1995, 2001, 2003), ÖNACE-Abschnitte K "Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen"

		1995	VÄ 95/01 in %	2001	VÄ 01/03 in %	2003 ¹	VÄ 95/03 in %
1 bis 9 Beschäftigte	Unternehmen	27.893	54,2	43.010	3,7	44.621	60,0
	Beschäftigte	69.389	41,9	98.454	2,3	100.702	45,1
10 bis 49 Beschäftigte	Unternehmen	2.612	39,3	3.638	3,8	3.778	44,6
	Beschäftigte	45.596	46,0	66.589	4,8	69.787	53,1
50 bis 249 Beschäftigte	Unternehmen	335	76,1	590	5,5	622	85,8
	Beschäftigte	33.405	75,5	58.638	7,1	62.821	88,1
KMU insgesamt	Unternehmen	30.840	53,2	47.238	3,8	49.021	59,0
	Beschäftigte	148.390	50,7	223.681	4,3	233.311	57,2
Anteil KMU in %	Unternehmen	99,8		99,7		99,7	
	Beschäftigte	80,1		76,4		74,1	
250 und mehr Beschäftigte	Unternehmen	60	98,3	119	24,2	148	146,4
	Beschäftigte	14.324	87,1	68.989	18,4	81.687	121,6
Anteil Großunternehmen in %	Unternehmen	0,2		0,3		0,3	
	Beschäftigte	7,7		23,6		25,9	
Gesamt	Unternehmen	30.900	53,3	47.357	3,8	49.169	59,1
	Beschäftigte	185.259	58,0	292.670	7,6	314.998	70,0

VÄ = Veränderung

1 vorläufige Berechnungen der KMU FORSCHUNG AUSTRIA

Quelle: Statistik Austria, Hauptverband der Sozialversicherungsträger

IV.1.3 Saisonverlauf der Beschäftigtenzahlen 2001-2003

Zur Ergänzung der unter Punkt IV.1.2 gezeigten stichtagsbezogenen (31.12.) Entwicklung der Beschäftigtenzahlen wird im Folgenden der Saisonverlauf und die Zahl der unselbstständig Beschäftigten insgesamt sowie der Arbeitnehmerinnen im

Jahresdurchschnitt differenziert nach Wirtschaftssektoren dargestellt⁵⁵.

Insgesamt war nach dem Beschäftigungsanstieg 2001 in den Jahren 2002 und 2003 ein leichter Rückgang zu verzeichnen. In den einzelnen Sektoren zeigt sich ein unterschiedliches Bild. In der Sachgütererzeugung, dem Bauwesen und der Energie- und Wasserversorgung kam es 2003 gegenüber dem Vorjahr zu Personalreduktionen von über 1 Prozent. Die Arbeitnehmerinnen waren in der Sachgütererzeugung 2002 und 2003 von Personaleinsparungen im Ausmaß von 3% und mehr betroffen. Im Beherbergungs- und Gaststättenwesen und im Bereich der Wirtschaftsdienstleistungen waren die größten Zuwächse an Arbeitsplätzen sowohl für männliche als auch für weibliche Beschäftigte zu verzeichnen.

Tabelle 24: Veränderung der unselbstständig Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr in Prozent, ÖNACE-Abschnitte C-K, 2001-2003

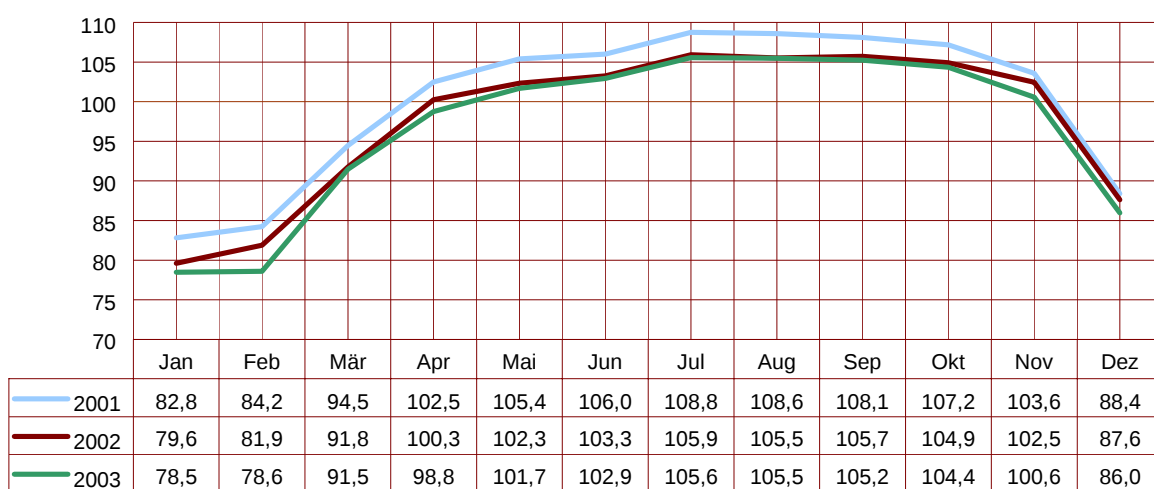
		Beschäftigte insgesamt			Arbeitnehmerinnen		
		2001	2002	2003	2001	2002	2003
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-3,7	-1,0	0,0	-1,2	3,1	-0,5
D	Sachgütererzeugung	0,3	-2,3	-1,6	0,7	-3,5	-2,9
E	Energie- und Wasserversorgung	-2,5	-3,6	-1,4	1,9	-0,8	0,4
F	Bauwesen	-3,5	-2,4	-1,1	-0,4	-2,5	-1,5
G	Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	1,2	-0,4	-0,3	2,3	0,3	0,0
H	Beherbergungs- und Gaststättenwesen	0,8	2,4	1,9	0,8	1,8	1,6
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	0,1	1,3	0,5	0,7	0,1	-0,4
J	Kredit- und Versicherungswesen	0,0	0,2	-0,4	1,7	1,2	-0,6
K	Realitäten, Vermietung, unternehmensbezogene	6,1	3,6	3,2	4,9	2,7	2,1
Insgesamt ÖNACE-Abschnitte C-K		0,8	-0,3	-0,1	2,0	0,0	-0,1

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Berechnungen der KMU FORSCHUNG AUSTRIA: Jahreswerte wurden als Durchschnitte der Beschäftigtenstände zum Monatsersten laut Hauptverband ermittelt; ohne geringfügig Beschäftigte und Beamte; nicht korrigiert um DLU-Bezieher

⁵⁵ Grundlage für die Ermittlung der saisonalen Beschäftigungsschwankungen sind die Gebiets- und Betriebskrankenkassendaten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger (ohne geringfügig Beschäftigte und Beamte). Da diese Daten mit jenen der Statistik Austria auf Grund unterschiedlicher Erhebungsmethoden nicht exakt vergleichbar sind, werden anstelle von Absolutzahlen Indexwerte der Beschäftigtenzahl pro Monat bezogen auf den Jahresdurchschnitt 2001 berechnet und die Veränderung der durchschnittlichen Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr angegeben.

Im Bauwesen sind die (vor allem witterungsbedingten) Saisonschwankungen im Beschäftigungsverlauf sehr deutlich ausgeprägt. Bezogen auf den durchschnittlichen Beschäftigtenstand eines Jahres werden beispielsweise im Jänner um rd. 20% weniger Personen beschäftigt.

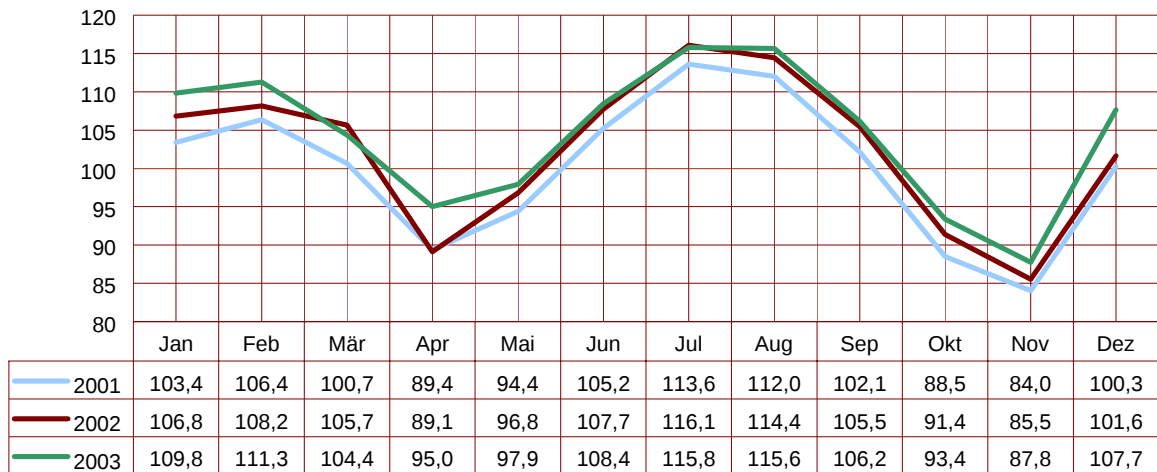
Grafik 6: Entwicklung der Zahl der unselbstständig Beschäftigten insgesamt, ÖNACE-Abschnitt F "Bauwesen", 2001-2003 (Index: Jahresdurchschnitt 2001=100)



Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA

Im Beherbergungs- und Gaststättenwesen bestätigt der Beschäftigungsverlauf, dass Österreich ein Tourismusland mit zwei Hauptsaisons ist. Die Personalsituation hat sich 2003 aber auch in den Nebensaisons positiv entwickelt.

Grafik 7: Entwicklung der Zahl der unselbstständig Beschäftigten insgesamt, ÖNACE-Abschnitt H "Beherbergungs- und Gaststättenwesen", 2001-2003 (Index: Jahresdurchschnitt 2001=100)



Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA

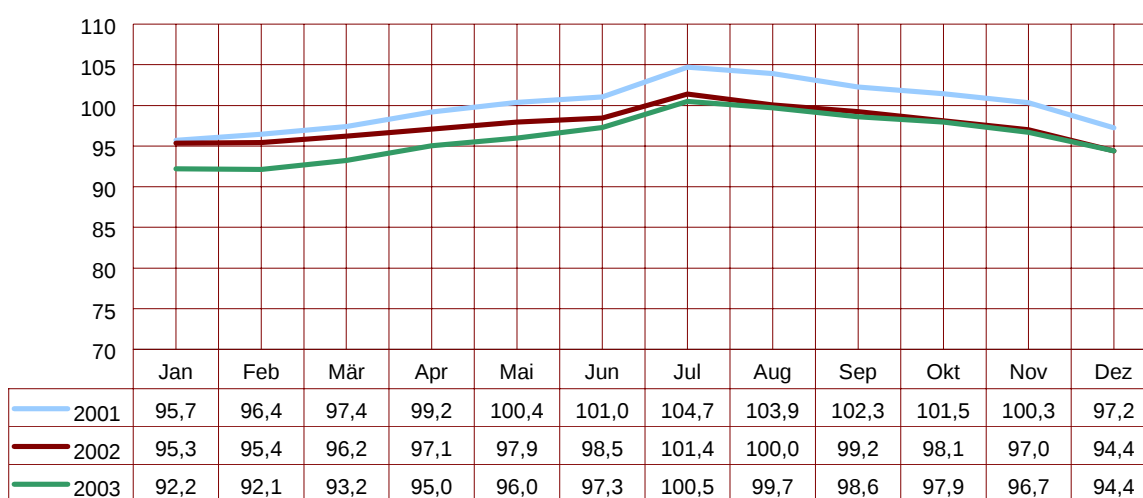
Im Bergbau zeigt sich ein saisonaler (witterungsbedingter) Rückgang der Beschäftigung ab Dezember bis ins I. Quartal des Folgejahres. Im Jänner sind z. B. um rd. 10% weniger Personen beschäftigt als im Jahresdurchschnitt. Die Beschäftigung in den Sektoren "Sachgütererzeugung", "Energie- und Wasserversorgung", "Verkehr und Nachrichtenübermittlung", "Kredit- und Versicherungswesen" sowie "Wirtschaftsdienstleistungen" weist nur geringe saisonale Schwankungen auf, die vor allem auf Urlaubsvertretungen zurückzuführen sind (in den Monaten Juli und August liegt die Beschäftigung in diesen Sektoren um rund 2 bis 4%-Punkte über dem Jahresdurchschnitt). Auch im Handel gibt es keine ausgeprägten Veränderungen bei den Voll- und Teilzeitbeschäftigten. In diesen Daten sind allerdings keine geringfügig Beschäftigten enthalten, die im Einzelhandel aber einen besonders hohen Anteil an der Beschäftigung haben (rd. 11%) und in Spitzenzeiten (z.B. Weihnachtsgeschäft) den zusätzlichen Bedarf decken.

Den höchsten Anteil weiblicher Arbeitnehmer hat das Beherbergungs- und Gaststättenwesen (61%). Im Handel sind 51% der Beschäftigten weiblich, im Sektor "Wirtschaftsdienstleistungen" 51%, im Kredit- und Versicherungswesen 49%, in

der Sachgütererzeugung sowie im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung jeweils 28%, im Sektor Energie- und Wasserversorgung 17% und im Bauwesen 14 Prozent.

In den meisten Sektoren verhält sich der saisonale Beschäftigungsverlauf der Arbeitnehmerinnen annähernd analog zur Gesamtbeschäftigung. In den Sektoren Energie- und Wasserversorgung bzw. Verkehr und Nachrichtenübermittlung ist die Beschäftigungsspitze im Sommer etwas stärker ausgeprägt als bei männlichen Arbeitnehmern. Im Bauwesen sind die Saisonschwankungen bei den weiblichen Beschäftigten (aufgrund deren überwiegender Tätigkeit in der Verwaltung) deutlich geringer als bei männlichen Arbeitnehmern.

Graphik 8: Entwicklung der Zahl der weiblichen unselbstständig Beschäftigten, ÖNACE-Abschnitt F "Bauwesen", 2001-2003 (Index: Jahresdurchschnitt 2001=100)



Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA

IV.1.4 Unternehmensdemographie

Die Wirtschaftskammer Österreich veröffentlichte im Jahr 2004 Gründungsdaten für den Zeitraum 1993 bis 2003. Die Daten wurden auf Basis der Zu- und Abgänge der Fachgruppenmitgliedschaften unter Berücksichtigung der ruhenden Mitgliedschaften und Änderungen der Fachgruppenzugehörigkeit etc. ermittelt⁵⁶. Auf Grund der Datenverfügbarkeit beziehen sich die folgenden Aussagen auf die Spartengliederung der Wirtschaftskammerorganisation.

Im Jahr 2003 hat die Gründungswelle mit 28.237 Neugründungen einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Seit 1993 hat es insgesamt rd. 230.000 Unternehmensneugründungen gegeben. Während vor 1996 jährlich zwischen 14.000 und 15.000 neue Unternehmen entstanden (Durchschnitt 1993 bis 1995), waren es im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre (1999 bis 2003) rund 25.000. Im Jahr 2003 belief sich die Gründungsintensität (Prozentanteil der Neugründungen am Stand der aktiven Kammermitgliedschaften) auf 8,79% (1993: 5,79%). Nach einem vorübergehendem Rückgang 1998 nahm die Gründungsintensität - trotz einer sukzessiv gestiegenen Ausgangsbasis (Kammermitgliedschaften) - wieder kräftig zu.

⁵⁶ Wirtschaftskammer Österreich: Unternehmensneugründungen in Österreich 1993-2003, Wien, 2004

Tabelle 25: Unternehmensneugründungen nach Sparten der gewerblichen Wirtschaft, 2001 bis 2003¹

	2001	2002	2003 ³
Gewerbe und Handwerk	6.872	6.954	7.485
Industrie	349	317	313
Handel	6.835	7.506	9.355
Bank und Versicherung	2	16	8
Transport und Verkehr	1.228	1.295	1.382
Tourismus und Freizeitwirtschaft	2.762	2.837	2.927
Information und Consulting	7.988	6.902	6.767
Insgesamt	26.035	25.828	28.237
Kammermitglieder	300.613	312.018	321.378
Gründungsintensität ²	8,66	8,28	8,79

1 Unternehmensgründungen im Bereich der Wirtschaftskammern; echte Gründungen (ohne Umgründungen, kurzfristige "Ruhendmeldungen", Filialgründungen, etc.); näherungsweise Schwerpunktzuordnung der Neugründungen zu Sparten an Hand der anteilmäßigen Verteilung der Spartenmitgliedschaften. Durch die Neugründung der Sparte Information und Consulting sind keine vergleichbaren Spartenwerte vor 2001 verfügbar.

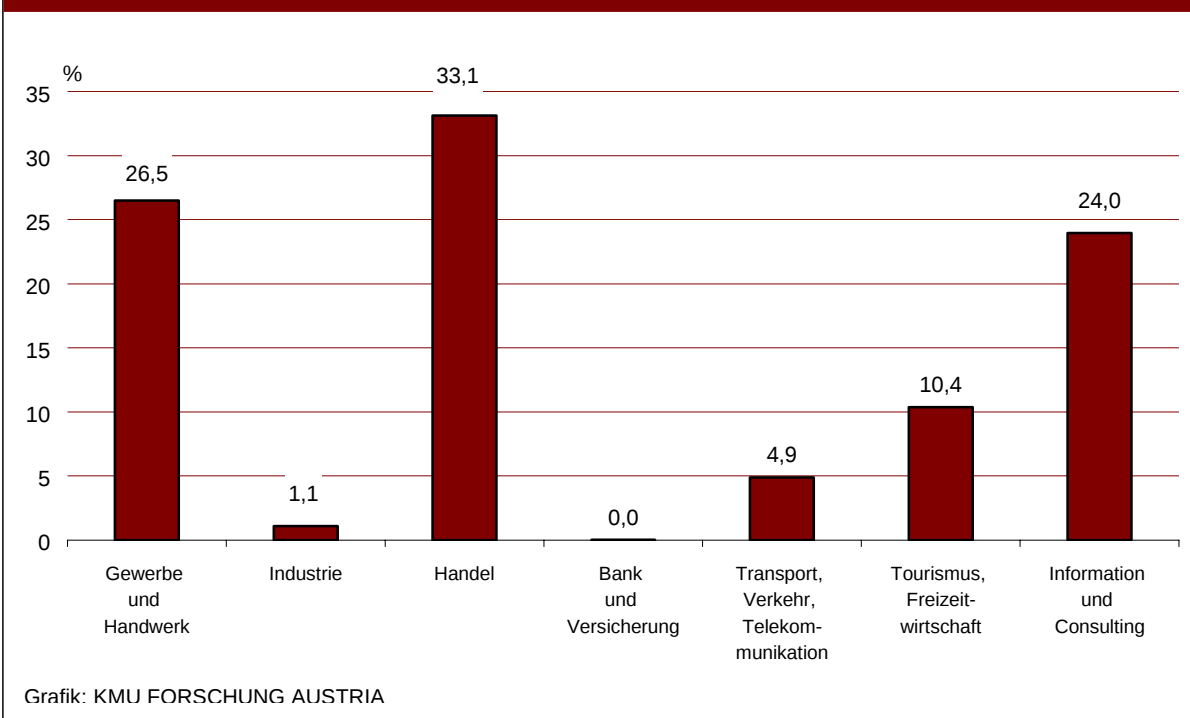
2 Neugründungen in Prozent des Standes an aktiven Kammermitgliedern zu Jahresbeginn

3 vorläufige Werte

Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Unternehmensneugründungen in Österreich 1993 - 2003

Im Durchschnitt der Jahre 2001 - 2003 entfielen rund 33% der Gründungen auf den Handel, 27% auf den Bereich Gewerbe und Handwerk, 24 % auf die Sparte Information und Consulting und rund 10% auf die Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft. Während in der Sparte Gewerbe und Handwerk sowie im Handel die Gründungsanteile in den vergangenen drei Jahren gestiegen sind, kam es in der Sparte Information und Consulting zu einem Rückgang.

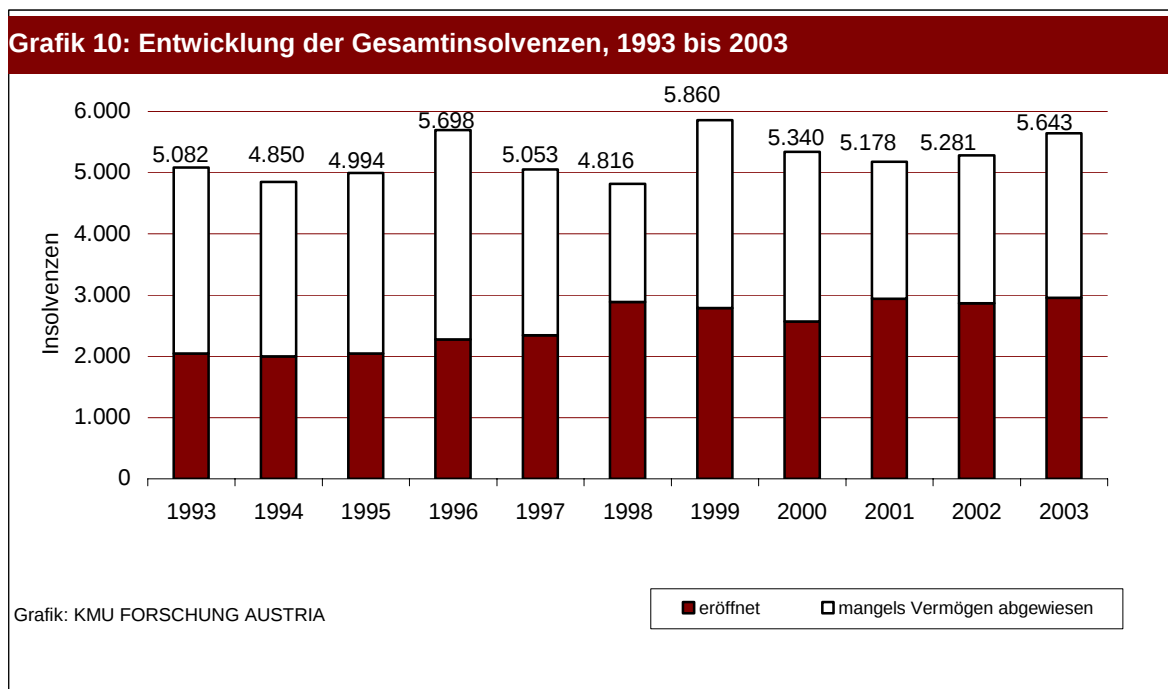
Grafik 9: Unternehmensneugründungen nach Sparten in Prozent, 2003



Die systematische Analyse des Gründungsgeschehens ermöglichte der Wirtschaftskammer Österreich, auch Aussagen über die durchschnittliche Überlebensquote von neu gegründeten Unternehmen zu treffen⁵⁷. Demnach hatten von den 1995 gegründeten Unternehmen fünf Jahre nach der Gründung noch 74% eine aufrechte (d. h. nicht gelöschte) Gewerbeberechtigung. Die durchschnittliche Überlebensrate nach fünf Jahren liegt – basierend auf den Gründungen 1993 bis 1995 – bei 75,2 Prozent. Nach drei Jahren beträgt die Überlebensquote durchschnittlich 85,6 Prozent; das erste Jahr nach der Gründung überleben rund 97 Prozent. Als überlebend werden hier alle jene Unternehmen eingestuft, die zwischen 1993 und 2002 weder freiwillig die Gewerbeberechtigung zurücklegten noch zwangsläufig durch Insolvenz oder Entzug der Gewerbeberechtigung aufgeben mussten bzw. das gegründete Unternehmen innerhalb des Betrachtungszeitraumes verkauft, verschenkt, vererbt oder verpachtet haben.

⁵⁷ Hauth A.: Überlebensquoten von Unternehmensneugründungen. Wien. Wirtschaftskammer Österreich - Wirtschaftspolitische Blätter 4/2001

Laut Insolvenzstatistik des Kreditschutzverbands von 1870 (KSV) wurden 2003 2.957 Insolvenzverfahren eröffnet und 2.686 Konkursanträge mangels Vermögen abgewiesen; die Gesamtzahl der Insolvenzen belief sich somit auf 5.643 (+ 7% im Vergleich mit 2002).



Von den insgesamt 5.643 Insolvenzen des Jahres 2003 entfielen 55% auf Unternehmen, die seit 1995 gegründet wurden, das sind aber lediglich 1,5% der in diesem Zeitraum neu gegründeten Unternehmen (rd. 201.000)⁵⁸.

⁵⁸ Wirtschaftskammer Österreich: Unternehmensneugründungen in Österreich, 1993-2003, Wien, 2004

Tabelle 26: Gründungsjahr der insolventen Unternehmen 2003

	Anteil in %
vor 1939	3
1939 bis 1959	3
1960 bis 1969	3
1970 bis 1979	7
1980 bis 1989	15
1990 bis 1994	14
1995 bis 1999	28
ab 2000	27
Gesamt	100

Quelle: KSV

Wie bereits 2002 war auch im Jahr 2003 die Bauwirtschaft – in absoluten Zahlen – die am meisten betroffene Branche. Das Gastgewerbe und die unternehmensbezogenen Dienstleistungen liegen nahezu gleichauf an zweiter Stelle. Dies ist zum Teil allerdings auch auf die große Zahl der Unternehmen in diesen Wirtschaftszweigen zurückzuführen.

Tabelle 27: Insolvenzen nach Brachengruppen, 2003

	eröffnete Insolvenzen	mangels Masse abgewiesene Konkursanträge	Gesamt
Bauwirtschaft	666	343	1.009
Textilwirtschaft/Leder	85	53	138
Maschinen und Metall	165	52	217
Lebens- und Genussmittel	105	63	168
Holz/Möbel	107	48	155
Glas/Keramik	35	13	48
Elektro/Elektronik	43	13	56
Gastgewerbe	326	491	817
Transportmittel/Kraftfahrzeuge	75	48	123
Papier/Druck/Verlagswesen	71	27	98
Uhren/Schmuck/Foto/Optik	22	8	30
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	194	243	437
Chemie/Pharmazie/Kunststoffe	47	19	66
Freizeitwirtschaft	17	14	31
Elektronische Datenverarbeitung	106	68	174
Bergbau/Energie	6	2	8
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	398	424	822
Land/Forstwirtschaft/Tiere	41	34	75
Privat	27	12	39
sonstige Dienstleistungen/Bereiche	421	711	1.132
Insgesamt	2.957	2.686	5.643

Quelle: KSV

Anmerkung:

In der Spalte sonstige Dienstleistungen/Bereiche fasst der KSV verschiedene Branchen und Bereiche zusammen; z. B. sind hier persönliche Dienstleistungsbranchen, Bewachungsinstitute, Kindergärten, freischaffende Künstler oder Schulungseinrichtungen zusammengefasst.

IV.2 Betriebswirtschaftliche Situation der KMU

Die betriebswirtschaftliche Situation der österreichischen KMU wird in der Folge anhand von Ertrags- und Rentabilitätskennzahlen (Umsatzrentabilität, Cash flow, Kapitalumschlag, Gesamtkapitalrentabilität) sowie Finanzierungs- und Liquiditätskennzahlen (Eigenkapitalquote, Anlagendeckung, Bankverschuldung, Schuldentilgungsdauer) dargestellt. Berechnungsgrundlage sind die betriebswirtschaftlich kor-

rigierten Jahresabschlüsse⁵⁹ von 45.854 KMU bzw. 1.753 Großbetrieben mit Bilanzstichtag zwischen dem 1. 7. 2001 und dem 30. 6. 2002. Die Definition der Betriebsgrößenklassen entspricht den gültigen Schwellenwerten der Europäischen Kommission:

Tabelle 28: KMU Schwellenwerte

Betriebsgrößenklassen	Beschäftigte	Umsatz <i>in € Mio.</i>	Bilanzsumme <i>in € Mio.</i>
Kleinstunternehmen	bis 10	-	-
Kleine Unternehmen	bis 50	bis 7	bis 5
Mittlere Unternehmen	bis 250	bis 40	bis 27

Quelle: Europäische Kommission

Die Ertragskraft nimmt zwar mit steigender Betriebsgröße zu, ist aber in allen Größenklassen gering. Im Durchschnitt erreichen die KMU ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in Höhe von 1% der Betriebsleistung (Umsatzrentabilität). Der Cash flow, der die Innenfinanzierungskraft der Betriebe zum Ausdruck bringt, beträgt 5,7% der Betriebsleistung. Der Kapitalumschlag, der Auskunft über die Effizienz des eingesetzten Kapitals gibt, liegt im Durchschnitt der KMU bei 1,6. Das bedeutet, dass je Euro im Vermögen gebundenen Kapitals € 1,6 an Betriebsleistung erwirtschaftet werden. Die Verzinsung des eingesetzten Kapitals (Gesamtkapitalrentabilität: 5,9%) ist nur unwesentlich geringer als in Großbetrieben (6,7%).

⁵⁹ Um Betriebe mit unterschiedlichen Rechts- bzw. Finanzierungsformen miteinander vergleichen zu können, werden bei Einzelunternehmungen und Personengesellschaften kalkulatorische Unternehmerentgelte und bei allen Rechtsformen kalkulatorische Eigenkapitalzinsen berücksichtigt.

Tabelle 29: Ausgewählte Ertrags- und Rentabilitätskennzahlen der österreichischen gewerblichen Wirtschaft nach Betriebsgrößenklassen (KMU Schwellenwerte der EU), 2001/2002*

Betriebsgrößenklasse	Umsatzrentabilität (%)	Cash flow (%)	Kapitalumschlag (x-mal)	Gesamtkapitalrentabilität (%)
Kleinstunternehmen	0,4	4,7	1,7	6,0
Kleine Unternehmen	0,9	5,6	1,6	5,9
Mittlere Unternehmen	1,2	6,0	1,5	5,8
KMU gesamt	1,0	5,7	1,6	5,9
Große Unternehmen	2,0	7,8	1,3	6,7

* Arithmetisches Mittel aus 47.607 Jahresabschlüssen mit Bilanzstichtag zwischen 1.7.2001 und 30.6.2002

Kennzahldefinitionen (vgl. KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Bilanzkennzahlen – Handbuch für Praktiker, Wien 2004)

Umsatzrentabilität = Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in % der Betriebsleistung

Cash flow = (EGT + Abschreibungen + kalk. Eigenkapitalzinsen) in % der Betriebsleistung

Kapitalumschlag = Betriebsleistung / Gesamtkapital

Gesamtkapitalrentabilität = Betriebserfolg (EGT vor Finanzierungskosten) in % des Gesamtkapitals

Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Bilanzdatenbank

Auch die Qualität der Finanzierung nimmt mit steigender Betriebsgröße zu. Die hier dargestellte buchmäßige Eigenkapitalquote (15,7%) beinhaltet keine Reserven, die im Durchschnitt der KMU rund 5% des Gesamtkapitals betragen (vgl. Punkt III.7: Ertragskraft und Finanzierung, Vergleich zu ausgewählten EU-Staaten).

Der betriebswirtschaftliche Sollwert bei der Anlagendeckung (> 100%) wird im Durchschnitt nur von Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten überschritten. Die kleineren Betriebe verfügen über zu wenig Eigenkapital und sind nicht fristenkonform finanziert: Je geringer die Anlagendeckung, umso größere Teile des langfristig gebundenen Vermögens sind mit "kurzfristigem" Geld finanziert, was in der Regel zu Liquiditätsproblemen führt. Wichtigster Geldgeber der KMU ist die Kreditwirtschaft, die rd. 40% des Betriebsvermögens der KMU finanziert. Bei den Kleinstbetrieben ist die finanzielle Abhängigkeit von Banken am größten.

Tabelle 30: Finanzierungsstruktur der österreichischen KMU, 2001/2002*

	Anteil in %
Eigenkapital (buchmäßig, ohne Berücksichtigung stiller Reserven)	15,7
Sozialkapital (Abfertigungs- und Pensionsrückstellungen)	3,7
Bankverbindlichkeiten	39,9
Lieferantenverbindlichkeiten	13,2
Erhaltene Anzahlungen	4,5
Sonstige Verbindlichkeiten	22,8
Gesamtkapital	100,0

* Arithmetisches Mittel aus 45.854 Jahresabschlüssen mit Bilanzstichtag zwischen 1.7.2001 und 30.6.2002
Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Bilanzdatenbank

Bei ausschließlicher Verwendung des Cash flow für die Schuldentilgung würden die KMU im Durchschnitt 8,3 Jahre benötigen, um das gesamte Fremdkapital zurückzahlen zu können (Schuldentilgungsdauer).

Tabelle 31: Ausgewählte Finanzierungs- und Liquiditätskennzahlen der österreichischen gewerblichen Wirtschaft nach Betriebsgrößen (KMU Schwellenwerte der EU), 2001/2002*

Betriebsgrößenklasse	Eigenkapitalquote (%) ⁶⁰	Anlagendeckung (%)	Bankverschuldung (%)	Schuldentilgungsdauer (Jahre)
Kleinstunternehmen	-1,9	84,0	61,8	11,7
Kleine Unternehmen	11,3	96,7	46,5	8,6
Mittlere Unternehmen	22,0	104,5	31,6	7,4
KMU gesamt	15,7	99,3	39,9	8,3
Große Unternehmen	28,3	100,9	24,0	6,0

* Arithmetisches Mittel aus 47.607 Jahresabschlüssen mit Bilanzstichtag zwischen 1.7.2001 und 30.6.2002
Kennzahlendefinitionen (vgl. KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Bilanzkennzahlen – Handbuch für Praktiker, Wien 2004)
Eigenkapitalquote = (buchmäßiges) Eigenkapital / Gesamtkapital * 100
Anlagendeckung = (Eigenkapital + Sozialkapital + langfristiges Fremdkapital) / Anlagevermögen * 100
Bankverschuldung = Summe Bankverbindlichkeiten / Gesamtkapital * 100
Schuldentilgungsdauer = (Fremdkapital – Liquide Mittel) / Cash flow

Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Bilanzdatenbank

⁶⁰ Die hier dargestellten Eigenkapitalquoten basieren auf dem buchmäßigen Eigenkapital. Auf die Korrektur des Eigenkapitals durch die Schätzung von stillen Reserven (Vgl.: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Veröffentlichungen zur Mittelstandspolitik, Band 5: Bericht über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft 2000/01, Wien, Juli 2002) wurde verzichtet.

Im sektoralen Vergleich liegen im Hinblick auf die Ertragskraft bzw. Rentabilität die KMU im Bereich Information und Consulting (Wirtschaftsdienstleistungen) an der Spitze, gefolgt vom Handel und dem Gewerbe und Handwerk. Die höchste Innenfinanzierungskraft weisen im Durchschnitt die KMU im Verkehrsbereich auf.

Tabelle 32: Ausgewählte Ertrags- und Rentabilitätskennzahlen der österreichischen KMU nach Sektoren, 2001/2002*

Sektoren	Umsatzrentabilität (%)	Cash flow (%)	Kapitalumschlag (x-mal)	Gesamtkapitalrentabilität (%)
Gewerbe, Handwerk	1,2	5,8	1,4	5,9
Industrie	0,9	6,6	1,3	5,1
Handel	1,1	3,4	2,3	6,7
Verkehr	0,2	10,0	1,3	4,6
Tourismus	-0,9	7,8	1,0	4,3
Information, Consulting	3,2	8,6	1,6	8,9

* Arithmetisches Mittel aus 45.854 Jahresabschlüssen mit Bilanzstichtag zwischen 1.7.2001 und 30.6.2002

Kennzahldefinitionen (vgl. KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Bilanzkennzahlen – Handbuch für Praktiker, Wien 2004)

Umsatzrentabilität = Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in % der Betriebsleistung

Cash flow = (EGT + Abschreibungen + kalk. Eigenkapitalzinsen) in % der Betriebsleistung

Kapitalumschlag = Betriebsleistung / Gesamtkapital

Gesamtkapitalrentabilität = Betriebserfolg (EGT vor Finanzierungskosten) in % des Gesamtkapitals

Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Bilanzdatenbank

Mit einer Eigenkapitalquote von rd. 25% und einer Anlagendeckung von rd. 109% ist die Qualität der Finanzierung der KMU in der Industrie am besten. Im Handel, im Gewerbe und Handwerk sowie im Bereich Information und Consulting ist die fristenkongruente Finanzierung der KMU mit einer durchschnittlichen Anlagendeckung über 100% sichergestellt. Die geringste (buchmäßige) Eigenkapitalquote weisen die KMU im Tourismus aus, wobei sich hier die Nichtberücksichtigung stiller Reserven am stärksten auswirkt.

Unter Berücksichtigung der stillen Reserven blieb die Eigenkapitalquote verglichen mit dem Bilanzjahr 1999/2000⁶¹ nahezu unverändert.

Tabelle 33: Ausgewählte Finanzierungs- und Liquiditätskennzahlen der österreichischen KMU nach Sektoren, 2001/2002*

Sektoren	Eigenkapitalquote (%) ⁶²	Anlagendeckung (%)	Bankverschuldung (%)	Schuldentilgungs- dauer (Jahren)
Gewerbe, Handwerk	12,3	102,1	41,1	9,3
Industrie	24,6	109,2	32,7	7,4
Handel	15,8	125,1	36,3	9,4
Verkehr	16,6	78,8	43,9	6,0
Tourismus	0,4	73,9	66,7	11,9
Information, Consulting	14,3	101,0	30,6	5,3

* Arithmetisches Mittel aus 45.854 Jahresabschlüssen mit Bilanzstichtag zwischen 1.7.2001 und 30.6.2002

Kennzahldefinitionen (vgl. KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Bilanzkennzahlen – Handbuch für Praktiker, Wien 2004)

Eigenkapitalquote = Eigenkapital / Gesamtkapital * 100

Anlagendeckung = (Eigenkapital + Sozialkapital + langfristiges Fremdkapital) / Anlagevermögen * 100

Bankverschuldung = Summe Bankverbindlichkeiten / Gesamtkapital * 100

Schuldentilgungsdauer = (Fremdkapital – Liquide Mittel) / Cash flow

Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Bilanzdatenbank

⁶¹ Vgl.: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Veröffentlichungen zur Mittelstandspolitik, Band 5: Bericht über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft 2000/01, Wien, Juli 2002

⁶² Die hier dargestellten Eigenkapitalquoten basieren auf dem buchmäßigen Eigenkapital. Auf die Korrektur des Eigenkapitals durch die Schätzung von stillen Reserven (Vgl.: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Veröffentlichungen zur Mittelstandspolitik, Band 5: Bericht über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft 2000/01, Wien, Juli 2002) wurde verzichtet.